

BERICHT AUS DER ARBEIT DES ZENTRUMS FÜR PLANUNG UND ENTWICKLUNG SOZIALER DIENSTE (ZPE) 2022/2023

UNIVERSITÄT SIEGEN

FAKULTÄT II – BILDUNG · ARCHITEKTUR · KÜNSTE

HÖLDERLINSTRASSE 3 | 57076 SIEGEN

ZPE.UNI-SIEGEN.DE

Kinder- und Jugendhilfe
Aufwachsen mit Unterstützung

Teilhabe
Flucht

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

Inklusive Bildung

Inklusive Praxis
Forschungsmethoden
Kooperation

Soziale Psychiatrie

Behinderung
Elternschaft und Behinderung
Praxisentwicklung

Partizipation
Forschung

Hilfen für Menschen mit Behinderung

Bericht aus der Arbeit des Zentrums für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE)

2022/2023

Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste

Fakultät II | Universität Siegen

Hölderlinstraße 3 | 57076 Siegen | zpe.uni-siegen.de

Impressum

Herausgeber

Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE)

Redaktionskontakt

Universität Siegen | Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste

Hölderlinstraße 3

57076 Siegen

T: +49 271 740 2228

F: +49 271 740 12228

sekretariat@zpe.uni-siegen.de

Rechte

Beim Herausgeber

Druck und Bindung

UniPrint, Universität Siegen

Siegen, 2023: Universität Siegen

Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste

zpe.uni-siegen.de

Inhalt

Vorwort und Einführung	7
1 Zur Entwicklung des ZPE im Berichtszeitraum 2022/2023	9
2 Mitglieder des ZPE im Dezember 2023	13
2.1 Liste der Mitglieder des ZPE	13
2.2 Vorstand und Geschäftsstelle	14
2.2.1 Mitglieder des Vorstands	14
2.2.2 Geschäftsführer	14
2.2.3 Sekretariat	14
3 Projekte	15
3.1 Arbeit – Ist da was faul?	15
3.2 Begleitforschung im Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten als Co-Referent*innen an Schulen für Sozialwesen“	15
3.3 Facilitating the Interaction Between Citizens and Local Governments Through Information and Communication Technology (FACIL-ICT)	16
3.4 FUSION TV 5 – Soziales und Inklusion	17
3.5 Inclusive Local Planning in Ghana II – Implementing the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities in Ghanaian Districts	18
3.6 Life Course and Transitions of People with Disabilities in West African Societies (LICOT-WASO I)	19
3.7 Life Course and Transitions of People with Disabilities in West African Societies (LICOT-WASO II)	20
3.8 Inclusion of People in Vulnerable Situations in Local Development Planning (LOCDEV)	20
3.9 Präzisierung des Konzepts/Verfahrens zur Umsetzung des Gesamtplanverfahrens inklusive der Bedarfsermittlung in Rheinland-Pfalz	21
3.10 Social Entrepreneurship & Intrapreneurship in Sozialen Diensten	22
3.11 UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen	22
4 Veranstaltungen	23

4.1	EURECO Forum 2022: New Perspectives on Quality and Outcome Measurement of Services for Persons with Disabilities.....	23
4.2	Veranstaltungsreihe "Aktuelle Themen der Heimerziehung"	23
4.3	Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit 2022 – Vortrag „Soziale Arbeit in Zeiten von Digitalisierung und Digitalität. Inter- und intradisziplinäre Perspektiven“	23
4.4	Hybride Fachveranstaltung zum Weltflüchtlingstag "Fluchtursachen und Flüchtlingsschutz" 24	
4.5	Veranstaltungsreihe "Fluchtursachen und Fluchterfahrungen"	24
4.6	Life Course Theory and Disability in West African Societies – LICOT-WASO Digital Conference 2022.....	24
4.7	FACIL-ICT Co-Design Workshop	24
4.8	Auftaktveranstaltung "Innovative Hochschule" in Siegen.....	24
4.9	Hybride ZPE-Fachtagung "Migrationsgesellschaftliche Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung"	25
4.10	TiSSA Plenum Conference 2022 – Vortrag „Lessons (not) learned from pandemic times. Individual and organizational aspects of digital transformation in the disability field“	25
4.11	36. Inklusionsforscher*innentagung an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich – Symposium zur kommunalen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention	25
4.12	EURECO Forum 2023: Supporting Older Persons with Long-Term Care Needs and Persons with Disabilities.....	26
4.13	ZPE-Forschungslounge im Sommersemester 2023	26
4.14	TiSSA Plenum Conference 2023 – Symposium „ Participatory planning towards inclusive localities. Perspectives on the disability field and beyond in Germany and Ghana“	26
4.15	3. Kongress der Teilhabeforschung „Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen“ an der Universität zu Köln – Vortrag „Die Umsetzung der UN-BRK in den Kommunen als Forschungsfeld der Teilhabeforschung“	27
5	Beiträge aus den Arbeitsbereichen.....	28
5.1	A Serious Game for Health Prevention Campaigns on Teenage Pregnancy – Experiences From Ghana	29
	<i>Sandra Juliet Ahiataku & Johannes Schädler</i>	

5.2	Facilitating the Interaction Between Citizens and Local Government Through Information Communication Technology (FACIL-ICT) – Ghana – A Research and Development Project in the Nsawam-Adoagyiri and Suhum Municipalities in Ghana	33
	<i>Paul Kwaku Larbi Anderson, Lars Wissenbach, Sandra Juliet Ahiataku & Johannes Schädler</i>	
5.3	Barrierefreie Beteiligung an Bildungsmanagement als Aufgabe der Kommune	41
	<i>Lena Bertelmann</i>	
5.4	Wie lassen sich kommunale Planungsprozesse empirisch erfassen? – Die Eignung der Online-Recherche als Methode	48
	<i>Malin Butschkau</i>	
5.5	Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen.....	57
	<i>Miriam Düber, Albrecht Rohrmann & Johannes Schädler</i>	
5.6	German Media Discourses and Narratives Towards Migrants – Analytical Perspective	66
	<i>José Ricardo Martins & Dominic Danz</i>	
5.7	Social Entre- und Intrapreneurship – Konzepte, Forschung & Lehre	74
	<i>Konrad Meisner, Johannes Schädler, Frank Liekmeier, Nina Wilden, Sandra Juliet Ahiataku & Reiner Jakobs</i>	
5.8	Exklusionsrisiken von jungen Menschen im Übergang von stationärer Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Eingliederungshilfe für Erwachsene	82
	<i>Albrecht Rohrmann & Manuel Theile</i>	
5.9	Was ist (k)ein komplexer Unterstützungsbedarf? Annäherung an eine systemische Modellierung im Kontext von Sozialraum und Sozialen Diensten	91
	<i>Martin F. Reichstein</i>	
5.10	Die Gesamtplanung für Menschen mit Behinderungen im Feld der Eingliederungshilfe .	103
	<i>Albrecht Rohrmann</i>	
5.11	ZPE-Fachtagung „Migrationsgesellschaftliche Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung“ am 26.10.2023 an der Universität Siegen.....	115
	<i>Lilian Abike-Ayoola & Heike Winzenried</i>	
5.12	Life Course Transitions and Trajectories of Persons with Disabilities in West African Societies – Prospects for Project Phase Two	123
	<i>Lars Wissenbach, Paul Anderson, Efua Mantey Agyire-Tettey & Johannes Schädler</i>	
6	Publikationen.....	143

6.1	Neuerscheinungen der ZPE-Schriftenreihe im Berichtszeitraum	143
6.2	Publikationen von ZPE-Mitgliedern im Berichtszeitraum.....	143
	A-D	143
	H.....	144
	K-N	145
	P-R.....	147
	S-T	151
	W.....	153

Vorwort und Einführung

Liebe Leser:innen,

der letzte ZPE-Bericht ist vor gut zwei Jahren erschienen. In dieser aktuellen Ausgabe blicken wir auf die Arbeitsjahre 2022 und 2023 zurück. In diesen beiden Jahren ist im ZPE viel passiert. Im September 2022 hat sich unser Zentrum umbenannt und heißt seither „Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste“. Unsere Umbenennung trägt den Veränderungen Rechnung, die wir als ZPE in den vergangenen – inzwischen bereits mehr als – 25 Jahren durchlaufen und nachvollzogen haben.

Ebenfalls im September 2022 ist das ZPE offiziell ein Teil der Fakultät II unserer Universität geworden. Das ZPE ist dort gut angekommen und es haben konstruktive Gespräche des Vorstandes mit dem Dekanat stattgefunden. Ungeachtet dieser Veränderung verstehen wir unsere Arbeit als Brücke zwischen Theorie- und Praxisentwicklung in den Feldern der Sozialen Arbeit, der außerschulischen Erziehung und Bildung sowie der Gesundheits- und Sozialpolitik. Die Arbeit im ZPE ist also auch weiterhin in hohem Maße interdisziplinär. Hiervon zeugt einerseits, dass aktuell Professor:innen, akademische Mitarbeiter:innen und Mitarbeiter:innen aus Technik und Verwaltung Mitglied im ZPE sind, die nicht nur der Fakultät II, sondern auch den Fakultäten I (Philosophische Fakultät), III (Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftsinformatik und Wirtschaftsrecht) und V (Lebenswissenschaftliche Fakultät) angehören. Andererseits zeigt sich die Vielfältigkeit und Interdisziplinarität der Arbeit im ZPE auch in unseren konkreten Projekten, Interessengruppen sowie dem Miteinander und den Diskussionen (nicht nur) auf dem ZPE-Flur in der Hölderlinstraße.

Der vorliegende Bericht beginnt mit einem Überblick zur Entwicklung des ZPE im Berichtszeitraum. Daran schließt sich – wie gewohnt – eine Aufstellung der Mitglieder, des Vorstands und der Geschäftsführung des ZPE an. Vorgestellt werden zudem laufende Projekte unserer Mitglieder sowie Veranstaltungen, an denen sie im Berichtszeitraum beteiligt waren.

Den Hauptteil dieses Berichts bilden zwölf Texte aus verschiedenen Arbeitsbereichen des ZPE. Darin werden etablierte und neue Arbeitsbereiche unseres Zentrums sowie Perspektiven für die Zukunft sichtbar. Der kommunalen (Inklusions-) Planung und der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen sowie forschungsmethodischen Aspekten in diesem Zusammenhang widmen sich die Beiträge von Lena Bertelmann und Malin Butschkau. Den Aspekt der (Gesamt-) Planung von Hilfen adressiert der Beitrag von Albrecht Rohrman. Auf die Rolle von Einrichtungen und Diensten für eine inklusionsorientierte Unterstützung – konkret von Menschen mit Behinderungen – verweist der Beitrag von Miriam Düber, Albrecht Rohrman und Johannes Schädler. Im Zusammenhang eines

laufenden ZPE-Projekts widmet sich der Verfasser dieses Vorworts der Frage, was (k)ein komplexer Unterstützungsbedarf (von Menschen mit Behinderungen) ist.

Im Berichtszeitraum wurden die Aktivitäten von ZPE-Mitgliedern in Ghana erkennbar ausgeweitet. Hiervon zeugen im vorliegenden Bericht Beiträge an der Schnittstelle von internationaler Zusammenarbeit und (kommunaler) Planung sowie der Nutzung digitaler Technik (siehe die Beiträge von Sandra Juliet Ahiataku und Johannes Schädler sowie von Paul Kwaku Larbi Anderson et al.). Perspektiven der ZPE-Arbeit mit ghanaischen Kolleg:innen und in Ghana beschreiben Lars Wissenbach et al. in ihrem Beitrag.

Der aktuell intensiv diskutierten Situation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen widmen sich Albrecht Rohrmann und Manuel Theile. Ein weiteres Schnittstellenthema – hier die migrationsgesellschaftliche Öffnung von Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens – adressieren Lilian-Abike Ayoola und Heike Winzenried. Weiterhin widmen sich José Ricardo Martins und Dominic Danz „German Media Discourses and Narratives Towards Migrants“.

In der Zusammenschau ist ein Panorama der vielfältigen Aktivitäten im ZPE in den Jahren 2022 und 2023 entstanden. Den Abschluss dieses Berichts bildet eine Übersicht der Publikationen von ZPE-Mitgliedern, die im Berichtszeitraum erschienen sind.

Wir wissen – z. B. aus persönlichen Rückmeldungen – dass die Berichte des ZPE in Deutschland sowie international – u. a. von Kolleg:innen in Japan – gelesen werden. Allen Leser:innen des vorliegenden Berichts wünsche ich eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre. Gerne bleiben bzw. kommen wir über unsere Themen mit Euch/Ihnen ins Gespräch.

Der ZPE-Bericht 2022/2023 erscheint im Dezember 2023. Der Jahreszeit entsprechend wünsche ich Euch/Ihnen, liebe Leser:innen, sowie Euren/Ihren Angehörigen schöne und erholsame Feiertage sowie einen guten und gesunden Start ins neue Jahr!

Siegen, im Dezember 2023



Dr. Martin F. Reichstein

Geschäftsführer des ZPE

1 Zur Entwicklung des ZPE im Berichtszeitraum 2022/2023

Martin F. Reichstein

Der vorliegende Bericht aus der Arbeit des ZPE ist in mehrfacher Hinsicht eine Besonderheit. Dies hat wesentlich damit zu tun, dass die Jahre 2022 und 2023 eine Zeit der Übergänge und Umbrüche für unser Zentrum waren. In den Berichtszeitraum fällt zudem das 25-jährige Jubiläum unseres Zentrums, das zwar bereits am 19. Dezember 1996 von Rolf Depner, Ralf Oberste-Ufer, Michael Regus, Johannes Schädler und Norbert Schwarte gegründet wurde, aber offiziell 1997 seine Arbeit als zentrale wissenschaftliche Einrichtung der Universität Siegen aufnahm.

In besagter erster „Zentrumsbesprechung“ wurde Johannes Schädler zum Geschäftsführer des ZPE bestellt. Diese Funktion übte der Kollege die kommenden 25 Jahre lang – bis zum September 2022 – aus. Im Januar 2023 wurde Johannes Schädler auch offiziell als ZPE-Geschäftsführer verabschiedet. Aus diesem Anlass kamen 70 Gäste sowie aktive und ehemalige ZPE-Mitglieder in den gemeinsamen Flur in der Hölderlinstraße.

Seit September 2022 ist nun der Verfasser des vorliegenden Beitrages Geschäftsführer des ZPE. Dies ist ein weiterer und keineswegs der einzige Umbruch und Übergang im Berichtszeitraum. Zum gleichen Zeitpunkt wurde das ZPE eine wissenschaftliche Einrichtung unter dem Dach der Fakultät II der Universität Siegen und änderte seinen Namen in „Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste“. Die Namensänderung trägt den inhaltlichen und fachlichen Veränderungen Rechnung, die unsere Arbeit in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten geprägt haben und die zahlreiche ZPE-Mitglieder in ebenso zahlreichen Forschungsprojekten nachvollzogen, begleitet und gestaltet haben.

Die Summe der geschilderten Übergänge hat auch zu Unsicherheiten bei unseren Mitgliedern und Partner:innen geführt. Die damit verbundenen Sorgen aber auch Erwartungen schilderte Johannes Schädler ausführlich im vorangegangenen ZPE-Bericht. Es bestand die Sorge, ob es als Teil der Fakultät II möglich bleiben würde, weiterhin für Mitglieder aus allen Teilen der Hochschulgemeinde attraktiv zu bleiben. Damit verbunden war die Sorge, ob es gelingen würde, ein interdisziplinäres Forschungszentrum zu bleiben, das sich – so unsere Selbstbeschreibung auf unserer im Berichtszeitraum umfassend neu gestalteten Internetseite¹ – als „Brücke zwischen Theorie- und Praxisentwicklung in den Feldern der Sozialen Arbeit, der außerschulischen Erziehung und Bildung

¹ Der entsprechenden Arbeitsgruppe gehörten Lena Bertelmann, Miriam Düber, Laura Fölske, Frank Liekmeier, Christian Mielke, Martin Reichstein und Lars Wissenbach an.

sowie der Gesundheits- und Sozialpolitik“ versteht. Im Dezember 2023 lässt sich sagen, dass unsere Sorgen diesbezüglich nicht unbegründet waren. Wir können jedoch ebenso festhalten, dass wir diese Sorgen erfolgreich bearbeiten konnten. Ausdruck dessen ist, dass sich die Zahl unserer Mitglieder im Berichtszeitraum sehr erfreulich entwickelt hat. Stand Dezember 2023 sind 34 Personen Mitglied im ZPE. Das ZPE des Jahres 2023 hat Mitglieder in den Fakultäten I, II, III und V – zehn Professor:innen, drei Kolleg:innen aus Technik und Verwaltung sowie 21 Mitglieder des wissenschaftlichen Mittelbaus.

Entsprechend vielfältig und interdisziplinär sind die Aktivitäten in den Projekten und Interessengruppen im ZPE. Hier tragen wir unmittelbar zum Erreichen der Ziele – z. B. mit Blick auf Digitalisierung und Internationalisierung – bei, die sich im Struktur- und Entwicklungsplan der Fakultät II sowie im Strategiepapier „Zukunft menschlich gestalten“ des scheidenden Rektorats finden.

Die ZPE-Arbeit adressiert auch im Berichtszeitraum vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen. Diese reichen von Fragen der Inklusion (nicht nur) von Menschen mit Behinderungen sowie im Zusammenhang weltweiter Migrationsbewegungen, der Planung, Steuerung und Weiterentwicklung Sozialer Dienste in unterschiedlichen Arbeitsfeldern bis hin zu Fragen der Digitalisierung von Diensten sowie digitaler Teilhabe. Über unsere Forschungsaktivitäten sind wir regional, national und international vernetzt und bauen vorhandene Kontakte gemeinsam mit Kolleg:innen aus der Hochschulgemeinde aus. Exemplarisch sei hier auf die umfangreichen Aktivitäten und Kooperationen in Ghana verwiesen.

Im Rahmen von Forschungs- und Beratungsprojekten kooperiert das ZPE mit Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, des Gesundheitswesens, mit Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Verwaltungen und Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie mit europäischen und außereuropäischen Hochschulen. Ein erheblicher Teil der laufenden ZPE-Projekte ist Forschung mit Praxis über die Praxis und für die Praxis. Anders ausgedrückt: Die vielzitierte „Third Mission“ ist ein wichtiger Teil der Arbeit unseres Zentrums.

Weiterhin von zentraler Bedeutung für die ZPE-Arbeit sind vielfältige Drittmittelprojekte, die von Trägern der freien Wohlfahrtspflege, Ministerien des Landes und des Bundes sowie nationalen und internationalen Forschungsförderungsprogrammen finanziert werden. Allein die in diesem Bericht gelisteten Projekte haben ein Gesamtvolumen von über 1,5 Millionen Euro. Weitere regionale, nationale und internationale Projekte sind im Moment in Vorbereitung oder bereits beantragt. Auch dieser Teil der Arbeit unseres Zentrums ist also im Berichtszeitraum gekennzeichnet von Übergängen, Veränderungen sowie einer positiven Dynamik.

Ein wichtiges Anliegen des ZPE ist auch im Berichtszeitraum die Förderung von Kolleg:innen in Qualifizierungsphasen. Ausdruck unserer erfolgreichen Arbeit in diesem Bereich sind nicht nur zahlreiche im Berichtszeitraum abgeschlossene Promotionsprojekte, sondern auch die vergleichsweise langen Beschäftigungszeiten der Kolleg:innen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau in aufeinander folgenden Qualifizierungsphasen bzw. Beschäftigungsverhältnissen. Dies trägt zu einem hohen Maß an Kontinuität bei und ermöglicht den Kolleg:innen, umfangreiche Erfahrungen in der wissenschaftlichen Arbeit zu sammeln. Dies wiederum stärkt die inhaltliche Arbeit in unseren Projekten erkennbar. Weiterhin besteht eine Forschungswerkstatt, die sich insbesondere an Kolleg:innen in Qualifizierungsphasen richtet. Zur Förderung von Kolleg:innen in Qualifizierungsphasen trägt das ZPE auch dadurch bei, dass Studentische Hilfskräfte und Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Bachelorabschluss aktiv in die Forschungsarbeit einbezogen werden. Im Berichtszeitraum – konkret im Mai 2023 – fand zudem die erste „ZPE-Forschungslounge“ nach der COVID-19-Pandemie statt, bei der wir Studierende über uns und unsere Arbeit informiert haben und zum Teil für die Mitarbeit in ZPE-Projekten gewinnen konnten. Das Angebot soll zukünftig in jedem Sommersemester – nach der ZPE-Mitgliederversammlung im Mai – stattfinden. Wir erhoffen uns davon eine erhöhte Sichtbarkeit unserer Aktivitäten jenseits des Alltags von Forschung und Lehre.

Im Berichtszeitraum konnten erfreulicherweise einige Unsicherheiten für unsere Arbeit überwunden werden. Andere sind gleichwohl geblieben. Deutschland und die Welt erleben nach wie vor herausfordernde Zeiten – auch in fiskalischer Hinsicht. Umso wichtiger ist es zu betonen, dass es auch in Zukunft engagierte Forschung zu Fragen Sozialer Arbeit und Sozialer Dienste braucht, um Antworten auf die gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit zu finden. Die Erfahrungen aus nunmehr über 25 Jahren Arbeit im ZPE zeigen, dass Zentren und Institute wie das unsere für diese Forschung besonders gut geeignet sind. Die Neugründungen anderer Institute in der jüngeren Vergangenheit unserer Fakultät verstärken diese Wahrnehmung. Institutsarbeit wie die unsrige erfordert gleichwohl ein inhaltlich und finanziell möglichst stabiles Umfeld. Sie setzt neben der aktiven Mitarbeit von Kolleg:innen aller Statusgruppen auch ein gewisses Maß an Koordination voraus.

Für die Arbeit des ZPE ist es daher schwierig, dass die Geschäftsführung bislang nur befristet beschäftigt ist. Es ist für unsere Arbeit darüber hinaus erschwerend, dass eine halbe Stelle für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter:in weggefallen ist, die zuvor vom ZPE für die Vorbereitung neuer Projekte und für die Überbrückung von Beschäftigungsverhältnissen in Projekten genutzt wurde.

Voraussetzung für erfolgreiche Institutsarbeit ist es, eine offene Arbeits- und Gesprächsatmosphäre zu schaffen und zu pflegen. Auf die unsrige können wir als ZPE zu Recht stolz sein. Sie trägt dazu bei, immer neue Verknüpfungen zwischen Kolleg:innen und ihren (Forschungs-) Themen zu

finden – z. B. Migration und Behinderung, Digitalisierung und kommunale Planung, inklusionsorientierte Hilfen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Diese Verknüpfungen sind das, was das ZPE in hohem Maße auszeichnet. Das ZPE ist – hiervon zeugen die Beiträge in diesem Bericht – die Summe seiner Teile und gleichzeitig mehr als das.

2 Mitglieder des ZPE im Dezember 2023

Die Zahl der Mitglieder im ZPE hat sich im Berichtszeitraum sehr erfreulich entwickelt. Im Dezember 2023 sind insgesamt 34 Personen Mitglied des ZPE. Seit Erscheinen des vorangegangenen ZPE-Berichts sind drei Kolleg:innen – nach Verlassen der Universität Siegen – aus dem ZPE ausgeschieden. Dem stehen im Berichtszeitraum zehn Neu- bzw. Wiederaufnahmen von Kolleg:innen aus allen Statusgruppen der Universität gegenüber. Dem ZPE gehören zurzeit zehn Professor:innen, drei Kolleginnen aus Technik und Verwaltung sowie 21 Kolleg:innen aus dem wissenschaftlichen Mittelbau an².

Auch als wissenschaftliche Einrichtung der Fakultät II hat das ZPE Mitglieder aus anderen Fakultäten der Universität – konkret aus den Fakultäten I, III und V. Zudem sind auch zwei Angehörige anderer Hochschulen Mitglieder unseres Zentrums.

2.1 Liste der Mitglieder des ZPE

Dr. Paul Anderson

Dr. Birgit Papke

Lena Bertelmann, M.A.

Marie-Christine Ofori, M.A.

Malin Butschkau, M.A.

Dr. Martin F. Reichstein

Dr. Miriam Düber

Constance Remhof, M.A.

Laura Fölske, M.A.

Prof. Dr. Bettina Ritter

Prof. Dr. Benedikt Hopmann

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Matthias Kempf, M.A.

Prof. Dr. Johannes Schädler

Heike Krütt

Ellen Stein

Prof. Dr. Stefan Kutzner

Prof. Dr. Christoph Strünck

Dipl.-Päd. Frank Liekmeier

Dr. Manuel Theile

Dr. José Ricardo Martins

Julia Tierbach, M.A.

Dipl.-Päd. Michael Mayerle

Dr. Hanna Weinbach

² Ein ZPE-Mitglied ist mit je einer halben Stelle in Technik und Verwaltung und im wissenschaftlichen Mittelbau beschäftigt. Die Person wird hier zum wissenschaftlichen Mittelbau gezählt.

Prof. Dr. Sabine Meier

Prof. Dr. Claus Wendt

Konrad Meisner, M.Sc.

Rebecca Wichelhaus, M.A.

Dr. Daniela Molnar

Heike Winzenried, M.A.

Jasmin Mouissi, M.A.

Lars Wissenbach, M.A.

Prof. Dr. Claudia Müller

Prof. Dr. Klaus Wolf

2.2 Vorstand und Geschäftsstelle

2.2.1 Mitglieder des Vorstands

Lena Bertelmann, M.A.

Prof. Dr. Benedikt Hopmann

Prof. Dr. Claudia Müller

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann (Sprecher)

Dr. Manuel Theile

2.2.2 Geschäftsführer

Prof. Dr. Johannes Schädler (bis September 2022)

Dr. Martin F. Reichstein (seit September 2022)

2.2.3 Geschäftsstelle

Heike Krütt

3 Projekte

Die folgende Übersicht enthält laufende Projekte von ZPE-Mitgliedern sowie Projekte, die im Berichtszeitraum abgeschlossen worden sind. Die Projekte sind alphabetisch sortiert.

3.1 Arbeit – Ist da was faul?

Projektleitung

Dr. Hanna Weinbach	Wolfgang Nollmann
Armin Herzberger	Dr. Martin F. Reichstein

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr. Hanna Weinbach	Wolfgang Nollmann
Armin Herzberger	Dr. Martin F. Reichstein

Mitglieder der „Möglichkeitendenker“ der Lebenshilfe Lüdenscheid-Märkischer Kreis e.V.

Auftraggeber/Projektpartner

Forschungsbüro der "Möglichkeitendenker" der Lebenshilfe Lüdenscheid-Märkischer Kreis e.V.

3.2 Begleitforschung im Projekt „Menschen mit Lernschwierigkeiten als Co-Referent*innen an Schulen für Sozialwesen“

Projektleitung

Dr. Miriam Düber	Prof. Dr. Albrecht Rohrmann
------------------	-----------------------------

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr. Miriam Düber	Prof. Dr. Albrecht Rohrmann
------------------	-----------------------------

Studierende im Forschungspraxisprojekt im Masterstudiengang „Bildung und Soziale Arbeit“

Auftraggeber/Projektpartner

Lebenshilfewerk Marburg-Biedenkopf

Laufzeit und Volumen

01.10.2023 bis 31.07.2027	20.000,00 Euro
---------------------------	----------------

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://u-si.de/q5rGT>

3.3 Facilitating the Interaction Between Citizens and Local Governments Through Information and Communication Technology (FACIL-ICT)

Projektleitung

Prof. Dr. Johannes Schädler Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson

Mitglieder der Forschungsgruppe

Prof. Dr. Johannes Schädler Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson

Sandra Juliet Ahiataku Godson Dawuni

Lars Wissenbach, M.A.

Auftraggeber/Projektpartner

Engagement Global NRW Landesregierung NRW

BMZ³

Laufzeit und Volumen

2021 bis 2023 132.000,00 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://www.facil-ict.com/>

³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

3.4 FUSION TV 5 – Soziales und Inklusion

Projektleitung

Dr. Martin F. Reichstein

Mitglieder der Forschungsgruppe

Sven Bittenbinder, M.A. Prof. Dr. Claudia Müller

Dr. Martin F. Reichstein Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Prof. Dr. Johannes Schädler Lars Wissenbach, M.A.

SHK/WHB

Dominic Danz Sarah Lorber, B.A.

Auftraggeber/Projektpartner

BMBF⁴ Kreis Siegen-Wittgenstein

Projektkonsortium FUSION Lehrstuhl IT für die alternde Gesellschaft (Fakultät III)

Laufzeit und Volumen

01.01.2023 bis 31.12.2027 837.764,88 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://u-si.de/YAR3Z>

⁴ Bundesministerium für Bildung und Forschung

3.5 Inclusive Local Planning in Ghana II – Implementing the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities in Ghanaian Districts

Projektleitung

Prof. Dr. Johannes Schädler Lars Wissenbach, M.A.

Mitglieder der Forschungsgruppe (Universität Siegen)

Prof. Dr. Johannes Schädler Lars Wissenbach, M.A.

Mitglieder der Forschungsgruppe (University of Ghana)

Dr. Efua Esaaba Agyire-Tettey Prof. Dr. George Owusu

Auftraggeber/Projektpartner

BMZ GIZ⁵

ISSER⁶ University of Ghana (Legon)

Laufzeit und Volumen

2021 bis 2022 50.000,00 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://u-si.de/Q3JLf>

⁵ Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

⁶ Institute of Statistical, Social and Economic Research

3.6 Life Course and Transitions of People with Disabilities in West African Societies (LICOT-WASO I)

Projektleitung

Prof. Dr. Johannes Schädler Lars Wissenbach, M.A.

Mitglieder der Forschungsgruppe (Universität Siegen)

Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson Prof. Dr. Johannes Schädler

Lars Wissenbach, M.A.

Mitglieder der Forschungsgruppe (University of Ghana)

Dr. Efua Esaaba Agyire-Tettey Prof. Dr. Charlotte Wrigley-Asante

Dr. Abena Oforiwaa Ampomah Prof. Dr. George Owusu

Dr. Charles Ackah Dr. Kwame Saka-Manful

Auftraggeber/Projektpartner

BMBF University of Ghana (Legon)

Laufzeit und Volumen

2020 bis 2023 540.000,00 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://licot-waso.com/>

3.7 Life Course and Transitions of People with Disabilities in West African Societies (LICOT-WASO II)

Projektleitung

Lars Wissenbach, M.A. Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson

Prof. Dr. Johannes Schädler

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson Prof. Dr. Johannes Schädler

Lars Wissenbach, M.A.

Auftraggeber/Projektpartner

BMBF University of Ghana (Legon)

Laufzeit und Volumen

2024 bis 2025 (in Vorbereitung) 185.000,00 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://licot-waso.com/>

3.8 Inclusion of People in Vulnerable Situations in Local Development Planning (LOCDEV)

Projektleitung

Lars Wissenbach, M.A. Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson

Prof. Dr. Johannes Schädler

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dr. Paul Kwaku Larbi Anderson Prof. Dr. Johannes Schädler

Lars Wissenbach, M.A.

Auftraggeber/Projektpartner

Engagement Global NRW Landesregierung NRW

BMZ

Laufzeit und Volumen

2024 bis 2025 (in Vorbereitung) 135.000,00 Euro

3.9 Präzisierung des Konzepts/Verfahrens zur Umsetzung des Gesamtplanverfahrens inklusive der Bedarfsermittlung in Rheinland-Pfalz

Projektleitung

Dipl.-Päd. Frank Liekmeier Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Mitglieder der Forschungsgruppe

Dipl.-Päd. Frank Liekmeier Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Auftraggeber/Projektpartner

Sozialministerium Rheinland-Pfalz

Laufzeit und Volumen

01.07.2022 bis 30.06.2023 46.648,00 Euro

3.10 Social Entrepreneurship & Intrapreneurship in Sozialen Diensten

Projektleitung

Prof. Dr. Johannes Schädler

Mitglieder der Forschungsgruppe

Sandra Juliet Ahiataku Dipl.-Päd. Frank Liekmeier

Konrad Meisner, M.Sc. Prof. Dr. Johannes Schädler

Reiner Jakobs

Auftraggeber/Projektpartner

Projektkonsortium EnableUS Wirtschaftsministerium NRW

Laufzeit und Volumen

2022 bis 2024

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <https://u-si.de/VAmEj>

3.11 UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen

Projektleitung

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Mitglieder der Forschungsgruppe

Lena Bertelmann, M.A.

Malin Butschkau, M.A.

Dr. des. Matthias Kempf

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

SHK/WHB

Jan Birkhahn

Lukas Heinrichs

Emma Loreen Stahr

Christopher Wegner

Auftraggeber/Projektpartner

BMAS⁷

Deutsches Institut für Menschenrechte

Laufzeit und Volumen

01.10.2022 bis 30.09.2025

666.661,30 Euro

Weitere Informationen zu diesem Projekt finden sich unter <http://unbrk-kommunal.de>

⁷ Bundesministerium für Arbeit und Soziales

4 Veranstaltungen

Die folgende Übersicht enthält Veranstaltungen des ZPE sowie Veranstaltungen, die durch ZPE-Mitglieder (mit-) organisiert worden sind. Gelistet sind darüber hinaus Beiträge von ZPE-Mitgliedern zu wissenschaftlichen Konferenzen im In- und Ausland während des Berichtszeitraums. Die Beiträge sind chronologisch sortiert.

4.1 EURECO Forum 2022: New Perspectives on Quality and Outcome Measurement of Services for Persons with Disabilities

24. bis 25.03.2022 50 Teilnehmer:innen

Mitwirkende

Prof. Dr. Johannes Schädler Dr. Martin F. Reichstein

Kooperationspartner

EASPD | Disability Studies in Nederland | IASSIDD | ZonMw

4.2 Veranstaltungsreihe "Aktuelle Themen der Heimerziehung"

5 Einzeltermine April bis Juni 2022 80 bis 120 Teilnehmer:innen

Organisation und Leitung

Dr. Manuel Theile

4.3 Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit 2022 – Vortrag „Soziale Arbeit in Zeiten von Digitalisierung und Digitalität. Inter- und intradisziplinäre Perspektiven“

26.04.2024

Mitwirkende

Dr. Martin F. Reichstein

4.4 Hybride Fachveranstaltung zum Weltflüchtlingstag "Fluchtursachen und Flüchtlingsschutz"

20.06.2022

50 Teilnehmer:innen

Organisation und Leitung

Heike Winzenried, M.A.

4.5 Veranstaltungsreihe "Fluchtursachen und Fluchterfahrungen"

4 Einzeltermine Juni/Juli 2022

60 Teilnehmer:innen

Organisation und Leitung

Heike Winzenried, M.A.

4.6 Life Course Theory and Disability in West African Societies – LICOT-WASO Digital Conference 2022

05.07.2022

Organisation und Leitung

Forschungsgruppe LICOT-WASO

4.7 FACIL-ICT Co-Design Workshop

02.12.2022

Organisation und Leitung

Forschungsgruppe FACIL-ICT

4.8 Auftaktveranstaltung "Innovative Hochschule" in Siegen

14.02.2023

Mitwirkende

Forschungsgruppen der FUSION-Teilvorhaben 4 und 5

4.9 Hybride ZPE-Fachtagung "Migrationsgesellschaftliche Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung"

26.10.2023

70 Teilnehmer:innen

Organisation und Leitung

Heike Winzenried, M.A.

Kooperationspartner

SPKoM Köln | SPKoM Mittleres Rheinland

4.10 TISSA Plenum Conference 2022 – Vortrag „Lessons (not) learned from pandemic times. Individual and organizational aspects of digital transformation in the disability field“

24.08.2023

Mitwirkende

Dr. Martin F. Reichstein

4.11 36. Inklusionsforscher*innentagung an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich – Symposium zur kommunalen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

08. bis 10.02.2023

25 Teilnehmer:innen

Mitwirkende

Lena Bertelmann, M.A.

Malin Butschkau, M.A.

Dr. des. Matthias Kempf

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

4.12 EURECO Forum 2023: Supporting Older Persons with Long-Term Care Needs and Persons with Disabilities

15.03.2023 50 Teilnehmer:innen

Mitwirkende

Prof. Dr. Johannes Schädler Dr. Martin F. Reichstein

Kooperationspartner

EASPD | Disability Studies in Nederland | IASSIDD | ZonMw

4.13 ZPE-Forschungslounge im Sommersemester 2023

04.05.2023

Mitwirkende

Mitglieder des ZPE

4.14 TiSSA Plenum Conference 2023 – Symposium „ Participatory planning towards inclusive localities. Perspectives on the disability field and beyond in Germany and Ghana“

30.08.2023

Mitwirkende

Dr. Paul Anderson Dr. des. Matthias Kempf

Dr. Martin F. Reichstein Lars Wissenbach, M.A.

4.15 3. Kongress der Teilhabeforschung „Recht auf Teilhabe in allen Lebensbereichen“ an der Universität zu Köln – Vortrag „Die Umsetzung der UN-BRK in den Kommunen als Forschungsfeld der Teilhabeforschung“

21. bis 22.09.2023

25 Teilnehmer:innen

Mitwirkende

Lena Bertelmann, M.A.

Malin Butschkau, M.A.

Dr. des. Matthias Kempf

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

5 Beiträge aus den Arbeitsbereichen

5.1 A Serious Game for Health Prevention Campaigns on Teenage Pregnancy – Experiences from Ghana

Sandra Juliet Ahiataku & Johannes Schädler

Introduction

As in many West African countries also in Ghana there is a high rate of teenage pregnancy, which creates great political concern. This problem found major attention in the context of the FACIL-ICT project⁸ conducted by The Center for Planning and Development of Social Services (ZPE), University of Siegen, Germany in collaboration with two Ghanaian districts (Nsawam Adoagyiri and Suhum). In order to curb the high rate of teenage pregnancy, a game titled “Amanda’s story” was developed to test the use of a serious game for health prevention campaigns on teenage pregnancy in Ghana. This game was presented at the InfraHealth 2023 conference and the link to the full paper can be accessed [here](#). Below is an image of the main menu of Amanda's story illustrated in figure 1.

Figure 1: Main menu of the Amanda’s story



Amanda’s Story – Developing Plot and Messages

“Amanda’s story” was developed to be a gamified information video that follows a virtual female youngster of 16 years, on her various steps from having sex with “Mark” her former neighbor, to being afraid of being pregnant, to communicating within the family and making the decision on how

⁸ See: www.facil-ict.com

to go on, while involving the potential father Mark. The key idea is to provide reliable information on every step of the script. This information involves both medical and social content that is mostly taken from the well-respected Marie Stopes Ghana⁹. It also comprehends addresses of municipal services and counseling agencies of CSOs in Nsawam-Adoagyiri and Suhum and other local contact points that might be helpful.

Normative Messages of the Novel

It was necessary to reflect on the normative messages of the plot. The novel includes information on current preventive measures and practices available in the districts, like sex education to parents and their wards through, Radio and Television health talks, ward education and ANC/PNC visits sharing of maternal and child health records booklets to pregnant mothers, formation of Adolescent Health Corners in the various health facilities in the districts, School Health Services, and the provision or offering of modern family planning commodities.

Furthermore, it also communicates the two possible decisions that a young pregnant woman like Amanda will be confronted with in such a situation. These two possible decisions are either becoming a young mother or going in for safe abortion. This can become a challenging decision for a female teenager and other people involved, also the potential father and his responsibilities. The novel includes possible questions to consider when making any of these decisions. For example, when deciding for motherhood, one could think of questions like; “Would I raise the child myself?”, etc.

Design: Technical Development and Prototyping

There was a further elaboration of “Amanda’s story” with a typical local setting. A further step was taken into the technical design and development with a higher fidelity prototype using Twine¹⁰, a software for developing visual novels. This was iterated a couple of times and a more professional version of this was developed using Renpy¹¹, another tool for developing visual novels. As a result, the novel can be played both online and offline thus with or without internet connection. It can be accessed on Windows, Android, and Mac operating systems. It is also compatible with devices such as smartphones, laptops, and tablets.

Testing and implementation phase

An in-person workshop was held in Ghana in April 2023 where a semi-final version of Amanda's story was tested and discussed with end users. The prototype was also evaluated with professionals from

⁹ <https://www.mariestopes.org.gh>

¹⁰ <https://twinery.org/>

¹¹ <https://www.renpy.org/>

health, social welfare, civil society organizations and young people from the districts. A concept for a local prevention campaign was developed in which the visual novel could be embedded in the communication strategies of the municipalities.

Reflections and further research needs

During the testing phase of the prototype of Amanda's story, participants of the workshop including end users provided important feedback which emphasized the necessity of considering the social context of users when designing any socio-technical solutions like Amanda's story. Such feed-backs were referring to the cultural and social norm of design, e.g., a character named Mark, the man who impregnated Amanda at the wedding party was initially created with his hands in his pocket. During the testing of the prototype with the end users they indicated that it was not culturally accepted for Mark to have his hands in his pocket while speaking to the parents of Amanda as this shows a sign of disrespect. They further indicated that this could influence the player's perception. Based on this feedback, Mark was recreated with his hands outside of his pocket in the current version of the novel.

In addition, users emphasized the importance of making the novel audio-visual. Therefore, it was decided to incorporate an audio in English and another audio option in "Twi" - the local language popularly spoken in Nsawam-Adoagyiri and Suhum - into the novel to promote inclusion. This was to enable persons with low-literacy backgrounds and different forms of sensory impairments such as hearing and sight to use this novel.

Discussion

The whole novel conveys a number of relevant information and recommendations to teenagers as its primary target group but also to parents, teachers, health and welfare professionals and other community members. In Ghana, most parents hesitate to explicitly educate their children on adolescent sexual reproductive health. This is due to traditional beliefs including the myths and misconception that when adolescents learn about this topic, they are likely to indulge in sexual intercourse at early ages. This sometimes makes the topic around adolescent sexual reproductive health a sensitive one.

On the other hand, teenagers are sometimes shy to ask their parents and professionals about this topic. While some of them lack the knowledge on where to find the right answers to this topic. They rather ask their peers, friends, and watch unapproved content online. However, information from these sources can sometimes be false and misleading.

The novel includes information on measures to prevent pregnancy, e.g. the use of contraceptives such as condoms, post pills, etc. are ways of preventing unwanted pregnancy and advise

teenagers who indulge in unprotected sex. It teaches users that the use of contraceptives is not the task of just one partner but both partners involved in the sexual activity. This shows that gender stereotypes cannot be accepted when it comes to who takes responsibility. A text in the game "should contraceptives have been Amanda's task or mine task" illustrates thoughts of Mark after making love to Amanda.

While the story also conveys other key messages as outlined below:

- Integration of young teenage mothers into schools or learning trades such as apprenticeship in hairdressing, dressmaking, etc.
- The advocacy for protected sex and safeguarding against sexually transmitted diseases.
- The advocacy for safe abortion
- Promoting safe spaces for victims of teenage pregnancy

Implementation

The game was implemented through a massive educational campaign in schools, religious bodies, communities, and health centers within the 2 districts of Nsawam-Adoagyiri and Suhum. This campaign was led by the health and social welfare officers of the two districts. Feedback gathered from users indicated that Amanda's story is a useful educational material. It had positive impacts on users and will support long term behavioral changes among young people in these communities. It was further appreciated by stakeholders, for example heads and schools who indicated that the game complements topics of sexual and reproductive health rights that were already taught in schools. They also believe it will strengthen the capacity of young people and help reduce the high risks of teenage pregnancy and sexually transmitted diseases in these communities.

Conclusion

This novel provides the option to be embedded in the Ghanaian national framework for communication and preventive strategies for teenage pregnancy. It could be translated into other major local languages for use. At this point the material is for a non-commercial use which means it is not meant to be sold or exchanged for anything in cash or kind. It is meant for a wide use of stakeholders and users.

5.2 Facilitating the Interaction Between Citizens and Local Government Through Information Communication Technology (FACIL-ICT) – Ghana – A Research and Development Project in the Nsawam-Adoagyiri and Suhum Municipalities in Ghana

Paul Kwaku Larbi Anderson, Lars Wissenbach, Sandra Juliet Ahiataku & Johannes Schädler

Introduction

Facilitating the Interaction between Citizens and Local Governments through Information Communication Technology – FACIL-ICT Ghana project started on June 1, 2021, and ended on June 30, 2023. The Centre for Planning and Development of Social Services (ZPE), University of Siegen (Germany) implemented the project in cooperation with the Nsawam-Adoagyiri and Suhum municipal assemblies in the Eastern Region of Ghana. This report presents the outcome of this project and possible next steps.

The foundation of this research and development project was built on the prospects of Ghana's digital transformation agenda (African Union, 2020; Ghana, 2003; GPSD, 2017; NCA & GSS, 2020) to promote the use of ICT in local governance and development. To demonstrate Ghana's commitment to the digitalization process, the government has set core elements of strategic objectives on the development of digital infrastructure and expansion of digitalized platforms, such as communication between citizens and local administrations, as well as a systematic opening out of digital literacy and skills of the entire population. For instance, within the framework of the current "Ghana Beyond Aid Policy", the government is pursuing the goal of developing Ghana into a leading country for ICT innovations in sub-Saharan Africa in the years ahead. (Ghana Web, 2018; Ghana, 2003; The Office Of Senior Minister (OSM), 2019). In this context, a Ghana Digital Roadmap was set up to outline measures to expand the digitalization of public services and, accordingly, improve the "digital competence" of citizens, public servants, and local government functionaries. Additionally, Ghana has adopted a 40-year long-term development plan for 2018-2057 in accordance with national decentralization and local government policy. The plan aims among other things to achieve a free prosperous society and create opportunities for all Ghanaians to participate effectively in governance to ensure the accountability of local authorities. The country envisages effective citizen participation to be closely linked to sustainable development and democratic governance (Ghana, 2003; National Communications Authority & Ghana Statistical Service, 2020).

Notwithstanding, the progress made so far in the digital transformation agenda and the development of ICT in the country, Ghana still has challenges such as the cost of internet data, access to internet services especially in the rural areas which appear to be out of reach. Also, an assessment

of digitalization in the municipalities brings to bear the issue of a wide range of digital divide which serves as a barrier to ICT development especially in areas of e-governance at the local level. Inadvertently, people with lower access to ICT tend to be those living in rural communities in the country. Against this background, the FACI-ICT Ghana project aimed at promoting the use of ICTs to enhance civic participation in the decision-making and implementation process. Thus, to recommend an appropriate digital tool to facilitate a two-way communication between local government service providers and community members specifically on health and social welfare services in the municipalities. The focus was on settlements (rural communities), population groups (marginalized population groups), and government communication processes (local social services), which have not yet been the direct focus of digital transformation processes in Ghana.

The Nsawam-Adoagyiri and Suhum Municipalities in the Eastern region of Ghana were purposefully selected out of the 261 Metropolitan Municipal and District Assemblies (MMDAs) in Ghana for the study due to their well-established decentralized local government structures and for being part of the country's oldest instituted assemblies. Based on the data provided by the Ghana Statistical Service, 2021, it is evident that the spatial distribution of vital social services and infrastructure in these two districts reveals an imbalanced pattern of community growth and development.

Between October 2021 and June 2022, stakeholder consultation meetings were organized with the Nsawam-Adoagyiri and Suhum Municipal Assemblies to initiate field entry and officially commence the project. This was followed by an empirical study in which a total of 1109 respondents from 27 communities within the Nsawam-Adoagyiri and Suhum municipalities participated in a survey. The participants comprised 47 local Government functionaries made up of the Municipal Coordinating Director (MCD), social welfare and community development coordinator, Assembly/unit committee members, disability desk officer as well as officials in charge of planning, ICT, health, and Livelihood Empowerment Against Poverty (LEAP). Other categories of respondents surveyed were 220 heads of households including traditional authorities, persons living with disabilities, LEAP beneficiaries, and 6 representatives of community-based Civil Society Organizations (CSOs). The rest was made up of 836 randomly selected community members. The data collection exercise concluded with validation workshops in the two municipalities. The empirical study provided insight into the potential of ICT to disseminate information to facilitate communication more broadly between people in rural dispersed communities and local government structures in relation to social welfare and health-related services.¹²

¹² For details see the project report (<https://dspace.ub.uni-siegen.de/handle/ubsi/2425>; Anderson et al., 2022, or visit <https://www.facil-ict.com/>)

Implementation

Following the examination of the study's findings and a comprehensive review of empirical data, a set of recommendations was formulated and subsequently deliberated with stakeholders in the two districts. The objective of the discussion was to co-create suggestions for more innovative social welfare and health practices based on ICT that are compatible with local structures and practices. Consequently, the following exemplary (prototypes) models of ICT solutions in relation to health and social welfare service delivery were jointly designed and developed through the co-creation and design workshops in Nsawam and Siegen respectively.

- Teenage pregnancy – Information campaign and digitalized information story
- Digitalized welfare and health guide
- ICT-based registration system for persons with disabilities
- Community Health Planning and Services (CHPS) Compounds with a telemedicine unit and attached social welfare contact point

Teenage pregnancy – Information campaign and digital information story

Based on the project findings and outcome of the co-creation workshop in Nsawam, health care was chosen among four other areas for the development of digitized tools. Upon recommendation from the Nsawam district health directorate, the community health care units in charge of adolescent sexual and reproductive health services emphasized on prevention of teenage pregnancy which was seen as a pressing issue in the community. Consequently, a visual novel (digitalized tool of an 'information story' ("Amanda's story")) in a gaming format with links to sources for information related to adolescent health and life problems of youth in Nsawam and Suhum was developed to integrate into a more comprehensive district information strategy.

A mobile App for the info-story was consequently developed and could be accessed by simply scanning a QR code. The social welfare and community health team from Nsawam and Suhum embarked on a six-day sensitization campaign on adolescent reproductive health using the Amanda digital information story in several communities, schools, and churches in two districts. The public health and sensitization campaigns aimed at promoting better and healthier reproductive lifestyle choices to young people in communities.

Digitalized welfare and health guide

After analyzing the project's findings, it was apparent that creating a complete list of local government services and counseling agencies of CSOs in Nsawam and Suhum, along with other relevant contact information for residents in need of support, could be beneficial. As such, in collaboration with the district assembly, a manual with addresses and short descriptions of local government services and counseling agencies of CSOs and other local contact points was

developed. The address book was made accessible for advice seekers with online and offline options for the general public. Hard copies are now available at several contact points within the two districts to provide evidence-based information that can lead to more informed community members.

ICT-based registration system for persons with disabilities

Among the four central subjects identified for development, municipal services for individuals with disabilities and the associated communication practices and challenges emerged as a focus area. A key challenge was seen in the current practice of registration of persons with disabilities by the Social Welfare Department, which forms the basis for all related services. Up to now, registration has been done manually in a paper folder the so-called “album”. This complicates both systematic registration and all subsequent processes in the context of service provision for persons with disabilities. At the same time, it became evident from the research conducted in the FACIL-ICT project that all local government employees interviewed had access to smartphones, the use of which was already part of their daily working practices. People with disabilities, on the other hand, had below-average access to mobile phones in general and smartphones in particular. Against this background, a digital data management platform to which the disability desk officer can add personal profiles of people with disabilities registered with the social welfare department was developed to be piloted in the Suhum district. The platforms facilitate the digital management of the application, implementation, and monitoring processes around disability-related local social services.

CHPS-compounds with telemedicine unit and attached social welfare contact point

The project's findings unveiled that individuals in remote communities encounter significant challenges in accessing quality medical advice, diagnoses, and treatment. These challenges stem from issues related to distance, transportation limitations, personal mobility constraints, associated costs, language barriers, time constraints, and various types of anxieties. This is so, especially for situations where the special competencies needed go beyond what can be offered in a CHPS compound, i.e., the competence of a medical doctor is needed. In many cases, this is not easy to decide at first glance. Experiences with telemedicine show that virtual contact between an advice-seeking person and a doctor can support or replace a face-to-face diagnosis and sometimes even enter into treatment, e.g., by suggesting a concrete therapy in the form of a drug or other forms. The CHPS compound is the service element of the health care system closest to people. There was the assumption that it would be good if CHPS compounds had a ‘telemedicine unit’ on their premises to process virtual access to healthcare in addition to their face-to-face services. In this regard, four selected CHIPS compounds were each equipped with a laptop, a smartphone, headphones, and an internet data subscription to be piloted for a year. This is meant to facilitate digital communication between the community health workers at the CHPS compound and advised seekers in the

community. The technical set-up was designed to build on existing practices including WhatsApp group communication between community health nurses and doctors at district hospitals. The existing practices were improved with the technical set-up of the telemedicine units to improve communication between the CHPS compound and the district hospitals for consultation and treatment. This existing practice will be improved and extended to live communication between the CHPS and the District Hospitals during medical examination and treatment. The telemedicine unit located at the CHPS compound will help provide patients in remote communities with the convenience of being able to consult with specialists who may not be accessible in their area. Additionally, it can save patients the hassle of traveling long distances for appointments, which can consume a lot of time and money, and which frequently prevent people from seeking medical care.

Conclusion

The FACIL-ICT Ghana project concluded in June 2023, having accomplished its goals by delivering valuable insights and practical recommendations, with the potential for scalable application in other districts across the country. Certainly, it offered community members the chance to actively engage in recognizing issues, gathering data, and suggesting solutions to the challenges they encounter. Additionally, new knowledge and practical approaches to using ICTs for an inclusive design of local governance processes with a sectoral focus placed on social welfare and health services are documented. Moreover, the data collection methodology adopted for the research also offers a valuable approach that can be utilized for further studies. The research report which is already published serves as a solid foundation for evidence-based data that address the dynamics of inclusion and exclusion through digitalization processes in place-based communities in the Eastern region of Ghana. The project report¹³ and associated articles^{14,15,16} can be accessed on the internet.

Perspectives

A new project, titled “Local Development for the Inclusion of People in Vulnerable Situations” (LOCDEV) which directly builds upon the results of FACIL-ICT Ghana, has been initiated. Funded by Engagement Global, this project aims to enhance community development and promote the inclusion of people in vulnerable situations in rural Ghana. In particular, it refers to the 2030 Agenda

¹³ <https://dspace.ub.uni-siegen.de/handle/ubsi/2425>; <https://www.facil-ict.com/>

¹⁴

<https://www.researchgate.net/publication/367561803> Inclusive local governance vs unfunded mandate Effects of decentralisation and local development on the inclusion of people with disabilities in Ghana

¹⁵

<https://www.researchgate.net/publication/366596358> Information and Communication Technology in Rural Healthcare and Social Welfare Service Provision in Ghana - Prospects in the Face of Social Inequalities

¹⁶ <https://dl.eusset.eu/items/d2cb0fcd-8ae2-4a85-953d-6e57c59029e5>

and the SDG basic principles of 'Leave No One Behind' and 'Universal Access'. The project idea builds directly on the findings of previous projects and research results of the University of Siegen in Ghanaian districts. Previous research and project work point in particular to the potential of Ghanaian municipalities' Medium-Term Development Plans (MTDPs) to improve the inclusion of people in vulnerable situations in line with objectives of the 2030 Agenda for Sustainable Development (United Nations, 2015).

Principally, all the Metropolitan, Municipal, and District Assemblies (MMDAs) in Ghana are required by law to prepare Medium-Term Development Plans (MTDPs) that are to be drawn up and implemented on a four-year cycle (Ghana Local Government Act (Act 936), 2016; National Development Planning Commission (NDPC), 2017). These development plans are of great importance in terms of municipal policy, as the measures they contain are backed up by concrete goals, a monitoring mechanism, and financial resources. The development plans are supposed to address the needs and aspirations of people in vulnerable life situations (e.g., people with disabilities, and elderly people with care needs). In this regard, more effective municipal measures can contribute to poverty reduction and inclusion in the sense of the 2030 Agenda. Ideally, the development measures in a municipal plan should be both universal, i.e., reach all people but also contain measures that specifically address people in vulnerable life situations based on the Twin-Track Approach. In the first stage of the project phases, the Medium-Term Development Plans of all the 33 Districts in the Eastern Region of Ghana will be analyzed. This is to assess the potential of MTDP for making access to local public goods and services inclusive of people living in vulnerable situations. It further seeks to offer possibilities to complement District Development Planning with targeted programs for specifics. Moreover, the project seeks to identify opportunities to more systematically include the voices of people living in vulnerable situations in processes of local development planning. In the subsequent phases, case studies with three districts will serve to deepen the analysis and work towards an approach of more inclusive medium-term development planning in a co-creative process with local stakeholders.

References

African Union. (2020). *The Digital Transformation Strategy for Africa (2020-2030)*. www.au.int

<https://au.int/sites/default/files/documents/38507-doc-dts-english.pdf>

Anderson, P. K. L., Wissenbach, L., Ahiataku, S. J., Dawuni, G., & Schädler, J. (2022). *Facilitating the interaction between citizens and local Governments through Information and Communication Technology. FACIL-ICT Ghana Research Report.pdf* (ZPE-Schriftenreihe 58). Centre for Planning and Development of Social Services (Ed.).

- GhanaWeb. (2018). *Akufo-Addo outlines policies for 'Ghana beyond aid'*.
<https://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/Akufo-Addo-outlines-policies-for-Ghana-beyond-aid-632060>
- Ghana Local Government Act (Act 936). (2016). *Ghana Local Governance Act, 2016 (Act 936)* (Issue August). <http://lgs.gov.gh/index.php/local-governance-act-of-2016-act-936/#>
- Ghana, R. of. (2003). *The Ghana ICT for Accelerated Development Policy (ICT4AD)*.
<https://moc.gov.gh/sites/default/files/downloads/Ghana-ICTAD Policy-Master-final-2.pdf>
- Ghana Statistical Service. (2021). *2021 PHC General Report Vol 3A_Population of Regions and Districts_181121.pdf*.
https://statsghana.gov.gh/gssmain/fileUpload/pressrelease/2021%20PHC%20General%20Report%20Vol%203A_Population%20of%20Regions%20and%20Districts_181121.pdf
- GPSD. (2017). *Ghana National Data Roadmap Process*.
<http://www.statsghana.gov.gh/docfiles/SDGs/Data Roadmap Forum- Concept Note.pdf>
- National Communications Authority & Ghana Statistical Service. (2020). *Household survey on ICT in Ghana (abridged). Nationwide survey on ICT access, usage, skills, and digital divide in Ghana*.
- National Development Planning Commission (NDPC). (2017). *Long-term_National_Development_Plan_2018-2057.pdf*. https://ndpc.gov.gh/media/Long-term_National_Development_Plan_2018-2057.pdf
- NCA, & GSS. (2020). *Household survey on ICT in Ghana (abridged). A Nationwide survey on ICT access, usage, skills, and digital divide in Ghana—National Communications Authority and Ghana Statistical Service (GSS)*. [https://statsghana.gov.gh/gssmain/fileUpload/pressrelease/Household Survey on ICT in Ghana \(Abridged\) new \(1\).pdf](https://statsghana.gov.gh/gssmain/fileUpload/pressrelease/Household Survey on ICT in Ghana (Abridged) new (1).pdf)
- The Office of Senior Minister (OSM). (2019). *Ghana_beyond_aid_charter.pdf*. <https://osm.gov.gh/>
- United Nations. (2015). *Transforming our world: The 2030 Agenda for Sustainable Development. A/RES/70/1 web.pdf*. United Nations. sustainabledevelopment.un.org

Photo Gallery



Figure 1: the project team with the coordinating Director of Suhum municipal assembly



Figure 2: The project team with the Coordinating Director of Nsawam Adioagyiri municipal assembly



Figure 3: February 2022 Validation workshop in Suhum district



Figure 4: September 30, 2022 co-creation workshop in Nsawam



Figure 5: September 29, 2022, Presentation of research report to the district coordinating director of Nsawam



Figure 6: December 3, 2022, Co-design workshop in Siegen

5.3 Barrierefreie Beteiligung an Bildungsmanagement als Aufgabe der Kommune¹⁷

Lena Bertelmann

Kommunale Aufgabenvielfalt – ‚Machen‘ und ‚Mit-Machen‘ ermöglichen

Kommunales Handeln trägt wesentlich zu Chancen der Verwirklichung von Teilhabe bei. Denn diese werden dort am konkretesten, wo gelebt wird: in der Kommune. Dieser Ort der alltäglichen Lebensführung steht in engem Zusammenhang mit der Kommune als Verwaltungseinheit. Die Kommune verantwortet und steuert – auch unter Beteiligung von Einwohner*innen und anderen Akteur*innen – die Ausgestaltung der allgemeinen örtlichen Strukturen, in denen Teilhabe dann entweder möglich oder durch Barrieren behindert wird.

Die Kommunen als „wichtigste Macher“ (vgl. Rj StGB NRW 2023, o.S.) sind auf Grundlage der kommunalen Daseinsvorsorge und ggf. durch Aufgabenzuweisungen durch das Land für eine breite und heterogene Palette von Aufgaben zuständig und verantwortlich (vgl. Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz; § 3 Gemeindeordnung NRW). Dabei handelt es sich einerseits um dauerhafte Aufgaben in Handlungsfeldern, die sich unter den Überschriften Wirtschaft, Soziales und Kultur zusammenfassen lassen (vgl. § 8 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW). Hierzu gehört auch die Bereitstellung von Bildungsangeboten. Andererseits stellen sich den Kommunen Aufgaben, auf die sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aufgrund aktueller Ereignisse oder Entwicklungen reagieren müssen (noch sehr präsent z. B. die Corona-Pandemie, oder aktuell: die Energiekrise) oder die sich ihnen als Querschnittsaufgaben stellen. Eine solche Querschnittsaufgabe ist die Entwicklung eines ‚inklusive Gemeinwesens‘, die sich u. a. aus der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ableiten lässt. Diese wurde 2009 in Deutschland zu geltendem Recht und zielt auf die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung.

Die Kommune in Gestalt der Kommunalverwaltung ist zwar aufgrund ihrer örtlichen Zuständigkeiten und demokratischen Legitimation die zentrale ‚Macherin‘ vor Ort. Es zeigt sich aber gleichzeitig, dass die Beteiligung von Bürger*innen bzw. Einwohner*innen an kommunalen Aktivitäten und Planungen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Einwohner*innen wollen ihre Interessen stark machen und

¹⁷ Der Beitrag ist im Oktober 2023 in leicht veränderter Form im Arbeitsheft „ZUSAMMEN WIRKEN: Bürger*innen beteiligen“ der Transferagentur NRW erschienen. Das Heft ist abrufbar über <https://www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de/index.php?id=985>. Die Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW begleitet und unterstützt die Kommunalverwaltungen von Kreisen und kreisfreien Städten in NRW bei der Entwicklung eines vor Ort abgestimmten datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements. Die Transferagentur NRW wird getragen vom Institut für soziale Arbeit e.V. und gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Einfluss nehmen und somit ihr Lebensumfeld direkt und aktiv mitgestalten. Kommunen erkennen auch über rechtlich verpflichtende Vorgaben zur Beteiligung an Verwaltungsverfahren hinaus den Wert von partizipativen Prozessen. Die Kommunalverwaltung bzw. der für die jeweilige kommunale Aufgabe oder Planung hauptverantwortliche Verwaltungsbereich wird damit von der ‚Macherin der Sache‘ zusätzlich zur ‚Macherin des Mit-Machens‘: Sie organisiert und gestaltet nicht nur eigenes Handeln, sondern hat auch die Beteiligung von Bürger*innen zu gestalten – und zwar so, dass es den an Beteiligung Interessierten in ihrer Vielfalt möglich ist, sich zu beteiligen.

Bildungsmanagement und die Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens – Analogien und Bezüge

Sowohl das Bildungsmanagement als auch die Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens lassen sich als Aufgaben der Kommunalverwaltung im Rahmen der Daseinsvorsorge betrachten. Beide Aufgaben richten sich jeweils auf Zuständigkeitsbereiche bzw. Wirkungsfelder, in denen die Kommune unterschiedlich starke Einflussmöglichkeiten hat.

Kommunales Bildungsmanagement koordiniert und steuert auf der Grundlage einer datenbasierten, strategischen Entscheidung Bildungsangebote und -strukturen im unmittelbaren Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich der Kommunalverwaltung, betrifft aber auch Angebote im territorialen Einzugsbereich der Kommune, die von anderen Akteur*innen verantwortet werden (vgl. Suthues, Bienek & Roland 2017, S. 6).

Die Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens zielt auf die Schaffung von Bedingungen im örtlichen Gemeinwesen, die es Menschen (mit Behinderungen) ermöglichen, „ihr Leben selbstbestimmt in den üblichen gesellschaftlichen Institutionen des Lebenslaufs zu gestalten“ (Rohrmann et al. 2014, S. 22). Es handelt sich also – in Rückbindung an die Vorgaben der UN-BRK – um ein sehr umfassendes, weil alle Lebensbereiche betreffendes Vorhaben. Einerseits zieht die Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens im Idealfall die Behandlung von ‚Inklusion‘ als Querschnittsthema und inklusionsorientiertes Verwaltungshandeln in den eigenen Aufgabenbereichen nach sich. Andererseits kann die Kommune Vorbildfunktion für andere Akteur*innen im Gemeinwesen sein und die Moderation von auf die Infrastruktur bezogenen Planungen übernehmen. Letztere wird von den relevanten Akteur*innen im Gemeinwesen gemeinsam unternommen, um die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen zu verbessern (vgl. Rohrmann et al. 2014).

Auch das Recht auf Bildung ist in der UN-BRK für die Personengruppe der Menschen mit Behinderung konkretisiert und mit Vorgaben für ein inklusives Bildungssystem und für barrierefreie Bildungsangebote hinterlegt (vgl. Art. 24 UN-BRK). Das Kommunale Bildungsmanagement steht somit unmittelbar im Kontext der Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens.

Barrierefreie Beteiligung an kommunalen Aktivitäten als unbehinderte Teilhabe

In beiden hier in Rede stehenden kommunalen Aufgabenbereichen kommt es zur Vermittlung zwischen der Verwaltung und den beteiligten, für die Vorhaben relevanten externen Akteur*innen sowie zur Vermittlung zwischen diesen Akteur*innen (vgl. Suthues, Bienek & Roland 2017, S. 6ff.; Rohrmann et al. 2014; Bertelmann 2022). In beiden Bereichen werden die Kommunikations- und Beteiligungsstrukturen als bedeutsam für das Gelingen der Vorhaben erachtet (vgl. Suthues, Bienek & Roland 2017, S. 12f.; Rohrmann et al. 2014; Bertelmann 2022). Dass auch viele Bürger*innen beteiligt sind, liegt mit Blick auf die Chancen von Bürger*innenbeteiligung für die Verwaltung und die Bürger*innen¹⁸ nahe.

Politische Teilhabe ist ein wesentliches Merkmal demokratischer Gesellschaften und grundrechtlich verbrieft. Für demokratische Prozesse ist es grundlegend, dass alle Einwohner*innen die Möglichkeit zur Beteiligung an der Ausgestaltung des Gemeinwesens haben. Ausgehend davon, dass die Kommunen ihrem Wesen nach die „Grundlage des demokratischen Staatsaufbaues“ (§ 1 Gemeindeordnung NRW¹⁹) sind und „das Wohl ihrer Einwohner“ fördern (ebd.), müsste die Verwirklichung von Teilhabe auf kommunaler Ebene besondere Berücksichtigung finden. Die Kommune ist der unmittelbarste Raum, in dem Menschen potenziell soziale und politische Teilhabe verwirklichen können. Das bedeutet gleichzeitig, dass die Kommune für den Raum verantwortlich ist, in dem Menschen am intensivsten umwelt- und einstellungsbedingte Barrieren erleben können. Treten diese in Wechselwirkung mit der Beeinträchtigung einer Person, kann es dem Verständnis der UN-BRK zufolge zur Behinderung der Teilhabe kommen (vgl. Präambel lit. e UN-BRK). Die Verwirklichung von Teilhabe steht also unmittelbar im Zusammenhang mit Barrierefreiheit (oder zumindest Barrierearmut). Als ‚barrierefrei‘ gelten „bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind“ (§ 4, S. 1 Behindertengleichstellungsgesetz).

In einer inklusionsorientierten Kommunalverwaltung²⁰ ist Sensibilität für Barrieren und deren Vermeidung bzw. Überwindung gefragt. Zu barrierefreiem Handeln und zur Herstellung von Barrierefreiheit sind die Kommunalverwaltungen unmittelbar und mittelbar durch die UN-BRK

¹⁸ Zu Bürger*innenbeteiligung, ihren Chancen und Grenzen siehe bspw. Nanz/Fritsche 2012; Hasenkamp 2022; Allianz Vielfältige Demokratie (2017).

¹⁹ Hier beispielhaft für Nordrhein-Westfalen. Diese Rechtsvorschrift findet sich ähnlich auch in den Gemeindeordnungen der anderen Bundesländer.

²⁰ Für eine pointierte Darlegung zur *barrierefreien* Verwaltung siehe Schädler 2019.

verpflichtet (Art. 9 – Zugänglichkeit; Art. 2 – Begriffsbestimmungen [dort „Diskriminierung aufgrund von Behinderung“ und „universelles Design“]). Barrierensensibilität der Kommunalverwaltung bezieht sich sowohl auf die Gestaltung der Interaktion mit Menschen mit Beeinträchtigung, z.B. im Rahmen von Beteiligung (barrierefreie Teilhabe als Modus), als auch auf die Planung und Gestaltung von Einrichtungen und Angeboten, z. B. zur Bildung (barrierefreie Teilhabe als Gegenstand).

Beteiligung von Menschen mit Behinderung an kommunalen Aktivitäten – eine noch ungewohnte Herausforderung

Es gibt erste Hinweise, dass viele der nordrhein-westfälischen Kommunen, wenn sie systematische Planungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – also hin zu einem inklusiven Gemeinwesen – unternehmen, das Handlungsfeld ‚Bildung‘ berücksichtigen²¹. Untersuchungen der Autorin zeigen, dass sich Kommunen noch nicht flächendeckend systematisch und partizipativ mit der Teilhabe von Menschen mit Behinderung als Modus und als Gegenstand auseinandersetzen (vgl. Bertelmann 2022). Die Beteiligung von ‚Verwaltungsexternen‘, insbesondere von Menschen mit Behinderung, ist für nordrhein-westfälische Kommunalverwaltungen noch ungewohnt und wird von den Hauptverantwortlichen für inklusive Planung als Herausforderung angesehen (vgl. ebd.).

Verwaltungsspezifische Abläufe sind nicht barrierefrei und es mangelt an Ressourcen, Barrierefreiheit herzustellen. Dabei gelingt die Anpassung organisatorischer Rahmenbedingungen (Terminplanung, Bereitstellung geeigneter Räume, Möglichkeit der Nutzung individueller Assistenzsysteme) eher als die Anpassung interaktioneller Rahmenbedingungen (Bereitstellung von Informationen, Kommunikation). Der Einschätzung der Hauptverantwortlichen zufolge haben nicht alle Mitwirkenden in Arbeitsgruppen Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit Behinderung. Diesen wird Unsachlichkeit, Emotionalität und Subjektivität zugeschrieben – Eigenschaften, die von dem in der Verwaltung Gewohnten abweichen. Mancherorts werden diese Abweichungen als Bereicherung wahrgenommen, andernorts gelten sie als hinderlich in der gemeinsamen Arbeit (vgl. a.a.O., S. 489 f.). Hinsichtlich der Bereitschaft der Mitwirkenden, sich auf ‚Ungewöhnlichkeiten‘ einzustellen, die in den Beeinträchtigungen anderer Beteiligter begründet liegen, zeigten sich die Hauptverantwortlichen optimistisch (vgl. a.a.O., S. 489).

²¹ Noch unveröffentlichte Daten aus dem von 2022 bis 2025 vom BMAS geförderten und vom Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE), Universität Siegen in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte durchgeführten Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“ (www.unbrk-kommunal.de).

Gleichberechtigte Teilhabe – Barrierefreiheit als Modus und Gegenstand eines kommunalen Bildungsmanagements

Die Beteiligung von Menschen mit Behinderung im Rahmen des Bildungsmanagements hat das Potential, das Erfahrungswissen dieser Personengruppe hinsichtlich Barrieren in die Angebotsplanung einfließen zu lassen und somit Bildungsangebote bereitzustellen, die barrierearm oder sogar barrierefrei sind und ihre Interessen berücksichtigt. Dies verbessert die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit auch für andere Gruppen und kann für die Planung anderer kommunaler Angebote genutzt werden.

Es ist davon auszugehen, dass Barrierefreiheit in Beteiligungsprozessen eher Berücksichtigung findet, wenn Inklusion als Querschnittsanliegen der gesamten Verwaltung bereits standardmäßig mitgedacht wird und/oder, wenn der jeweils für die Beteiligung zuständige Bereich diesem Anliegen Offenheit entgegenbringt.

Wer barrierefreie Beteiligung vorbereitet und begleitet, muss ‚das Rad nicht neu erfinden‘. Es gibt in den Verwaltungen, entweder in der eigenen oder in anderen Kommunen, bereits Erfahrungen mit inklusiven Beteiligungsverfahren. Auch Ansprechpersonen in der Verwaltung für die Belange von Menschen mit Behinderung und/oder Inklusion eignen sich als Ideen- und Ratgeber*innen. Zudem findet sich Literatur und Informationsmaterial, das barrierefreie Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung fokussiert. Nicht zuletzt empfiehlt es sich, die Zielgruppe, deren Beteiligung ermöglicht werden soll, direkt über deren Interessenvertretungen anzusprechen.

Stellt man Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe in den Kontext der Entwicklung eines inklusiven Gemeinwesens, dann ist Barrierefreiheit als Modus der Beteiligung am Bildungsmanagement und als Gegenstand des Managements von Bildungsangeboten zu betrachten. Barrierefreiheit zielt auf die Teilhabe an der Gestaltung von Bildungsangeboten und auf die Verwirklichung von gleichberechtigter Teilhabe an Bildung(sangeboten) selbst.

Anregungen zum Weiterarbeiten

- Ist Barrierefreiheit/Inklusion als (Querschnitts-)Thema innerhalb Ihrer Verwaltung verankert? Lassen sich Verknüpfungen/Synergien zwischen den Planungsbereichen herstellen?
- Sind Menschen mit Behinderung bereits an Aktivitäten im Rahmen des Bildungsmanagements beteiligt? Gibt es dabei Herausforderungen? Welche? Für wen? Welche Lösungen gibt es?
- Gibt es eine Ansprechperson in Ihrer Verwaltung oder bei Ihren Netzwerkpartner*innen, die zu barrierefreier Bürger*innenbeteiligung beraten kann? Welche Interessenvertretungs-/Selbstvertretungsstrukturen gibt es in Ihrer Kommune?

- (Wie) werden Menschen mit Behinderung auf die Möglichkeit zur Beteiligung am Bildungsmanagement aufmerksam gemacht? (Multiplikator*innen, Informationswege, Kommunikationsformen)
- Auf welche Zielgruppe(n) sind die Bildungsangebote in Ihrer Region inhaltlich und formal vorrangig zugeschnitten? Von welchen Personengruppen werden die Angebote in Anspruch genommen?

Literaturverzeichnis

Allianz Vielfältige Demokratie (2017): Wegweiser Breite Bürgerbeteiligung. Argumente, Methoden, Praxisbeispiele. hrsg. von der Bertelsmann Stiftung. URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf [26.08.2023]

Bertelmann, Lena (2022): Aktivitäten und Planungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter kommunaler Federführung – Hauptverantwortliche in der Kommunalverwaltung als Zentrum des partizipativen Geschehens. In Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV), 10(2022), 486-493.

Hasenkamp, Victoria (2022): Kommunale Innovation durch Partizipation – Rahmenbedingungen erfolgreicher Bürgerbeteiligung in Kommunen. In Habbel, Franz- Reinhard; Robers, Diane; Stember, Jürgen (Hrsg.): Die innovative Kommune. Mindset, Konzepte, Ideen und Praxisbeispiele zukunftsorientierter Städte, Gemeinden und Landkreise. Springer, S. 125-136.

Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1200.

Rohrmann, Albrecht; Schädler, Johannes; Kempf, Matthias; Konieczny, Eva; & Windisch, Marcus (2014): Inklusives Gemeinwesen Planen. Eine Arbeitshilfe. hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Schädler, Johannes (2019): Barrierefreie Verwaltung – Grundlage und Handlungskonzepte. In Maaß, Christiane; Rink, Isabel (Hrsg.): Handbuch Barrierefreie Kommunikation. Frank & Timme, S. 637-655.

StGB NRW – Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen e.V. (2023): Gemeindegkongress 2022: „Kommunen.Zukunft.NRW“. URL: <https://www.kommunen.nrw/themen-projekte/gemeindegkongress-2022.html> [12.08.2023].

Suthues, Bettina; Bienek, Magdalena & Roland, Mario (2017). Einblicke ins Bildungsmanagement: Verortungen in Bildungslandschaften und kommunaler Verwaltung. hrsg. von der

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW beim Institut für soziale Arbeit e.V.,
Münster.

5.4 Wie lassen sich kommunale Planungsprozesse empirisch erfassen? – Die Eignung der Online-Recherche als Methode

Malin Butschkau

Einleitung

Mit Planungsprozessen auf kommunaler Ebene können Strukturen, die die kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge berühren, nachhaltig und bedarfsorientiert gestaltet werden. Die Umsetzungspraxis solcher Planungen ist in der Literatur gut beschrieben, beispielsweise in Form von Leitfäden, Arbeitshilfen oder Handbüchern (vgl. Fischer et al. 2022; Libbe und Beckmann 2014; Rohrmann et al. 2014a). Zur empirischen Forschung kommunaler Planungsprozesse lässt sich deutlich weniger finden und dazu geeignete Forschungsmethoden werden nahezu überhaupt nicht thematisiert. Dieser Beitrag stellt am Beispiel der Erforschung von systematischen Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) eine Methode zur empirischen Erfassung kommunaler Planungsprozesse vor und soll ein Baustein sein, um diese Lücke in der Literatur zu schließen.

Die Gestaltung von Planungsprozessen wird – beispielsweise bei der Erstellung von Aktions- oder Teilhabep länen – auch zur Umsetzung der UN-BRK, welche mit der Ratifizierung 2009 in Deutschland zu geltendem Recht geworden ist, empfohlen (vgl. UN-Committee on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) 2015, 8b; Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV) 2012; Palleit 2010). Diesen Empfehlungen sind sowohl der Bund als auch alle Bundesländer mit der Erarbeitung von Aktionsplänen nachgekommen. Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung empfiehlt Aktionspläne zur Umsetzung der UN-BRK ebenfalls für Kommunen (vgl. UN-Committee on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) 2015, 8b). Teilweise lassen sich auf der kommunalen Ebene auch entsprechende Planungsaktivitäten finden. Allerdings ist bisher nicht bekannt, wie verbreitet diese insgesamt sind, welche Formen es hier gibt und wie die kommunalen Planungsprozesse gestaltet werden.

Im Projekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“ (UN-BRK kommunal) stellen wir uns genau solche Fragen: Unter anderem möchten wir wissen, wie verbreitet systematische Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK in Deutschland sind, welche Themen bzw. Vorgaben der UN-BRK bearbeitet werden, welche Akteure in die Umsetzung involviert sind, welche Arbeitsformen gewählt werden und wie die Partizipation von Menschen mit Behinderung und ihrer Verbände sichergestellt wird. Um Antworten zu finden, führen wir – nebst vertiefenden qualitativen Erhebungen – eine bundesweite Bestandsaufnahme von systematischen Planungsaktivitäten zur

Umsetzung der UN-BRK durch. Dafür wenden wir eine Erhebungsmethode an, die sich auch für die empirische Erfassung anderer kommunaler Planungsprozesse eignet.

Systematische Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK in Kommunen als Gegenstand der empirischen Forschung

In Deutschland gibt es 10.297 Städte und Gemeinden sowie 294 Landkreise, in denen sehr unterschiedliche Aktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK stattfinden. Dabei handelt es sich in vielen Fällen, wie das gut erforschte Beispiel Nordrhein-Westfalen zeigt, nicht um systematische Planungen²², sondern beispielsweise um Einzelmaßnahmen oder Projekte (Rohrman et al. 2014b; Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2020). Um kommunale Planungsprozesse zur Umsetzung der UN-BRK gegenüber solchen Aktivitäten abgrenzen zu können, sind möglichst trennscharfe Kriterien erforderlich. Im Projekt UN-BRK kommunal verstehen wir unter systematischen Planungsaktivitäten (SPA) deshalb ausschließlich Aktivitäten, die

...auf der Grundlage eines **Beschlusses eines kommunalen Gremiums bzw. einer Beauftragung durch eine kommunale Stelle,**
...mit Bezug auf die **Umsetzung der UN-BRK,**
...unter **Federführung der Kommunen,**
...ausgestattet mit **Ressourcen,**
...mit einer **Planungsstruktur** stattfinden bzw. stattgefunden haben
und
...auf ein **Planwerk und/oder die Verankerung der Umsetzung der UN-BRK in bestehenden Planungsprozessen** (z.B. Stadtentwicklungsplanung, Schulentwicklungsplanung oder Jugendhilfeplanung) zielen.

Die Bundesländer unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Kommunalverfassungen, den Politiken zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und der Wahrnehmung von Zuständigkeiten in der Behindertenpolitik. In Verbindung mit dem Recht auf Selbstverwaltung ist daher eine große Vielfalt der Ausgestaltung von Planungsaktivitäten erwartbar. Kuhn (2014, S. 265) stellt in seiner Untersuchung zu kommunaler Planung und der Umsetzung der UN-BRK fest, dass die Funktion von

²² Bei Rohrman et al. (2014b, S. 172–173) waren von 172 Aktivitäten von Kommunalverwaltungen hinsichtlich der Gestaltung eines inklusiven Gemeinwesens nur 25 auf Planung bezogen. Im Teilhabebericht NRW (vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2020, S. 234–235) wurde immerhin von 49% der 127 Kommunen, die Aktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK angaben, die Verabschiedung eines Planwerks benannt. Da aber in beiden Untersuchungen ein Großteil der Stichprobe Kreise und kreisfreie Städten waren, wo Planungen häufiger zu finden sind als in kreisangehörigen Städten oder Gemeinden (vgl. Bertelmann 2022, S. 488), würde eine Hochrechnung für das gesamte Bundesland vermutlich zu niedrigeren Werten kommen.

Planung, abhängig von verschiedenen Planungstypen in Bundesländern und den beteiligten Akteuren, sehr unterschiedlich sein kann. Dies ist bislang die einzige bundeslandübergreifende Untersuchung zu Planungsprozessen zur Umsetzung der UN-BRK, die inzwischen wieder einige Zeit zurückliegt. Für die Verbreitung in einzelnen Bundesländern finden sich eine rechtswissenschaftliche Untersuchung in Bayern (vgl. Obermayr 2019) und sozialwissenschaftliche Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen (vgl. Bertelmann 2022; Rohrman et al. 2014b). Ein bundesweiter Überblick liegt nicht vor. Diese Lücke soll durch unser Forschungsprojekt geschlossen werden. Durch die hohe Anzahl an Kommunen bei einem bundesweiten Überblick ist mit vielen zu untersuchenden Fällen zu rechnen, weshalb unser Forschungsinteresse in dieser Erhebungsphase vor allem quantitativ geprägt ist. Zugleich haben die Fragestellungen jedoch auch einen gewissen explorativen Charakter, da zur Organisation von kommunalen Planungsprozessen hinsichtlich der Umsetzung der UN-BRK bislang – vor allem außerhalb von Nordrhein-Westfalen – wenig bekannt ist.

Hinsichtlich der UN-BRK gibt es zur Erhebung von Planungsprozessen auf kommunaler Ebene unterschiedliche Herangehensweisen:

Ein Ansatz sind einzelne Fallanalysen, die die Komplexität eines Planungsprozesses oder spezifischer Aspekte im Planungsprozess in den Mittelpunkt Untersuchung stellen (vgl. Kempf i.E.; Jacobi 2018). Ein anderer Zugang sind Leitfaden-Interviews mit kommunalen Akteur*innen, mit denen ebenfalls spezifische Aspekte in Planungsprozessen beleuchtet werden können (vgl. Laub 2021, Bertelmann in Arbeit). Beide Herangehensweisen lassen sich der qualitativen Forschungsmethodik zuordnen und eignen sich somit gut für komplexe Fragestellungen. Die bundesweite Verbreitung von kommunalen Planungsaktivitäten lässt sich so jedoch nicht erfassen.

Ein quantitatives Erhebungsinstrument, das bereits zum Einsatz gekommen ist und sich in der Regel für große Fallzahlen eignet, ist die standardisierte oder teilstandardisierte Befragung. Bisherige Erfahrungen mit Fragebogenerhebungen von Kommunalverwaltungen zur Umsetzung der UN-BRK lassen erwarten, dass Kommunen, die hinsichtlich der Umsetzung der UN-BRK besonders engagiert sind, dort überrepräsentiert sind (vgl. Bertelmann 2022; Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) 2020; Rohrman et al. 2014b). Für die Fragestellung der Verbreitung von Aktivitäten ist die erwartbare Validität der Daten damit eingeschränkt. Dies betrifft auch eine bundesweite Befragung von Kommunalverwaltungen hinsichtlich der Verbreitung von Planungsprozessen zur Umsetzung der UN-BRK. Ein neuer Ansatz zur empirischen Erforschung von kommunalen Planungsprozessen im Kontext der UN-BRK ist die Online-Recherche: In ihrer Arbeit zeigt Schneider (2022, S. 104), dass diese Methode sich gut eignet, um Hinweise auf Planungsaktivitäten zu finden und Planungs- und Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen.

Um bei der Erfassung der bundesweiten Verbreitung von Planungsprozessen hinsichtlich der Umsetzung der UN-BRK unserem Untersuchungsgegenstand möglichst gerecht zu werden und mögliche Risiken, die sich in der Verwendung verschiedener Erhebungsinstrumente bisher gezeigt haben, zu vermeiden, greifen wir im Projekt „UN-BRK kommunal“ auf die Erhebungsmethode der Online-Recherche zurück.

Online-Recherchen zu systematischen Planungsaktivitäten in Kommunen

Bei der Online-Recherche zur Verbreitung von systematischen Planungsaktivitäten nutzen wir die Suchfunktion der Internetseiten der untersuchten Kommunen, die Recherchefunktion der Rats- / Bürger- oder Kreisinformationssysteme der Kommunen (RIS) sowie ergänzend eine Internet-Suchmaschine. Die Recherche orientiert sich dabei an verschiedenen Schlagworten. Da es sich bundesweit um fast 11.000 Kommunen handelt, müssen wir eine Stichprobe bilden, mit der wir möglichst alle Kommunen mit sPA erfassen können. Aus vorangegangenen Forschungsarbeiten aus Nordrhein-Westfalen und Einblicken in die kommunale Praxis wissen wir, dass sPAs eher in größeren Kommunen anzutreffen sind, da diese eher über die geeignete Infrastruktur und Ressourcen für einen Planungsprozess verfügen²³. Eine Zufallsauswahl, die sich in der Regel für große Fallzahlen anbietet, erscheint vor diesem Hintergrund weniger geeignet. Mit ihr hätten große Kommunen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einer sPA dasselbe Ausschlussrisiko wie kleine Kommunen mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit einer sPA. Um dem Untersuchungsgegenstand möglichst gerecht zu werden, nutzen wir deshalb ein Auswahlverfahren, das in der Marktforschung als Konzentrationsauswahl bekannt ist (vgl. Fantapié Altobelli und Hoffmann 2011, S. 138) und recherchieren:

- alle Landkreise,
- alle kreisfreien Städte
- alle Städte oder Gemeinden mit über 50.000 Einwohnern,
- und Städte oder Gemeinden unter 50.000 Einwohnern, zu denen wir Hinweise auf sPAs haben.

Um gerade hinsichtlich der kleineren Städte und Gemeinden Hinweise zu erhalten, haben wir einen Online-Meldebogen erstellt, über den jede Person uns auf sPAs aufmerksam machen kann. Damit wir zahlreiche Meldungen erhalten, machen wir unser Projekt und den Meldebogen bei den

²³ Beispielsweise waren in der NRW-weiten Befragung von Bertelmann (2022, S. 488) die kreisangehörigen Gemeinden, deren Einwohnerzahl in der Regel unter 25.000 beträgt, mit 13 % die Gebietskörperschaften, die am seltensten die Existenz eines Planwerks benannten. Ganz anders kreisfreie Städte sowie Landkreise, die zu jeweils 71 % die Existenz eines Planwerks angaben.

kommunalen Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung in den verschiedenen Bundesländern bekannt.

Die ausgewählten Kommunen werden bundeslandweise und anhand eines Recherchemanuals untersucht. Das Recherchemanual enthält neben einer Anleitung und einer strukturierten Dokumentationsmöglichkeit unterschiedliche Fragenblöcke, die sich am idealtypischen Planungszyklus orientieren und auf Grundlage des gefundenen Materials zu beantworten sind. Diese Fragenblöcke beinhalten hauptsächlich Fragen mit Ja/-Nein-Antwortoption oder Mehrfachauswahl. Zu allen Schritten des Planungszyklus sowie hinsichtlich einer Gesamteinschätzung gibt es aber auch Freitext-Fragen, so dass ergänzende Hinweise und Einschätzungen benannt werden können. Der Großteil der erhobenen Daten kann damit statistisch ausgewertet werden. Zugleich besteht die Möglichkeit, qualitative Angaben zu machen, die dem explorativen Charakter unseres Vorhabens Rechnung tragen und bei der Einordnung von Ergebnissen helfen können. Das inhaltliche Augenmerk der Recherchefragen liegt – neben der übergreifenden Frage, ob es in der untersuchten Kommune eine sPA zur Umsetzung der UN-BRK gibt – auf dem Zustandekommen und der Organisation des Planungsprozesses und weniger auf der Umsetzung der Planung.

Erfahrungen in der Anwendung von Online-Recherchen bei der Erhebung von systematischen Planungsaktivitäten

Im Projekt UN-BRK kommunal können wir nach der Recherche eines Teils der Bundesländer bereits eine erste Bilanz hinsichtlich unserer Erfahrung mit der Methode der Online-Recherche ziehen. Schon bei der Erstellung des Recherchemanuals stellte sich der sowohl explorative als auch quantitative Charakter unseres Forschungsinteresses als besonders herausfordernd dar. Diese unterschiedlichen Ansprüche an das Erhebungsinstrument führten zu einer langwierigen Prüf- und Überarbeitungsphase des Recherchemanuals. Durch die Kombination von standardisierten und nicht standardisierten Fragen sowie der fortlaufenden Überarbeitung während der Recherche im ersten Bundesland konnte letztlich ein Instrument entwickelt werden, das diese unterschiedlichen Ansprüche gut miteinander verbindet.

In den bisherigen Recherchen wurde zudem deutlich, dass wir insbesondere die Informationen auf den Internetseiten der Kommunen immer vor dem Hintergrund der Selbstdarstellung innerhalb eines öffentlichkeitswirksamen Mediums betrachten müssen. Das heißt auch, dass wir mit unserer Recherche in erster Linie die Perspektive der Kommune abbilden können, nicht aber die Perspektive von anderen beteiligten Akteuren. Zugleich zeigte sich, dass nicht alle Kommunen die Möglichkeit der öffentlichen Darstellung von Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK aktiv nutzen. Es kommt vor, dass auf der Internetseite der Kommune keinerlei Hinweise auf eine sPA zu finden sind, jedoch die Recherche im Ratsinformationssystem ergibt, dass es einen Planungsprozess zur

Umsetzung der UN-BRK gibt oder gegeben hat²⁴. Das zeigt, dass die Suchfunktion auf der Internetseite der Kommune als Quelle nicht immer ganz aussagekräftig ist – das RIS ist als Quelle für die Erhebung von kommunalen Planungsprozessen jedoch sehr wertvoll. Einschränkungen gab es hier lediglich, wenn ein RIS erst seit ein paar Jahren gepflegt wurde oder nur für wenige Jahre zugänglich war. Inhaltlich zeigte sich, dass wir mit der Online-Recherche vor allem zu der von uns erhobenen Phase des Entstehungs- und Organisationsprozesses der Planung recht aussagekräftige Daten finden konnten. Zum Agendasetting gab es zwar häufig Hinweise, qualitativ waren diese jedoch meist eher dünn. Auch hinsichtlich der Umsetzung der Planung fanden wir seltener und in der Regel auch weniger aussagekräftige Daten.

Darüber hinaus führt die Komplexität des Untersuchungsgegenstands dazu, dass die Forschenden bei der Durchführung der Recherchen als wichtiger Teil des Erhebungsinstruments fungieren: So müssen sie die sehr unterschiedlichen und nicht immer eindeutigen Informationen hinsichtlich der Recherchefragen einordnen können. Dem Risiko differenter Einordnungen durch verschiedene Personen und damit der Gefahr verzerrter Daten begegnen wir im Projekt mit regelmäßigem Austausch. Im Rahmen von kollegialer Beratung sowie in sogenannten ‚Grenzfallkonferenzen‘ besprechen wir regelmäßig einzelne Fälle. Zudem führen wir Klausurtagungen hinsichtlich unseres grundsätzlichen Umgangs mit dem Recherchemanual durch. Dies führt zu einer umfangreichen Qualitätssicherung, da sowohl die Rechercheergebnisse validiert als auch die Forschenden als Teil des Untersuchungsinstruments aufeinander ‚geeicht‘ werden.

Fazit: Die Eignung von Online-Recherchen für die empirische Untersuchung von systematischen Planungsaktivitäten in Kommunen

Die bisherigen Erfahrungen mit der Online-Recherche im Projekt UN-BRK kommunal hat uns gezeigt, dass diese Methode sich gut eignet, um systematische Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK zu erfassen. Dabei lassen sich diverse **Vorteile** auch auf andere systematische Planungsaktivitäten in Kommunen übertragen:

1. Durch die Stichprobenbildung anhand der Konzentrationsauswahl und durch die statistische Auswertung ist die Methode gut geeignet für größere Fallzahlen – und kann damit der großen Anzahl an Kommunen gerecht werden. Eine Zufallsauswahl ist voraussichtlich weniger valide.

²⁴ Auf der Internetseite der Kommune haben wir in 31,36 % der bisherigen Recherchen in vier Bundesländern Informationen zu Elementen von Planungsprozessen finden können. Im RIS traf dies auf 47,27 % der bisherigen Recherchen zu. Von allen Fällen, in denen wir Informationen zu Elementen von Planungsprozessen gefunden haben, waren diese nur selten über die Internetseite der Kommune auffindbar, wenn sie zeitgleich nicht im RIS zu finden waren (4 %). Andersherum waren etwa bei einem Drittel der Fälle Informationen im RIS gegeben, über die Internetseite jedoch waren keine Informationen auffindbar (32,8 %).

2. Vor allem mittels der Recherche im RIS lassen sich die Planungsprozesse der jeweiligen Kommunen umfänglich abbilden. Dies gilt unabhängig davon, ob und wie die Kommunen sPAs auf ihrer Internetseite öffentlichkeitswirksam aufbereiten.
3. Mit dem Recherchemanual kann entlang des Planungszirkels das Zustandekommen und die Organisation einer Planung gut erfasst werden.

Weniger geeignet erscheint die Methode vor allem für tiefergehende qualitative Fragestellungen:

1. Differenzierte Fragen zum Agendasetting können mit der Online-Recherche nicht beantwortet werden.
2. Die Methode fokussiert die Perspektive der Kommune. Perspektiven anderer beteiligter Akteure über den Ablauf des Prozesses lassen sich damit kaum erfassen.
3. Zur Überprüfung der Wirksamkeit von Maßnahmen ist die Online-Recherche nicht geeignet, da nur wenig aussagekräftige Informationen zur Durchführung von Maßnahmen gefunden werden können, welche in der Regel nur die Perspektive der Kommune – und diese nicht selten im Sinne einer öffentlichen Selbstdarstellung – abbilden.

Insgesamt zeigt sich jedoch, dass systematische Planungsaktivitäten auf kommunaler Ebene mit einer Online-Recherche sowohl bezüglich ihrer Komplexität und Unterschiedlichkeit als auch hinsichtlich der hohen Anzahl an Untersuchungseinheiten empirisch erfasst werden können.

Die Methode der Online-Recherche hat vor allem durch den öffentlichen Zugang zu den RIS der Kommunen ein großes Potenzial für die empirische Erforschung von Prozessen auf kommunaler Ebene. Damit bietet sie dem jungen Forschungsfeld zu systematischen Planungsprozessen in Kommunen weitreichende Möglichkeiten für einen weiteren Erkenntnisgewinn. Dieser kann wiederum auch den Kommunen hinsichtlich der Umsetzung von Planungsprozessen dienlich sein.

Literaturverzeichnis

Bertelmann, Lena (2022): Aktivitäten und Planungen zur Umsetzung der UN-

Behindertenrechtskonvention unter kommunaler Federführung – Hauptverantwortliche in der Kommunalverwaltung als Zentrum des partizipativen Geschehens. In *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins* 102 (10), S. 486–493.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV) (2012): Empfehlungen zur örtlichen Teilhabepanung für ein inklusives Gemeinwesen. In *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins* 6, S. 286–291.

Fantapié Altobelli, Claudia; Hoffmann, Sascha (2011): Grundlagen der Marktforschung. 1. Aufl. Stuttgart, München: UTB GmbH; UVK Lucius (Unternehmensführung, 3466).

- Fischer, Jörg; Hilde-Carstensen, Theresa; Huber, Stefan (2022): Handbuch kommunale Planung und Steuerung: Planung, Gestaltung, Beteiligung. Weinheim: Juventa Verlag.
- Jacobi, Lisa (2018): Die Partizipation von Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen an kommunalpolitischen Prozessen – eine Analyse am Beispiel der Teilhabeplanung des Landkreises Waldeck-Frankenberg. Masterarbeit. Universität Siegen, Siegen. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:467-12828>, zuletzt geprüft am 28.05.2023.
- Kempf, Matthias (i.E.).
- Kuhn, Andreas (2014): Aus der Praxis: Inklusion und kommunale Planung. In *Sozialer Fortschritt* 63 (10), S. 258–266. DOI: 10.3790/sfo.63.10.258.
- Laub, Matthias (2021): Der inneren Existenz Raum geben. Partizipation von Menschen mit psychischer Behinderung in Prozessen Örtlicher Teilhabeplanung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Libbe, Jens; Beckmann, Klaus J. (2014): Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung. Ein Handlungsleitfaden. Berlin.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (2020): Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen. Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Unter Mitarbeit von Schmitz, Alina, Engels, Dietrich. Online verfügbar unter https://www.mags.nrw/sites/default/files/documents/teilhabebericht_2020_nrw_barrierefrei.pdf, zuletzt geprüft am 18.10.2023.
- Obermayr, Ursula (2019): Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene in Bayern : Eine rechtstatsächliche und rechtspolitische Untersuchung. Frankfurt a.M.: Lang.
- Palleit, Leander (2010): Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Hg. v. Deutsches Institut für Menschenrechte. Berlin (Positionen - Monitoring Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention). Online verfügbar unter https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/positionen_nr_2_aktionsplaene_zur_umsetzung_der_un_behindertenrechtskonvention_01.pdf, zuletzt geprüft am 07.03.2021.
- Rohrman, Albrecht; Schädler, Johannes; Kempf, Matthias; Konieczny, Eva; Windisch, Marcus (2014a): Inklusive Gemeinwesen Planen. Eine Arbeitshilfe. Hg. v. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS). Düsseldorf. Online verfügbar unter <https://www.uni->

siegen.de/zpe/projekte/inklusivegemeinwesen/inklusive_gemeinwesen_planen_final.pdf,
zuletzt geprüft am 30.01.2022.

Rohrmann, Albrecht; Schädler, Johannes; Kempf, Matthias; Konieczny, Eva; Windisch, Marcus (2014b):
Inklusive Gemeinwesen Planen. Abschlussbericht eines Forschungsprojektes. im Auftrag des
Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales in Nordrhein-Westfalen. Hg. v. Zentrum für
Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen. Siegen.

Schneider, Helen (2022): Kommunale Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention. Möglichkeiten und Grenzen einer vergleichenden Analyse.
Masterarbeit. Universität Siegen, Siegen.

UN-Committee on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) (Hg.) (2015): Concluding
observations on the initial report of Germany. CRPD/C/DEU/CO/1. Online verfügbar unter
[https://documents-dds-
ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G15/096/31/PDF/G1509631.pdf?OpenElement](https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G15/096/31/PDF/G1509631.pdf?OpenElement), zuletzt geprüft am
28.02.2022.

5.5 Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen

Miriam Düber, Albrecht Rohrmann & Johannes Schädler

Inklusionsorientierte Dienste stellen einen konzeptionellen Rahmen dar, der Alternativen zum herkömmlichen angebotszentrierten und durch Sondereinrichtungen geprägten System der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen aufzeigt. Der Ansatz wird im Rahmen eines kürzlich erschienenen Lehr- und Arbeitsbuchs (mit großer Beteiligung der Mitglieder des ZPE) erstmals begrifflich und konzeptionell entfaltet. Die aktuelle Publikation richtet sich dabei an Personen in Ausbildung und Praxis gleichermaßen, vermittelt grundlegendes Wissen über das Handlungsfeld, beleuchtet Spannungsfelder und skizziert Weiterentwicklungsbedarfe. Zugleich bietet sie viele praktische Impulse und konkrete Anwendungsmöglichkeiten.

In diesem Beitrag möchten wir – als Herausgeber*innen – den Entstehungshintergrund der Publikation beleuchten und den Ansatz der inklusionsorientierten Dienste skizzieren.

Arbeitshilfen zur Qualitätsentwicklung in Sozialen Diensten – Anknüpfen an eine Tradition des ZPE

Bereits vor 25 Jahren wurde am Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste der Universität Siegen²⁵ eine Reihe von Arbeitshilfen zur Qualitätsentwicklung für verschiedene Arten von Einrichtungen und Diensten sowie zur Entwicklung von Netzwerken Offener Hilfen erarbeitet (vgl. insb. Schwarte & Oberste Ufer 1997; Rohrmann u. a. 2001; Aselmeier u. a. 2002; Dittmann-Dornauf 2005;).

Der Begriff der ‚Offenen Hilfen‘ wurde dabei stark mit den Reformen der Eingliederungshilfe seit den 1980er Jahren verknüpft und als bewusst unbestimmt gehaltener Oberbegriff für solche Hilfeformen verwendet, die Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in individuell gewählten und verantworteten Lebensformen ermöglichen sollen. Nicht bestimmte Leistungsangebote sollten das Konzept prägen, sondern vielmehr eine spezifische Art des professionellen Umgangs mit dem Hilfebedarf, die im Vergleich mit anderen professionellen Angeboten durch eine größere Offenheit und eine spezifische Nutzer*innen- und Alltagsorientierung gekennzeichnet ist. In diesem konzeptionellen Rahmen lassen sich im Rückblick idealtypisch zwei Entwicklungsstränge Offener Hilfen unterscheiden, wovon der eine als ‚additiv‘, in den bisherigen Strukturen verbleibend und der

²⁵ Seinerzeit noch Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste.

andere als ‚transformativ‘, die bisherigen Strukturen überwindend verstanden werden kann. Im ‚additiven‘ Strang ging und geht es darum, diejenigen Nutzer*innen zu identifizieren, die mit Offenen Hilfen an die Kernangebote der Eingliederungshilfe herangeführt werden können und/oder in ambulanten Settings kostengünstiger betreut werden können. Das teilstationäre Modell wird dann sozusagen um ambulante Angebote ergänzt. Diese Lesart hat vor allem den häufig parallelen Ausbau ambulanter und stationärer Hilfen zum Wohnen für Menschen Behinderungen seit den 1990er Jahren geprägt.

Im ‚transformativen‘ Entwicklungsstrang wird hingegen auf die Forderung von Menschen mit Behinderungen nach Selbstbestimmung reagiert, die durch die Platzierung in Einrichtungen nicht in gleicher Weise verwirklicht werden kann. Um das Anrecht von Menschen mit Behinderungen auf individuelle Lebensführung gleichberechtigt zur Geltung zu bringen, ist demzufolge ein neuer Typus von Hilfen notwendig. Im Kern geht es dabei um die Überwindung der beharrlich weitergeführten Annahme eines ‚stationären Hilfebedarfes‘ als quasi naturwüchsige Eigenschaft der betreffenden Menschen.

Aufgrund ihrer Entwicklung, Strukturen und Arbeitsprinzipien wurde Offenen Hilfen ein hohes Potenzial zugeschrieben, auf der Grundlage eines menschenrechtlichen Verständnisses von Behinderung personenzentrierte, flexible und sozialraumorientierte Unterstützungsarrangements schaffen zu können, die zu mehr kultureller und sozialer Teilhabe ihrer Nutzer*innen beitragen (vgl. Huppert 2015a.: 12 f.). Allerdings zeigten empirische Untersuchungen, dass Dienste der Offenen Hilfen für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen in der Praxis insbesondere auf den Ausbau vorhandener Strukturen, jedoch kaum auf die fachliche und innovative Weiterentwicklung zielen (vgl. Huppert 2015b: 109). Sie tendieren ebenfalls dazu „ein tendenziell geschlossenes System (zu bilden, d. V.), das parallel zu den Institutionen im Gemeinwesen alle entlang des Lebenslaufs relevanten Angebote für behinderte Menschen vorhält“ (Huppert 2015a: 216).

Inklusionsorientierte Unterstützung

Im Ergebnis fachlicher Diskussionen zur konzeptionellen Weiterentwicklung von Diensten zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, entstand im ZPE-Kontext die Auffassung, nicht weiter an dem Leitbegriff der „Offenen Hilfen“ festzuhalten, da dieser die Impulse, die vor allem die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) mit ihrem menschenrechtsorientierten Verständnis von Behinderungen in den Fachdiskurs getragen hat, nicht hinreichend aufzugreifen vermag. Stattdessen wurde der Terminus „inklusionsorientierte Dienste“ als quasi paradigmatisch weiterführender erkannt und in den Titel des Lehr- und Arbeitsbuches aufgenommen.

Der Begriff knüpft explizit an den Leitbegriff der UN-BRK an und soll Dienste sowie andere organisierte Unterstützungsformen fassen, die die Rechte ihrer Nutzer*innen auf Selbstbestimmung sowie eine volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe achten. Inklusionsorientierte Dienste folgen demnach dem Anspruch, in ihrer Arbeit die Menschenrechte für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zu konkretisieren und orientieren sich dabei an den einzelnen Artikeln der UN-Behindertenrechtskonvention. Aus der Kritik standardisierter Leistungsangebote heraus geht es inklusionsorientierten Diensten darum, mit ihren Nutzer*innen und ihrem sozialen Umfeld ein individuell hilfreiches Arrangement zu erarbeiten und dieses ggf. immer wieder neu an geänderte Lebenssituationen anzupassen.

Der konzeptionelle Ansatz der inklusionsorientierten Dienste beruft sich explizit auf Artikel 19 der Behindertenrechtskonvention zur selbstbestimmten Lebensführung. In diesem Artikel der Konvention wird die Verknüpfung von gleichberechtigten Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Alltagsgestaltung mit der Verfügbarkeit flexibler Hilfen und dem Vorhandensein von inklusiven Angeboten von Diensten und Einrichtungen für die Allgemeinheit hergestellt. In diesem Verständnis sind die Planung und Entwicklung flexibler und inklusionsorientierter Unterstützungsdienste ein elementarer Bestandteil eines *inklusive* Gemeinwesens. Dies wiederum wird als Zielsetzung für ein (planerisches) Bestreben verstanden, Bedingungen im örtlichen Gemeinwesen zu schaffen, die es *allen* Menschen ermöglichen, ihr Leben selbstbestimmt in den allgemein üblichen gesellschaftlichen Institutionen des Lebenslaufs zu gestalten.

Mit diesem Ansatz der Inklusion verbindet sich dabei keineswegs ein Verzicht auf individuelle, teilweise hochspezialisierte Hilfen für Menschen mit Behinderungen, es verändert sich jedoch deren Zielrichtung. Die Unterstützung soll gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen und Ausgrenzung vermeiden. Wo immer möglich, sollen Hilfen in und durch die Dienste und Einrichtungen für die Allgemeinheit im Gemeinwesen erbracht werden.

Im hier vorgestellten Lehr- und Arbeitsbuch wird der fachliche Diskurs zur künftigen Ausgestaltung der Unterstützungsangebote innerhalb und außerhalb des ZPE zusammengefasst. Im Folgenden sollen die für zentral geltenden Merkmale inklusionsorientierter Dienste kurz skizziert werden (ausführlich, siehe Rohrmann 2023).

Merkmale inklusionsorientierter Dienste

Inklusionsorientierte Dienste bieten personenzentrierte Hilfen im Sinne eines „individuell hilfreichen Arrangements“ an.

Im Kern geht es nicht um die Schaffung von Versorgungsangeboten oder um ‚Plätze‘ in Einrichtungen, sondern darum, für jede Situation, in der Unterstützung benötigt wird, ein

individuell „hilfreiches Arrangement“ (Schädler & Rohrman, 2016, S. 34) partizipativ zu entwickeln. Durch das Angebot inklusionsorientierter Dienste wird auf die mittlerweile auch für die Leistungen des Rehabilitationsrechts leitende Orientierung weg von ‚angebotszentrierten‘ hin zu ‚personenzentrierten‘ Hilfen (Schäfers, 2017) reagiert. Das ist einerseits die große fachliche und konzeptionelle Stärke der Dienste, die aber zugleich auch erhebliche organisatorische Herausforderungen beinhaltet.

*Inklusionsorientierte Dienste zielen auf die gleichberechtigte Teilhabe ihrer Nutzer*innen, insbesondere, indem sie mit ihnen den Zugang zu Angeboten für die Allgemeinheit erschließen. Inklusionsorientierte Dienste geben, wo immer dies möglich ist, der inklusiven Öffnung von Diensten für die Allgemeinheit den Vorrang vor der Schaffung von eigenen Angeboten.*

Die Dienste stellen den Anspruch, ihren Nutzer*innen Möglichkeiten der gleichberechtigten Teilhabe in allen Lebensphasen durch die gesamte Palette möglicher Unterstützung nicht nur durch Individualleistungen, sondern vor allem auch durch die inklusive Öffnung von Angeboten für die Allgemeinheit zu erschließen. Wo immer dies möglich ist, verzichten sie auf eigene Angebote und beteiligen sich an der Entwicklung inklusiver Angebote, bzw. unterstützen Dienste für die Allgemeinheit bei der Öffnung ihres Angebotes. Einige Beispiele mögen verdeutlichen, was gemeint ist: Inklusionsorientierte Dienste können auf eigene Freizeitangebote verzichten. Sie begleiten ihre Nutzer*innen, soweit dies notwendig ist, bei der Inanspruchnahme von regulären Angeboten, bieten Schulungen für ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter*innen an oder arbeiten in einem Team, beispielsweise zur Durchführung von Ferienspielen mit.

Die Dienste gehen also von den Barrieren aus, die eine Teilhabe in den unterschiedlichen Situationen und vor allem in Übergängen im Lebenslauf behindern können. Sie müssen ihre Angebote jedoch unter den gegebenen, sich auch verändernden sozial- und ordnungsrechtlichen Bedingungen organisieren. Auf Sozialleistungen besteht in der Regel ein individueller Rechtsanspruch. Der Anspruch auf solche Leistungen wird an individuellen Merkmalen festgemacht und muss in sozialrechtlich geregelten Verfahren festgestellt werden. Sehr viel schwieriger ist es, Ressourcen zu mobilisieren für die Überwindung von Teilhabebarrrieren in den sozialräumlichen Bezügen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch auf die Überwindung der Zuschreibung von individuellen Problemen einerseits und der Notwendigkeit durch genau diese Zuschreibungsprozesse Ressourcen für eine professionelle Unterstützung zu mobilisieren andererseits, lässt sich dabei nicht vollständig auflösen.

Inklusionsorientierte Dienste reagieren auf das veränderte Verständnis von Behinderung. Sie reflektieren, ob bzw. wie sie zur Hervorbringung von Behinderungen in der Gesellschaft beitragen. Sie verzichten auf eine individualisierende Darstellung von Behinderungen in der Öffentlichkeit

und wirken an der Sensibilisierung hinsichtlich der Benachteiligung von Menschen in der Gesellschaft mit.

Die UN-BRK hat dem Nachdenken über das Verständnis von Behinderungen einen starken Impuls gegeben und greift deutlich das ‚soziale Modell‘ von Behinderung auf. Diesem Verständnis zufolge sind es die Bedingungen der sozialen Umwelt, die eine Behinderung verursachen. Sie führen dazu, dass bestimmte Personen in ihrer Teilhabe an Aktivitäten, die für sie bedeutsam sind, behindert werden. Nicht, dass eine Person etwas nicht kann, ist das Problem, sondern, dass diese Fähigkeit erwartet wird, um mit gleichen Rechten und Möglichkeiten teilhaben zu dürfen. Behinderungen entstehen demzufolge in Situationen der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- sowie umweltbedingten Barrieren, die an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe behindern. Dieses Verständnis von Behinderungen ist für inklusionsorientierte Dienste sehr weitreichend. Zum einen müssen die Dienste auf eine leicht abgrenzbare Definition ihrer Zielgruppe verzichten und zum anderen müssen sie sich darüber klar werden, dass sie mit ihren Strukturen und Praktiken auch dazu beitragen, Behinderungen hervorzubringen.

*Inklusionsorientierte Dienste achten das Recht auf Selbstbestimmung ihrer Nutzer*innen. Sie reflektieren ihre Strukturen und Prozesse fortlaufend hinsichtlich der Verletzung von Rechten der Selbstbestimmung. Inklusionsorientierte Dienste ermöglichen ihren Nutzer*innen die Aneignung von Kompetenzen zur Selbstbestimmung und treffen mit ihnen Vereinbarungen zum Umgang mit Risiken und zur Zusammenarbeit.*

Im Feld der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen hat die Forderung nach Selbstbestimmung ihr Profil gewonnen als Kritik an der erfahrenen Fremdbestimmung durch die gesellschaftliche Organisation von Unterstützung als Fürsorge in Anstalten und Sondereinrichtungen (Steiner, 2004; Köbsell, 2012, kritisch: Waldschmidt, 2012, S. 22 ff.). Dies hängt eng mit dem medizinischen Modell von Behinderungen zusammen, nach dem Menschen mit Behinderungen als defizitär angesehen wurden und werden und nicht als fähig gelten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dagegen wehren sich viele Menschen mit Behinderungen. Sie weisen die Definitionsmacht von Fachleuten über ihr Leben und die Gestaltung ihres Alltags zurück und fordern eine entsprechende Organisation von Unterstützungsleistungen ein. Dieser Zusammenhang ist für das Verständnis der Charakteristika von inklusionsorientierten Diensten von großer Bedeutung. Die Forderung von Selbstbestimmung ist kein professionelles Fachkonzept. Es geht vielmehr um die Einforderung von grundlegenden Rechten, die ein kritisches Korrektiv gegenüber der Selbstbezüglichkeit professionellen Handelns und der Organisation sozialer Dienste

darstellen. Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen haben daraus alternative Modelle für die Organisation von Unterstützung entwickelt (Weinbach, 2016, S. 103 ff.), an denen sich inklusionsorientierte Dienste orientieren können. Sie sehen ein hohes Maß an Nutzer*innenkontrolle vor.

*Inklusionsorientierte Dienste erbringen sozialrechtlich geregelte Dienstleistungen. Nutzer*innen haben jedoch als Leistungsberechtigte die Kontrolle über die Leistungen und bestimmen auf der Ebene der Angebotsentwicklung, der Ebene der Organisation und auf der Ebene der Ausgestaltung der individuellen Unterstützung mit.*

Soziale Dienstleistungen sind in der Regel deutlich komplexer als private Dienstleistungen. Sie wirken sich stärker auf die Möglichkeiten der Alltagsgestaltung und Lebensführung aus. Insbesondere soziale Dienstleistungen, die auf soziale Probleme reagieren und auf eine individuelle Verhaltensänderung zielen, werden in der Gesellschaft und auch von den Adressat*innen der Unterstützung häufig negativ bewertet. So kann die Nutzung von sozialen Diensten als Stigma, soziale Kontrolle oder Machtausübung wahrgenommen werden und zu Ausgrenzungen führen. Dies kann auch zu der Entscheidung führen, Dienste nicht zu nutzen. Die Verfahren der Bewilligung von Leistungen, aber auch die Bedingungen der Nutzung von inklusionsorientierten Diensten müssen daher ständig daraufhin überprüft werden, dass solche Effekte vermieden werden. Hindernisse der Inanspruchnahme von sozialen Dienstleistungen sind Faktoren, „die eine machtbasierende Hierarchie zwischen Nutzern und Professionellen etablieren und damit eine Rückstufung und Entwertung der subjektiven Relevanz und Positionierung der Nutzerinnen und Nutzer implizieren“ (Herzog et al., 2018, S. 99). Dies unterstreicht die Bedeutung von Selbstbestimmung der Nutzer*innen in der Dienstleistungsbeziehung.

Nimmt man den Anspruch auf Selbstbestimmung ernst, so verändert sich die Rolle der Nutzer*innen in der Dienstleistungsbeziehung. Sie gestalten ihren Alltag und nutzen koproductive Leistungen der Assistenz. Sie eignen sich dabei zunehmend Kompetenzen zum selbstbestimmten Leben mit Unterstützung an. „In systematischer Perspektive kommt somit dem Aneignungshandeln der Nutzerinnen und Nutzer der Primat zu“ (Schaarschuch & Oelerich, 2005, S. 11). Sie werden zu den eigentlichen ‚Produzenten‘ ihres Alltags mit Unterstützung.

Inklusionsorientierte Dienste entwickeln die Qualität ihres Angebots durch Maßnahmen, die die Wirkung ihrer Unterstützung auf individueller Ebene multiperspektivisch erheben, auf der Ebene der Prozesse durch eine transparente und partizipative Organisationsentwicklung und auf der Ebene der Strukturen neben der Sicherung von Ressourcen auch durch die Entwicklung von inklusiven Strukturen im Gemeinwesen.

Die in diesem Beitrag beschriebenen Merkmale inklusionsorientierter Dienste bieten eine Orientierung, die zu einer kontinuierlichen Reflexion und Systematisierung von inklusionsorientierten Haltungen, Strukturen und Praktiken genutzt und als Bestandteil der Qualitätsentwicklung dokumentiert werden kann. Dabei kommen Einschätzungen der Nutzer*innen (vgl. Gromann, 2019), in bestimmten Fällen auch des Umfeldes, der verantwortlichen Fachkräfte und des Teams zum Tragen. Ausgangspunkt können die Teilhabeziele sein, die im Gesamtplan vereinbart worden sind. Um individuelle Teilhabeziele erreichen zu können, ist im Sinne der Inklusion die Einschätzung der Teilhabemöglichkeiten bedeutsam (Gromann & Brückner, 2014). Der Alltag ist von grundlegenden Bedürfnissen, Routinen und auch Widersprüchlichkeiten geprägt, die zu einer selbstbestimmten Lebensführung und gleichberechtigten Teilhabe gehören. Teilhabemöglichkeiten werden durch einstellungs- und umweltbedingte Barrieren im Gemeinwesen aber auch in der Dienstleistungserbringung blockiert. Die unterschiedlichen Dimensionen in der Unterstützungsbeziehung aber auch im Gemeinwesen zur Sprache zu bringen, ist die Aufgabe einer inklusionsorientierten Unterstützung.

Literatur

- Aselmeier, Laurenz; Oberste-Ufer, Ralf; Rohrmann, Albrecht; Schädler, Johannes; Schwarte, Norbert (2002): AQUA-UWO. Arbeitshilfe zur Qualitätsentwicklung in Diensten für Unterstütztes Wohnen von Menschen mit geistiger Behinderung. 1. Aufl. Siegen: ZPE (ZPE-Schriftenreihe, 10).
- Dittmann-Dornauf, Andrea (2005): Arbeitshilfe zur Qualitätsentwicklung in der freizeitorientierten Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung. 1. Aufl. Siegen: ZPE (ZPE-Schriftenreihe, 16).
- Gromann, Petra (2019): Zur Bedeutung selbstbestimmter Ziele bei der Gesamt- und Teilhabepanung und für die sogenannte „Wirkungsorientierung“ im Bundesteilhabegesetz. In Fachbeiträge des NDV – Nachrichtendienst des Deutschen Vereins 99(7), S. 326–329.
- Gromann, Petra; Brückner, Anke (2014): Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe? Hrsg.: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Institut Personenzentrierte Hilfen gGmbH, Aktion Mensch
https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Qualitaet/WmmT/Wissenschaftlicher_Abschluss_bericht_IPH.pdf (abgerufen am 08.11.2023).
- Herzog, Kerstin; Kunhenn, Jacqueline; May, Michael; Oelerich, Gertrud; Schaarschuch, Andreas; Streek, Rebekka (2018): Beschränkung des Nutzens Sozialer Arbeit. In Stehr, Johannes; Anhorn, Roland; Rathgeb, Kerstin (Hg.): Konflikt als Verhältnis – Konflikt als Verhalten – Konflikt als Widerstand: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit zwischen Alltag und Institution. Wiesbaden: Springer VS, S. 83–103.

Huppert, Christian (2015a): Inklusion und Teilhabe. Herausforderung zur Weiterentwicklung der Offenen Hilfen für behinderte Menschen. Marburg: Lebenshilfe Verlag.

Huppert, Christian (2015b): Offene Hilfen – Möglichkeiten und Grenzen der Mitgestaltung eines Weges zu einem inklusiven Gemeinwesen. In Teilhabe Jg. 54, H. 3, S. 107–113.

Köbsell, Svantje (2012): Wegweiser Behindertenbewegung: Neues (Selbst-)Verständnis von Behinderung. Neu-Ulm: AG-SPAK.

Rohrmann, Albrecht (2023): Charakteristika inklusionsorientierter Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. In Düber, Miriam; Rohrmann, Albrecht; Schädler, Johannes (Hg.): Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Marburg: Lebenshilfe-Verlag.

Rohrmann, Albrecht; McGovern, Karsten; Schädler, Johannes (2001): AQUA-NetOH. Arbeitshilfe zur Qualifizierung von örtlichen Netzwerken Offener Hilfen für Menschen mit Behinderungen. 1. Aufl. Siegen: ZPE (ZPE-Schriftenreihe, 9).

Schaarschuch, Andreas; Oelerich, Gertrud (2005): Theoretische Grundlagen und Perspektiven sozialpädagogischer Nutzerforschung. In Oelerich, Gertrud; Schaarschuch, Andreas (Hg.): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht: Zum Gebrauchswert sozialer Arbeit. München: Reinhardt, S. 9–25.

Schädler Johannes; Rohrmann, Albrecht (2016): Die Wohnsituation von Menschen mit Behinderungen im Überblick: Theorien, Konzept und rechtliche Bestimmungen. Unentschieden – wie das Recht auf ein Leben in einer eigenen Wohnung zur Glücksache wird. In Theunissen, Georg; Kulig Wolfgang (Hg.): Inklusives Wohnen mit Behinderung. Bestandsaufnahme, Best Practice von Wohnprojekten für Erwachsene mit Behinderungen in Deutschland. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag, S. 21–43.

Schäfers, Markus (2017): Personenzentrierung als sozialpolitische Programmformel. Zum Diskurs der Eingliederungshilfereform. In Wansing, Grudrun; Windisch, Matthias (Hg.): Selbstbestimmte Lebensführung und Teilhabe: Behinderung und Unterstützung im Gemeinwesen. Stuttgart: Kohlhammer, S. 33–48.

Schwarte, Norbert & Oberste-Ufer, Ralf (1997): LEWO - Lebensqualität in Wohnstätten für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung. Ein Handlungsinstrumentarium zur Qualitätsentwicklung in der sozialen Rehabilitation, Marburg

Steiner, Gusti (2004): Heilpädagogik: Nein, Danke! In: Schnoor, Heike, Rohrman, Echhard (Hg.):
Sonderpädagogik: Rückblicke – Bestandsaufnahmen – Perspektiven. Bad Heilbrunn: Klinkhardt,
S. 53–57.

Waldschmidt, Anne (2012): Selbstbestimmung als Konstruktion: Alltagstheorien behinderter Frauen
und Männer. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.

Weinbach, Hanna (2016): Soziale Arbeit mit Menschen mit Behinderung: Das Konzept der
Lebensweltorientierung in der Behindertenhilfe. Weinheim: Beltz Juventa.

5.6 German Media Discourses and Narratives Towards Migrants – Analytical Perspective²⁶

José Ricardo Martins & Dominic Danz

Introduction

Migration, usually rather a marginal topic in German media coverage and political debate, has developed into one of the main news topics in the course of 2015. The first finding of this research is that German media frames discourses and debates on refugees and migrants basically around politics, and politicians receive unbalanced space in the coverage. Nearly all coverage comes under the section of ‘politics’. The second finding is that until the events in Cologne, the media does not portray migrants with depreciative terminology, rather, uses neutral terms. An exception is made to the newspaper Bild and the magazine Focus, which had been covering with some prejudice and easily associating refugees with crimes. Further, Focus has made a manipulative, highly prejudiced coverage of Cologne 2015 New Year’s events, and has given voice to anti-migrant, right-wing individuals, groups and sometimes to the AfD party to qualify migrants with very depreciatory terms and, above all, to question German attitude to receive migrants in great numbers.

We have structured this analytical section around three perspectives: First, we interrogate if German media in some measure reflect German society’s stances on refugees and migration. Second, as a corollary of the first, we assert that media reflects the polarization in the German political and social spectrum on the subject. In the third section: German media accepts very well the economic argument for justifying the reception of refugees and migrants, and finally, we discuss the role of the media in the turning point in public opinion towards refugees.

Does the German Media Approximately Reflect German Society’s Views Regarding Refugees and Migrants?

German media, in general, follows the socio-political climate. It is noticeable that they also give voice to the far-right wing party and sympathisers. The main events reported above related to refugees have received vast coverage: the massive arrival of refugees in 2015, the violent acts against them and the events in the New Year’s Even in Cologne, known as “the night that changed everything”. In

²⁶ This contribution was first published as chapter 6 of the research report “German Media Discourses and Narratives Towards Migrants”. The context of this report is the Horizon 2020 project “Investing in ‘Welcoming Spaces’ in Europe. Revitalizing Shrinking Areas by Hosting Non-EU Migrants”. The authors have been working in that project as members of the former Siegen project team led by Prof. Dr. Sabine Maier. The contribution was shortened and edited by Martin F. Reichstein for publication in this ZPE report.

fact, fuelled by media coverage, mostly based on no further investigations, produced a major change in German public opinion about the acceptance and welcoming of refugees.

Since that night, refugees and migrants have moved into the focus as perpetrators of violence and have become the focus of reporting. On the other hand, the growing violence against refugees has faded in the reports. According to a report from the Welt (2017), the newspaper "Bild" has reported on refugees and migrants mostly in connection with crime. In 64.3 per cent of the articles examined, foreigners were mentioned when they were suspected of a crime. In comparison, according to the same report, "Süddeutsche Zeitung" 39.5 per cent and "Frankfurter Allgemeine Zeitung" 38.2 per cent, therefore are less likely to mention crime. In the "taz", 18.6 per cent of the articles about non-Germans were significantly less about crimes. Further, the perspective of those affected is mostly left out when the media talk about refugees. In the "Bild" newspaper, a non-German interlocutor had a say in 3.6 per cent of the articles examined; in the "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in 20 per cent (Welt, 2017).

Chancellor Merkel's notorious statement, "We can do it" was emblematic of the peak of the refugees' influx in the summer of 2015 and signaled to the whole EU, Germany's willingness to receive 2 million refugees. It was a decision that polarized the political and social stances. However, this was not a totally humanitarian-based move. There were economic motivations too to maintain the continuous economic growth of Germany. What followed that statement in connection with the so-called refugee crisis in the months that followed, signaled the "welcome culture" practices in many places and, for some, the "loss of control" because of mass immigration without immediate official registration.

The major refugee influx in 2015 was seen by some media (for example, DW, 2016), as a fact that has changed the country. A few months after the arrival of the first large groups of refugees, the media reflected that the welcoming mood in parts of the population is slowly changing. This happened especially after the Cologne New Year's Eve events, due in part because of media manipulation. There are and were of course also positive reports about refugees after the much talked about New Year's Eve in 2015, but the fact is that the media reported differently after that night.

Media Reflects Polarization in Germany

Positions in Germany were polarised at the time, people felt they were not sufficiently informed and were unsure about the challenges. Angela Merkel's sentence "We can do it" without explaining how and with what means, or aid structures did not help to build trust. One of Merkel's policy flaws is her failure to communicate with Germany's citizens. One factor that certainly led to the long political resignation and finally to the rage against Merkel and the strengthening of the AfD was the lack of real political opposition. Merkel literally sucked up every issue that interested most people

at the time, even if it was completely against the CDU line. Examples of this are the end of compulsory military service, gay marriage, disarmament, abolition of secondary schools and reform of the school system, end of nuclear power after Fukushima, etc.

The strong polarization in Germany between supporters and opponents of the refugee course (and of course the refugees themselves) shows the dilemma the media face. If they report too much in one direction, criticism comes from one side. If it goes in the other direction, criticism comes from the other side. If they report too much about crimes, the public mood could tip, if they report too little about “good migrants”, they also report too much and are called the “lying press”. People who report positively about refugees, get involved and support the course are called “woke” or “Gutmenschen” by the extreme right. People who voice criticism and have concerns are quickly labelled by the extreme left as “Nazis” and AfD supporters. This can be observed especially on social media such as Twitter, YouTube, and the like.

It also seems as if a certain line was set, especially in the early days, along the lines of “If I don't mention the possible problems, the others will certainly forget about them”. The fact that this led to a loss of trust and rather had the opposite effect since AfD and other right-wing networks and organisations were able to almost completely occupy and interpret this field at the time, is not reflected in the respective media. (Best example New Year's Eve 2015 - AfD published several statements on the night before the large-scale public reporting).

It was the most burning issue for a long period of time in Germany. As a result, political parties tried to define themselves in the public discourse. One can speak of a vacuum in the right-wing political sphere, because the CDU, which in Merkel's early years / the years before certainly represented AfD positions (German Leitkultur, rape during pregnancy is not a criminal offence, against gay marriage) no longer occupied these topics with the consolidated party leader Merkel. Many citizens who voted for the CDU at that time and were “in the middle of society” (CDU's own description) were suddenly outsiders to the party system represented in parliament with their fears / racist position on migration in view of the crisis. This is how the AfD managed to get into every state parliament with the targeted spreading of agitation and picking up on the political concerns of the citizens, and finally to enter the Bundestag in 2017 with 12.7%, although it had not been represented before - this had never happened before in Germany. Certainly, this development and the loss of trust of certain groups of people in media coverage contributed to future reports focusing on crimes committed by migrants, hunts against refugees or the burning of refugee homes.

There have also been several reflection reports, for example by public broadcasters, on their reporting over the years, which are quite factual and accurate. On the local level, however, there is hardly any coverage of migration or refugees (at least not in local newspapers). Instead,

newsletters and news networks are formed in social media channels (which means that only a certain clientele knows about this news).

Media Welcomes Refugees and Migrants When the Subject Is the Economy

In Germany, refugees and migrations matter from an economic viewpoint. Besides the humanitarian component, there is a close relation to the economy. Differently from the far-right-wing individuals and groups, the media sees migrants as a positive factor in the German economy.

First, migrants are regarded as supporting industrial development (which could not have reached its dimension without the *Gastarbeiter*), and second, to maintain German industry competitive in the world market.

The present refugees are likely to have a positive effect on the German economy. It is to be expected that five to ten years after their arrival, the refugees will also make a greater net contribution to economic output in Germany than they receive in benefits. The potential of refugees for society and the labour market is greater than what the level of education of these people indicates. The great opportunity lies in the fact that most refugees are so young (SPIEGEL ONLINE, 2015).

The chief economist of Deutsche Bank, David Folkerts-Landau, also advocates actively integrating refugees and migrants into the labour market to guarantee future growth. "If nothing changes, we will face a future with fewer workers and lower growth rates" he warned. Without immigrants, the number of employed people in Germany would fall by 4.5 million within the next ten years, the economist calculated. "Economic growth would drop from the current average of 1.5 to around 0.5 per cent" (SPIEGEL ONLINE, 2015).

In sum, when connecting refugees and migrants to economic development, the economic media has a favourable narrative for refugees and migrants.

A Turning Point in Public Opinion Towards Refugees: The Role of the Media

Tagesschau (2017) reports on a study that criticised the lack of neutrality of the German media in the coverage of the refugee crisis. The study intended to answer the following question: Did the German media report on the refugee crisis in 2015 in a one-sided way and thus contribute to the division of society? Was the leading media allied with the political and economic elites?

The study was commissioned by the Otto Brenner Foundation and conducted jointly by the Hamburg Media School and the University of Leipzig, headed by Michael Haller, Scientific Director of the European Institute of Journalism and Communication Research, who, along with his team, analysed more than 30,000 reports of regional and national German newspapers. The report of the study concludes a yes for both questions, but it does not mention a general media failure.

Tagesschau and SPIEGEL ONLINE, for example, are accused of hardly being able to sort out and carefully prepare the news and reports for the readers, especially in the first half of 2015. The result was that the audience was overloaded, besides a concomitant strengthening of existing prejudices about refugees. The topic of the “refugee crisis” had been described mainly from the perspective of politicians and in an uncritical way. Other people involved in dealing with the immediate effects of the crisis in everyday life seemed so unimportant, as well as the opposition parties were underrepresented in the debates.

According to the study, in about half of the reporting, the journalistic quality principle of neutrality and objectivity had not been observed but had been formulated in a judgmental and evaluative manner. Opinion pieces such as commentaries were in the majority, and interviews, on the other hand, were hardly to be found. In addition, a “personal closeness, even familiarity with the political elite” could often be read from the texts, appoints the study.

The concerns and fears of the population had been neglected in the reporting. “Hardly any commentary”, the authors wrote, “attempted to differentiate between right-wing radicals, the politically insecure and concerned citizens who felt marginalised. Thus, the comments served, grosso modo, not the goal of discussing different basic attitudes, but that of giving emphasis to one's own conviction or governmental political view”, ponders the report.

A kind of “morally intoned norm of obligation” had developed around the term “welcome culture” in the reporting, i.e., a positive model. According to the study, until Christmas time, the precarious behaviour of many young asylum seekers was virtually overlooked, in favour of the welcome culture. “Then came the shock of New Year's Eve and everyone said in retrospect, we were obviously dreaming, but now let's get down to reality! The reality now consists of sex-obsessed Arabs. So, from one one-sidedness to the other” (Tagesschau, 2017).

The events in Cologne greatly frightened German society. While a clear majority of the population was still in favour of accepting refugees in the summer of 2015, this picture was reversed in surveys from January 2016 onwards.

The events of 2015 New Year's Eve in Cologne were also a turning point for the German media, especially the private one. The edition of the magazine Focus of 8 January 2016, represents a strategic manipulation push to the emotional engagement of the readers based on deep colonial prejudice vis-à-vis Muslim, black men in contrast to European, pure, defenseless women and girls. The imaginary of Europe as a woman is brought up again. So, as European women are attacked, Europe is under attack. A strong manipulative aspect of Focus cover is the fact that the magazine did not publish a real picture of the events but a studio-produced scene to convey all

prejudice, manipulative aspects, and the blindness to see the real character of the asylum-seekers and calling to an end the tolerance regarding them.

Five years after the events, the same Focus magazine comes questioning if this was the end of the welcoming culture in Germany regarding the asylum-seekers. The same imaginary of Muslims attacking the Christian culture is back: “Dark-haired men in front of Christian cathedral [...] which stands for the ‘Christian Occident’” (FOCUS online, 2020). The imaginary of the lustful Oriental is part of the conflict between the Christian Occident and the Muslim Orient that has lasted for over a thousand years, but it has also been directed against Jews.

After the events in Cologne, the reference to this ancient image of the enemy now served on the other side of the political spectrum to reject a discussion about the connection between origin and sexual crimes as “racially” motivated. The media reflected this polarisation. On the one hand, more and more reports appeared around sexual harassment and rape committed by Muslim refugees. On the other hand, commentators wrote against the thesis that the culture or religion of the perpetrators had something to do with the assaults.

Refugees do not commit more crimes than Germans. However, their crimes receive much more attention from the media, and their crimes have a much higher impact on public opinion, especially when the media employs manipulation techniques. Imageries used are not incidents, but part of a larger historical pattern in which the masculinity of racialized, Muslim, or black men, the others, has been perceived as a threat to “European civilization” and European women (Hart, 2017).

The Cologne incidents were quickly picked up not only by German but also by international media and passionately debated in the context of refugee policies. The incident sparked far-reaching public discussions about limiting the number of refugees, tightening border controls, Merkel’s refugee policies in general, and refugees being nearly impossible to integrate (Tanious, 2016), due to cultural differences. Moreover, Merkel’s famous statement, “*Wir schaffen das*” faced doubts and questioning among public opinion and within her own CDU party.

Concluding Remarks

We sum up this report with these remarks: Migration became a significant news topic in Germany in 2015, shifting from a marginal topic in the years before to a major focus in media coverage and political debate. German media frames discussions on refugees and migrants primarily around politics, with politicians receiving unbalanced coverage and attention. Most coverage falls under the section of 'Politics'.

Before the events in Cologne in 2015, the media generally used neutral terms to portray migrants, without depreciative terminology. However, newspapers like *Bild* and magazine *Focus* had

a more prejudiced coverage, easily associating refugees with crimes. The media's coverage of the refugee crisis and events like the Cologne New Year's Eve incident played a significant role in shaping public opinion. Following these events, migrants were increasingly portrayed as perpetrators of violence, while the growing violence against refugees received less attention. The events in Cologne and subsequent media coverage led to a turning point in German public opinion towards refugees. The media's focus shifted towards crimes committed by migrants, and the perception of refugees changed negatively. Manipulation techniques used by media outlets, such as imagery and framing, can significantly impact public opinion and reinforce prejudices and stereotypes.

The media reflects the polarization within German society on the issue of refugees. Reporting that leans too much in one direction attracts criticism from the opposing side. The media has a favorable narrative when it comes to the economic argument for accepting refugees. Migrants are seen as a positive factor in German economic development and competitiveness. The media's coverage of refugees varies at the local level, with limited coverage in local newspapers and a more significant presence on social media channels.

In sum, the media's role in shaping public opinion on migration in Germany is influenced by political, social, and economic factors. The media reflects the polarization within society, tends to focus on political perspectives, and has a significant impact on how refugees and migrants are portrayed and perceived.

References

DW. (2016). Pöbelnder Mob blockiert Flüchtlingen Weg in Unterkunft. *DW*, 20 Feb 2016.

<https://www.dw.com/de/p%C3%B6belnder-mob-blockiert-fl%C3%BChtlingen-weg-in-unterkunft/a-19061636>

FOCUS online. (2020). Ende der Willkommenskultur? Fünf Jahre Kölner Silvesternacht: Experte kritisiert verzerrte Berichterstattung. *Focus Online*, 30 Dec 2020.

https://www.focus.de/politik/deutschland/ende-der-willkommenskultur-fuenf-jahre-koelner-silvesternacht-experte-kritisiert-verzerrte-berichterstattung_id_12820693.html

Hart, B. de. (2017). Sexuality, Race and Masculinity in Europe's Refugee Crisis. In Grütters, C.A.F.M.; Mantu, S.A.; Minderhoud, P.E. (Eds.), *Migration on the Move. Essays on the Dynamics of Migration*, 27–53.

SPIEGEL ONLINE. (2015). Wirtschaftsfaktor Flüchtling - was auf Deutschland zukommt. *SPIEGEL ONLINE*, 3 Nov 2015. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-probleme-und-chancen-fuer-deutschland-a-1060764.html>

Tagesschau. (2017). Berichterstattung zur Flüchtlingskrise: Studie kritisiert mangelnde Neutralität.

Tagesschau Online, 22 Jul 2017. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/inland/studie-medien-fluechtlingskrise-101.html>

Tanius, R. (2016). The Portrayal of Refugees in Public and Private German News Reporting Before and After the Cologne Mass Sexual Assault. Master's Thesis, University of Copenhagen. GRIN.

Welt. (2017). Medien haben gewalttätige Einwanderer als Angstfigur entdeckt. *Welt Kultur*, 31 Jul 2017. <https://www.welt.de/kultur/medien/article167243154/Medien-haben-gewalttaetige-Einwanderer-als-Angstfigur-entdeckt.html>

5.7 Social Entre- und Intrapreneurship – Konzepte, Forschung & Lehre

Konrad Meisner, Johannes Schädler, Frank Liekmeier, Nina Wilden, Sandra Juliet Ahiataku & Reiner Jakobs

Das Projekt „Social Entrepreneurship“ ist Teil eines größer angelegten Vorhabens der Universität Siegen unter dem Titel „EnableUS“, das den Wissenstransfer zwischen Hochschule und regionaler Ökonomie unterstützen möchte. Das Gesamtprojekt EnableUS wird vom Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert. Konkrete Zielsetzung ist es, die Entwicklung von innovativen Unternehmensideen durch Studierende und andere Hochschulangehörige gezielt zu fördern und Gründungsinitiativen aus der Hochschule heraus durch Beratung und Coaching in ihrer Entwicklung zu begleiten.

In diesem Rahmen arbeitet das Teilprojekt „Social Entrepreneurship“²⁷ (Laufzeit 2022 – 2024) an der Entwicklung und Erprobung innovativer Lehr-Lern-Konzepte im Bereich des Sozialwesens, die sich mit der Umsetzung von Innovationen im Sozialbereich befassen. Im Vordergrund stehen dabei Themen der Gründung von neuen Sozialunternehmen verschiedenster Art (Social Entrepreneurship) sowie Themen der unternehmerischen Gestaltung von Innovationsvorhaben in bestehenden Sozialunternehmen (Social Intrapreneurship). Zudem werden empirische Regionalanalysen zur Sozialwirtschaft im Kreis Siegen-Wittgenstein durchgeführt.

Konzepte – Social Entre- & Intrapreneurship

Der Begriff „Social Entrepreneurship“ ist im wissenschaftlichen Diskurs nicht eindeutig definiert. Während einige Wissenschaftler davon sprechen, dass Social Entrepreneurship sich auf ein disruptives Unternehmertum bezieht, welches soziale Gefüge verändert und nachhaltig verbessert (Bornstein, 2007) oder einen neuartigen Bedarf befriedigt (Dees, 1998), häufen sich Aussagen, dass es sich um die Befriedigung neuer sozialer Probleme handelt (Zahra et al., 2008). Liekmeier (2022) verweist zusätzlich für den deutschen Kontext auf die Schaffung neuer Träger sozialer Wohlfahrt. Die Disparität der verschiedenen Definitionen und Paradigmen, denen das Social Entrepreneurship unterliegt, sorgt für den Einzelfall jedes Projektes zu einer Verständnisfrage. Festzustellen ist, dass im Rahmen des Projektes „enableUS“ ein eher breites Verständnis zu Grunde gelegt wird. Im vorliegenden Projektzusammenhang erscheint es jedoch erforderlich, eine thematische Eingrenzung

²⁷ Das Teilprojekt gehört zum Projekt enableUS, siehe: <https://enableus-siegen.de/>; <https://zpe.uni-siegen.de/social-entrepreneurship>

vorzunehmen. Dies erleichtert zum einen die fundierte und zielgerichtete Erarbeitung von Inhalten und deren Vermittlung in der Lehre. Zum anderen erscheint eine Fokussierung hilfreich, um die geplanten empirischen Untersuchungen durchführen zu können.

Für das Teilprojekt „Social Entrepreneurship“ bedeutete dies in den ersten Monaten der Arbeit die Erarbeitung eines Grundverständnisses. Projektpapier 1²⁸ stellt die Grundüberlegungen im Rahmen dieses Projektes dar und ordnet den Begriff „Social Entrepreneurship“ zum Dritten Sektor ein. Somit werden die hier gemeinten Organisationen „einerseits von der Erwerbswirtschaft abgegrenzt, andererseits der staatlichen Hoheitsverwaltung und den damit verbundenen Einrichtungen gegenübergestellt“ (vgl. Anheier 1998, S. 351). Organisationen im Selbstverständnis des „Social Entrepreneurship“ haben meist einen gemeinnützigen Anspruch und können in verschiedenen Feldern der Sozialen Arbeit tätig sein. Zwar wird der Begriff Social Entrepreneurship im deutschsprachigen Diskurs divergent verwendet. Gleichwohl ist es unstrittig, dass damit eine Form des Sozialunternehmertums verstanden wird, das sich neben den etablierten Trägern der Sozialwirtschaft herausgebildet hat.

Mit der Entwicklung neuer Dienstleistungen und innovativer Konzepte können neu gegründete Sozialunternehmen das Angebot traditioneller Wohlfahrtsverbände ergänzen. Diese neuen Unternehmensformen beanspruchen für sich die Bedürfnisse der Empfänger besser zu befriedigen, günstigere Angebote zu unterbreiten oder schneller in Anspruch genommen zu werden. Zudem wird für sich in Anspruch genommen die Finanzierungs- und Innovationsprobleme sozialpolitischer Leistungen auf neue Weise aufzugreifen und zu lösen (ebd.).

Aufbauend auf diesem Grundverständnis des „Social Entrepreneurship“, gibt es den Ansatz des „Social Intrapreneurship“, der die Paradigmen sozialer Innovation in den Kontext bestehender Organisationen eingliedert. So haben nicht nur neue Organisationen und Gründungen einen Anspruch auf Innovationsfähigkeit, sondern auch die Etablierten. Hier ist besonders hervorzuheben, dass Treiber solcher Innovationen auch in Unternehmerpersönlichkeiten gefunden werden können, die sich im Rahmen der eigenen Organisation entfalten, statt eine neue Gründung vorzunehmen.

Die hier erläuterten Konzepte dienen als Basis für die weiteren Vorhaben im Projekt. Aufbauend auf diesem Grundverständnis wurden sowohl Forschungsvorhaben als auch ein Lehrprogramm entwickelt.

²⁸ Hier abrufbar: <https://zpe.uni-siegen.de/social-entrepreneurship/wp-content/uploads/sites/4/2023/06/Social-Entrepreneurship-und-Studiengaenge-Soz-Arb-11-06-23.pdf>

Forschung – Strukturdatenanalyse, Leitungskräftebefragung, weiteres Vorgehen

Um dem Phänomen „Social Entrepreneurship“ wissenschaftlich nachzugehen, wurden eine Reihe von Thesen und Annahmen entwickelt, die anschließend auszugsweise gelistet sind:

1. Soziale Innovationen sind geprägt durch eine Komplexität der gegebenen Rahmenbedingungen und der leistungsrechtlichen Grundlagen, feldspezifischer Wissensbestände und verfestigter Leistungsroutinen.
2. Die Region in der ein Dienst angesiedelt ist, bietet besondere und einmalige Einflüsse für die Innovationspotentiale sozialer Dienste.
3. Die fortschreitende Ökonomisierung sozialer Dienste hat einen Einfluss auf die sozialen Dienste.
4. Im Verlauf der letzten Jahrzehnte kann ein breiter Ausbau sozialer Dienste beobachtet werden.
5. Leitungspositionen in sozialen Diensten haben (feld)spezifische Anforderungen, welche insbesondere mit Hinblick auf Innovationspotentiale bestehen.
6. Rechtliche Rahmen, sowie Wünsche von Dienstleistungsempfängern sozialer Dienste sind eine treibende Kraft von Innovationen.
7. Marktdynamiken, sowie unternehmerische Aspekte haben einen direkten Einfluss auf die Innovationspotentiale sozialer Dienste.
8. Typische Probleme sozialer Dienste, wie die Finanzierung, Bürokratisierung oder der ansteigende Fachkräftemangel führen zu Barrieren in Unternehmen, welche Innovationen verhindern.

Diese Thesen sollen im Rahmen des Teilprojektes empirisch untersucht werden und zu neuen Erkenntnissen führen, die sowohl den wissenschaftlichen Diskurs fördern und die Praxis in vorhandenen und neuen Diensten fördern. Im laufenden Jahr 2023 wurden bereits zwei Forschungsvorhaben realisiert, die im folgenden Jahr ergänzt werden sollen. Die Untersuchungen und ihre Ergebnisse beziehen sich auf den Kreis Siegen-Wittgenstein und können für ländlich industrialisierte Regionen in Nordrhein-Westfalen als bedeutsam gelten.

Zunächst wurde auf Basis vorhandener und neu akquirierter Daten eine Strukturdatenanalyse zur Situation sozialer Unternehmen, Angebote und Stellen vorgenommen. Von Interesse war es zu identifizieren, welche Träger und Spitzenverbände, welche Rechtsformen und welche Felder der sozialen Arbeit vorgefunden werden können. Die Daten wurden aus vorhandenen Datenbanken und mit Hilfe weiterer Zugänge zusammengestellt und mit uni-, sowie multivariaten Analysemethoden betrachtet. Insgesamt konnten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung 746 Dienste von 145 Anbietern identifiziert werden. Erste Trends können bereits verzeichnet werden. Nach wie vor lässt sich eine

erhebliche Konzentration der Dienste auf wenige Anbieter feststellen. Die 7 größten Anbieter von sozialen Diensten halten 22 % aller Angebote. Diese Anbieter sind die typischen freigemeinnützigen Träger, die einem Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege angehören. Allerdings ist auch festzustellen, dass ca. 66 % aller sozialen Dienste keine Spitzenverbandszugehörigkeit aufweisen. Im Unterschied dazu lässt sich festhalten, dass die privatgewerblichen Träger besonders stark in der Pflege vertreten sind. 36 % aller Pflegedienste werden durch privatgewerbliche Träger angeboten.

Strukturell gesehen gibt es zwar feldübergreifend viele Gemeinsamkeiten, wie beispielsweise die Rolle der Freien Wohlfahrtspflege oder die Rechtsformen der Sozialunternehmen. Gleichwohl bestehen auch erhebliche strukturelle Unterschiede zwischen einzelnen Feldern.

Daher ist von feldspezifischen Besonderheiten auszugehen, die auf feldspezifischen Entwicklungspfaden beruhen. Es interessiert daher, wie sich die spezifischen Bedingungen ausgewählter Handlungsfelder der Sozialen Arbeit in den Feldern der sozialen Dienstleistungen darstellen, und welche Entwicklungen im Zeitverlauf stattgefunden haben. Damit sind hier die fachlichen und strukturellen Entwicklungen gemeint, die zur aktuellen Ausprägung von Trägerschaften und Akteurskonstellationen, aber auch der relevanten fachlichen Diskurse geführt haben.

Den ausgewählten Handlungsfeldern der Rechtlichen Betreuung und der außerschulischen Kindertagesbetreuung wurden daher einer vertiefenden Untersuchung unterzogen. Im Rahmen der Regionalstudie im Kreis Siegen-Wittgenstein wurden u.a. Daten zu Stand und Entwicklung von Rechtsformen, Trägerstruktur und örtlicher Verbreitung der Angebotsstrukturen für diese ausgewählten Handlungsfeld zusammengestellt und ausgewertet²⁹.

In einem weiteren Schritt wurde eine Leitungskräftebefragung durchgeführt. Hierzu wurde zunächst ein Fragebogen entwickelt, der seinen Fokus auf die Innovationstätigkeiten der sozialen Dienste richtet. Dazu gehörten Angaben zu direkten Innovationstätigkeiten, Arten der Innovationen, sowie Treiber und Barrieren von Innovationen. Zusätzlich wurden die Leitungskräfte gebeten, einige Angaben zu ihrem persönlichen Hintergrund zu machen, wie z.B. zu Bildung, Persönlichkeitsmerkmale und Zugänge zu Leitungspositionen. Der Fragebogen wurde über die Kontaktdaten der Strukturdatenanalyse und über interne Kontakte versendet. Ziel war es, ein breites Publikum anzusprechen und eine möglichst breite Grundgesamtheit zu erreichen. Insgesamt konnten 182 vollständige Fragebögen identifiziert werden. Ähnlich wie in der Strukturdatenanalyse wurde mithilfe von uni- und multivariaten Auszählungen eine erste deskriptive Analyse durchgeführt. Die

²⁹ vgl. Projektpapiere 2 und 3, siehe <https://zpe.uni-siegen.de/social-entrepreneurship/publikationen>

Erkenntnisse aus den Auszählungen wurden interpretiert und in einen allgemeinen Kontext zusammengeführt. Allerdings ist zu erwähnen, dass einige Felder unterrepräsentiert sind, d.h. es ergibt sich für das Feld Pflege nur eine eingeschränkte Aussagekraft. Folgende zentrale Ergebnisse konnten erarbeitet werden:

1. Bedingt durch Alter und Struktur der Leitungspositionen ergibt sich langfristig die Frage ob alle Positionen nachhaltig besetzt werden können.
2. Leitungspositionen sind in sozialen Organisationen mehrheitlich weiblich besetzt.
3. Leitungspositionen in sozialen Organisationen zeigen einen hohen Grad der Akademisierung auf.
4. Mehrheitlich können bei den Führungskräften in sozialen Diensten pädagogisch-psychosoziale Qualifikationsprofile aufgefunden werden.
5. Ca 50% aller Führungskräfte waren vor der Ausübung ihrer derzeitigen Tätigkeit ehrenamtlich aktiv.
6. Mehrheitlich werden Leitungspositionen durch die klassischen Bewerbungsformate der persönlichen Bewerbung oder intern durch Ansprache nach guter Leistung vergeben.
7. Emotionale Stabilität, Gewissenhaftigkeit, Freundlichkeit und Kooperationsbereitschaft, Offenheit zur Übernahme schwieriger Aufgaben sowie Durchsetzungsvermögen und ein ausgeprägtes gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein sind besonders wichtige Persönlichkeitsmerkmale für Führungskräfte in sozialen Organisationen.
8. Führungskräfte machen in ihrer aktuellen Tätigkeit vorwiegend Abstriche bei ihren Hobbys und privaten Kontakten. Selten werden Abstriche in der Zeit für die eigene Familie gemacht.
9. Gleichstellungsprobleme werden von Frauen stärker wahrgenommen.
10. Es herrscht eine hohe Notwendigkeit für Innovationen. Dem steht eine geringe Bereitschaft für Innovationen gegenüber.
11. Eine Erhöhung der Management- und Fachkompetenzen würde die Innovationstätigkeiten erhöhen.
12. Der Personalmangel, eine erhöhte Bürokratisierung und ausreichende Finanzierungsoptionen stellen für soziale Organisationen aktuell und in mittelfristiger Zukunft die größten Probleme dar. Die konzeptionelle Erneuerung wird nicht als dringlich betrachtet.
13. 68% aller sozialen Organisationen geben an in den letzten Jahren bedeutsame Innovationen eingeführt zu haben.
14. Der Großteil der Innovationen bezieht sich auf Veränderungen der Organisationsstruktur (68%)
15. Als Haupttreiber für Innovationen werden vor allem rechtliche Veränderungen genannt.

16. Der Großteil der Führungskräfte würde neuen Mitarbeitern mit guten Ideen empfehlen diese in der Organisation umzusetzen. Lediglich ein Fünftel rät davon ab.

Die Erkenntnisse aus den aktuellen Studien dienen vor allem als Ausgangspunkte für weitere Forschungsarbeiten zu regionaler Social Entre- & Intrapreneurship. Der quantitative Charakter der Studien zeigt strukturelle Phänomene, kann diese jedoch nicht in der notwendigen Tiefe erklären. Hierzu werden in einem nächsten Schritt konfirmatorische Analysemethoden der Statistik verwendet, um innerhalb von Regressionen die Einflüsse auf Innovationstätigkeiten zu erklären. Außerdem wird in einem nächsten Schritt eine qualitative Analyse vorgenommen. Durch entsprechenden Leitfaden sollen die Dynamiken und Eigenheiten mit Hinblick auf Innovationen in sozialen Organisationen aufgedeckt werden. Durch eine Inhaltsanalyse sollen dadurch Phänomene tiefer betrachtet und verstanden werden.

Lehre – Innovationen, Gründung, Praxis

Ziel des Seminars „Social Entrepreneurship und innovatives Handeln in der Sozialen Arbeit“ soll sein, die Studierenden für Innovationen zu sensibilisieren und auf die Praxis in einer Gründung oder Innovation in vorhandenen sozialen Organisationen vorzubereiten. Hierzu wurden unterschiedliche Schritte unternommen, um einerseits eine hohe Qualität der Lehre zu gewährleisten und andererseits eine nachhaltige Verstetigung der Studieninhalte zu ermöglichen.

1. Verankerung in der Lehre in den Studiengängen der Soziale Arbeit
2. Erstellung eines Lehrmanuals für aktuelle und zukünftige Lehrpersonen
3. Erstellung von Lehrmaterial in Form von Folien und didaktischer Methoden
4. Durchführung eines Modellseminars
5. Erstellung eines online-gestützten Selbstlernkurses

Zu den potenziellen Seminarinhalte wurde ein Positionspapier³⁰ erstellt, welches als Grundlage für die curriculare Einbindung im Rahmen der Neuakkreditierung des Studiengangs und für die weitere Lehrkonzeption dient. Aufbauend auf dem Positionspapier wurde ein Programm für ein dreigeteilten Wochenendseminars erstellt und nach entsprechenden Seminarmodulen strukturiert. Die Struktur des Seminars bildet das Gerüst, welches für ein Lehrmanual genutzt wird. Diese Struktur besteht aus drei großen Themenblöcken.

Block 1 dient der Vermittlung grundsätzlicher Begriffe, Thesen und Annahmen, die für den weiteren Kursverlauf essenziell sind. Der Block soll den Studierenden ein fundamentales Wissen über die Bereiche Social Entre- und Intrapreneurship, Innovationen und Management bieten, durch welches

³⁰ Abrufbar unter: <https://zpe.uni-siegen.de/social-entrepreneurship/wp-content/uploads/sites/4/2023/06/Social-Entrepreneurship-und-Studiengaenge-Soz-Arb-11-06-23.pdf>

die folgenden Praxiselemente greifbar und reproduzierbar werden. Mit Hilfe von Fachvorträgen, Diskussionen, sowie Gruppenarbeiten werden die Studierenden für die Themenbereiche sensibilisiert und ermöglichen einen tiefergehenden Wissenstransfer.

Block 2 dient der Reproduktion von Gründungs- und Innovationsprozesse aus der Praxis. Praktiker werden zu diesem Veranstaltungsblock eingeladen und schildern ihre eigenen Erfahrungen in den beiden Bereichen. Durch weitere theoretische Konzepte können die Studierenden nachvollziehen, welche Schritte, sowie Hürden oder Treiber der eigenen innovativen Tätigkeiten, sowie Gründungen festgestellt wurden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang ein tiefergehendes Verständnis für reelle Situationen, die in der Zukunft eintreten können.

Block 3 dient schlussendlich der Realisierung eigener Ideen. Exemplarisch wird hierzu ein Planspiel zur Gründung einer innovativen Kindertagesbetreuung durchgeführt, in dem die Studierenden den gesamten konzeptionellen Prozess einer Gründung erproben und kritisch hinterfragen. Hierzu werden weitere fachliche Inputs zu verschiedenen Themen angeboten. Diese beinhalten leistungsrechtliche Aspekte, Finanzierungsmöglichkeiten, Nachhaltigkeitsgrundlagen und Öffentlichkeitsarbeit. Durch das Planspiel haben die Studierenden die Möglichkeit, sich kreativ und kooperativ mit Innovations- und Gründungsvorhaben auseinanderzusetzen. Dadurch sollen die Studierenden mit der Komplexität neuer Konzepte vertraut gemacht werden, mit der Bearbeitung praxisnaher Aufgabenstellungen zur Reflektion angeleitet und darauf vorbereitet werden, eine eigene Gründung oder ein Innovationsprojekt umsetzen zu können.

Im aktuellen Wintersemester 2023/24 wird das Seminarmodell bereits erprobt. Im Oktober und November 2023 finden die ersten beiden Seminarblöcke statt. Das Seminar kann von Studierenden des BA und MA Soziale Arbeit besucht werden. Erste Ergebnisse lassen sich bereits verzeichnen. Einerseits wird klar, dass die Komplexität der Thematik zu einer Dynamik unter den Studierenden führt. Die Vorkenntnisse im Bereich der Sozialen Arbeit, aber auch im Bereich betriebswirtschaftlicher Grundlagen sind sehr weit gestreut. Dadurch wird klar, dass ein Basiswissen im Modellseminar erst aufgebaut werden muss. Schlussendlich scheinen die Studierenden durch eine effektive Sensibilisierung Berührungsängste gegenüber Gründungs- bzw. Innovationsprojekten abzubauen und offener für die Thematik zu werden. Studierende können sich nun eher vorstellen eine eigene Gründung zu wagen und zeigen eine höhere Offenheit für Innovationen. Das Modellseminar soll im Sommersemester 2024 erneut angeboten werden. Die Erkenntnisse aus dem ersten Durchlauf sollen dazu dienen das Angebot weiter zu verbessern und in die finale Struktur zu bringen. Ebenso soll zu diesem Zeitpunkt das Lehrmanual vollständig vorliegen und nach Erprobung, für zukünftiges Lehrpersonal zur Verfügung stehen.

Zusammenfassende Betrachtungen

Insgesamt lassen sich für das Teilprojekt „Social Entrepreneurship“ erste signifikante Ergebnisse verzeichnen. Trotz der komplexen Thematik ist es gelungen einen gemeinsamen Konsens hinsichtlich der Begrifflichkeiten zu finden und diese strukturiert anzugehen. Durch eine stringente Arbeit in den Bereichen Forschung und Lehre ergeben sich vielfache Optionen sowohl für die akademische als auch praktische Welt. Ein besonderes Augenmerk soll im Weiteren auf konfirmatorische und qualitative Studien gelegt werden, die die Eigendynamik sozialer Innovationen und Gründungen fokussiert. Außerdem soll das Lehrmanual vervollständigt und das Seminar in die finale Form gebracht werden.

Literaturverzeichnis

- Anheier, H. K. (1998). Der Dritte Sektor und der Staat. In Strachwitz, R. (Hrsg.), *Dritter Sektor - dritte Kraft: Versuch einer Standortbestimmung*. Achims Verlag.
- Bornstein, D. (2007). *How to Change the World: Social Entrepreneurs and the Power of New Ideas*. Oxford University Press.
- Dees, J. G. (1998). Enterprising nonprofits. *Harvard Business Review*, 76, 55–67.
- Liekmeier, F. (2022). Das Konzept Social Entrepreneurship – Organisationszentrierte Überlegungen zu regionalen und internationalen Forschungsperspektiven vor dem Hintergrund seiner Entstehungsgeschichte. In Bertelmann, L. et al. (Hrsg.), *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen* (S. 95-111). universi.
- Zahra, S. A., Rawhouser, H., Bhawe, N., Neubaum, D. O. & Hayton, J. C. (2008). Globalization of social entrepreneurship opportunities. *Strategic Entrepreneurship Journal*, 2(2), 117–131.
<https://doi.org/10.1002/sej.43>.

5.8 Exklusionsrisiken von jungen Menschen im Übergang von stationärer Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Eingliederungshilfe für Erwachsene³¹

Albrecht Rohrmann & Manuel Theile

Einleitung

Jedem Kind und Jugendlichen – egal ob mit oder ohne Behinderung(en)³² – stehen Rechte aus der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK), der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) sowie aus dem Grundgesetz (GG) uneingeschränkt zu. „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ (Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG). In Artikel 7 der UN-BRK wird explizit auf Kinder mit Behinderungen eingegangen, indem betont wird, „dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können“ (Abs. 1). Zentral ist hierbei das Wohl des Kindes (Abs. 2). Vor diesem Hintergrund müssen u. a. die Inklusion und Soziale Teilhabe(-chancen) in der stationären Kinder- und Jugendhilfe und weiterführende Hilfen im Erwachsenenalter weitergedacht werden. Bisher prägen – aufgrund sowohl fachlich als auch rechtlich und strukturell weitgehend entkoppelter Entwicklungen – verschiedene Ansätze und Logiken die Kinder- und Jugendhilfe einerseits und die Hilfen für Menschen mit Behinderungen im Erwachsenenalter andererseits. Dies kann für junge Menschen – häufig einhergehend mit Kategorisierungen und Stigmatisierungen (vgl. Molnar et al., 2021) – erhebliche Belastungen und Ausgrenzungsrisiken mit sich bringen (vgl. Rohrmann & Weinbach, 2017). Durch die Inklusionsdebatten in den Hilfen zur Erziehung (vgl. Hopmann, 2019) und die Reformen im SGB VIII und IX erfahren u. a. die Hilfe-, Teilhabe- und Gesamtplanung, Schnittstellen zwischen Kinder- und Jugendhilfe und anderen Sozialleistungsträgern sowie die Beteiligung der Adressat*innen der Hilfe eine erhöhte Aufmerksamkeit. [...]

³¹ Dieser Beitrag ist in folgendem Sammelband in der ZPE-Schriftenreihe erschienen: Rohrmann, Albrecht/Theile, Manuel (2022): Exklusionsrisiken von jungen Menschen im Übergang von stationärer Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Eingliederungshilfe für Erwachsene. In Bertelmann, Lena/Kempf, Matthias/Reichstein, Martin F./Rohrmann, Albrecht/Wissenbach, Lars (Hrsg.): Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen. Siegen: universi, S. 269–285. Für den ZPE-Jahresbericht wurde der Originalbeitrag gekürzt (mit [...] gekennzeichnet).

³² Der Begriff der Behinderung wird in Anlehnung an die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht im Sinne einer Zuschreibung, sondern als eine Kategorie verstanden, die Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und umwelt- und einstellungsbedingten Barrieren beschreibt, die die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe behindert. Die Autoren sind sich allerdings dessen bewusst, dass im sozialrechtlichen Kontext eine individualisierende Zuschreibung einer Behinderung mit seinen problematischen Folgen noch nicht überwunden ist

Hierauf soll in diesem Beitrag ein Augenmerk mit einem Fokus auf eine inklusive Übergangsgestaltung von stationärer Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Eingliederungshilfe für Erwachsene gelegt werden. [...]

Zu der in diesem Beitrag behandelten Situation von jungen Menschen, die in ihrer eigenen Wahrnehmung oder in der Wahrnehmung anderer auf weitere Unterstützung im Erwachsenenalter angewiesen sind, dem Leaving-Care-to-Care (Ehlke et al., 2022, S. 59), liegen bislang kaum Erkenntnisse vor. In diesem Beitrag soll zunächst auf die Entwicklung der Hilfen für junge Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen und Behinderungen (2) eingegangen werden. Es folgen Ausführungen zur rechtlichen Rahmung des Übergangs von Menschen mit Behinderungen in das Erwachsenenalter (3) [im ZPE-Jahresbericht gestrichen]. Auf dieser Grundlage werden sodann Exklusionsrisiken im Übergang aus der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Eingliederungshilfe für Erwachsene (4) erörtert, bevor dann ein (Zwischen-)Fazit in Form von möglichen Perspektiven für die Forschung gezogen wird (5).

Entwicklung der Hilfen für junge Menschen mit und ohne Behinderungen

Junge Menschen haben ein Recht auf Förderung ihrer „Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 SGB VIII). Dies gilt selbstverständlich und natürlich auch für junge Menschen mit Behinderungen. Daher adressieren alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) auch Kinder mit Behinderungen. Lediglich im Bereich der Eingliederungshilfe haben die Leistungen nach den Regelungen im SGB IX („Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“) Vorrang für junge Menschen, die als ‚körperlich‘ oder ‚geistig‘ behindert gelten oder von einer solchen Behinderung ‚bedroht‘ sind. Dessen ungeachtet werden junge Menschen mit Behinderungen bei der Ausgestaltung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) häufig nicht hinreichend mitgedacht und dadurch wie in anderen Lebensbereichen benachteiligt: Sie bleiben häufig von Angeboten der Jugendarbeit oder von Angeboten zur Förderung der Erziehung in der Familie ausgeschlossen, können nur aufgrund individuell beantragter zusätzlicher Ressourcen Kindertageseinrichtungen besuchen oder finden keine adäquaten Angebote im Feld der Hilfen zur Erziehung (Schönecker, 2021). [...]

Die Zuschreibung einer Behinderung führt zu einer generellen Zuweisung zu von den regulären Angeboten für junge Menschen häufig parallelen Sondereinrichtungen. Hier gibt es eine unübersichtliche Zuständigkeit von Rehabilitationsträgern nach § 6 SGB IX und anderen Akteur*innen, wie den Schulbehörden oder den Pflegekassen, die mit unterschiedlichen Verfahren eine Leistungsberechtigung prüfen und Unterstützungsbedarfe ermitteln. Die Unterschiede in der Orientierung und die entkoppelte Institutionalisierung der Hilfen lassen sich als Folge einer

längerfristigen Entwicklung von Kinder- und Jugendhilfe einerseits und der Hilfe für Menschen mit Behinderungen andererseits verstehen.

Die Grundstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Behindertenhilfe, die darauf bezogenen pädagogischen Disziplinen und professionellen Orientierungen haben sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auseinanderentwickelt. Während die Hilfen für junge Menschen und ihre Familien nach der Kinder- und Jugendhilfe schwerpunktmäßig als kommunale Aufgabe angesehen wurden (vgl. Aner & Hammerschmidt, 2018) haben sich für die Versorgung der bis in das 20. Jahrhundert als ‚Krüppel‘, ‚Irre‘ und ‚Idioten‘ bezeichneten Menschen eher überregionale Strukturen der Anstaltsfürsorge entwickelt (vgl. Schädler, 2003, S. 21ff.). Diese Entwicklung ging mit der Herausbildung der Sozialpädagogik sowie der Heil- und Sonderpädagogik als erziehungswissenschaftliche Teildisziplinen einher. Während sich in der Kinder- und Jugendhilfe die erzieherischen Hilfen zum Kern des fachlichen Selbstverständnisses entwickelt haben, reklamiert die Heil- und Sonderpädagogik ihre Zuständigkeit über eine medizinisch diagnostizierte Behinderung und eine damit einhergehende als dominierend wahrgenommene Auswirkung auf Erziehungs- und Bildungsprozesse. Innovationen wurden in der Kinder- und Jugendhilfe bis vor einigen Jahren vor allem durch Fachdiskurse angestoßen, während in den Hilfen für Menschen mit Behinderungen wichtige Impulse zur Weiterentwicklung von Angehörigen oder Menschen mit Behinderungen selbst ausgingen. [...] Die Inklusionsdiskussionen im Zusammenhang der Umsetzungsbemühungen der UN-Behindertenrechtskonvention haben zu Bewegungen in den Systemen geführt, die die Frage nach Schnittstellen in der Begleitung von jungen Menschen aufgeworfen haben. Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, das im Juni 2021 in Kraft getreten ist, wurden die Begriffe der Selbstbestimmung und vor allem der Teilhabe in das SGB VIII in die Aufgabenstellung der Kinder- und Jugendhilfe integriert, die zuvor bereits mit dem SGB IX im Jahre 2001 in das Feld der Rehabilitation eingeführt waren. [...]

Rechtliche Rahmung des Übergangs von Menschen mit Behinderungen von der Kinder- und Jugendhilfe in Unterstützungsangebote für erwachsene Menschen

[...]

Exklusionsrisiken im Übergang aus der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Erwachsenenhilfe

Die Phase des Leaving Care – das Verlassen der stationären Kinder- und Jugendhilfe – gewinnt in den letzten Jahren in Politik, Wissenschaft und Praxis sowohl national als auch international immer mehr an Bedeutung. Junge Menschen, die die stationäre Kinder- und Jugendhilfe verlassen, können im Übergang aus der Heimerziehung mitunter zahlreichen Herausforderungen gegenüberstehen. Eine gesicherte Wohnsituation, Bildungschancen, eine physische und psychische Gesundheit,

alltagspraktische Kompetenzen sowie soziale Beziehungen und wichtige Wegbegleiter*innen können im Übergang zentrale „Schlüsselfaktor[en] für einen gelingenden Übergang“ darstellen (Sievers et al., 2015, S. 166). Und gleichzeitig findet der Übergang nicht nur im Kontext einer verlängerten Jugendphase und weiteren, z. T. zeitgleich stattfindenden Übergängen – etwa dem Übergang von Schule in eine Ausbildung, dem Übergang von Schule in eine Werkstatt, etc.– statt, sondern z. T. im Vergleich zu Gleichaltrigen, die nicht fremduntergebracht sind, ggf. verfrüht. Köngeter und Zeller (2020, S. 218) führen aus: „Häufig wird dabei deutlich, dass durch die Entgrenzung des Übergangs vom Jugend- ins Erwachsenenalter, deren De-Standardisierung und Pluralisierung, eine längere Phase der Ungewissheit entstanden ist, die mit neuen Bewältigungsanforderungen einhergeht“. Nationale und internationale Untersuchungen machen auf die Gefahr einer Exklusion im Leaving Care aufmerksam. [...] Gleichzeitig stellen Studien eine umfassende soziale Teilhabe als einen Gelingensfaktor für eine weitere (positive) Entwicklung heraus. Untersuchungen im Bereich der Pflegekinderhilfe (vgl. Ehlke, 2020; Reimer & Petri, 2017) oder auch der Heimerziehung (vgl. Theile, 2020) weisen sowohl auf die Bedeutung einer Einbindung in ein soziales Netzwerk – auch über die Hilfe hinaus – als auch auf die Gefahr einer Isolation und auf ein Fehlen eines unterstützenden Netzwerkes hin. Auch Stein (2008, S. 42) hält mit Blick auf internationale Forschungen fest: „International research has shown that care leavers as a group are likely to be among the most socially excluded young people in society“. Es wird also ein Dilemma deutlich: Im Übergang aus der Heimerziehung sind eine Teilhabe und Inklusion – hin zu einer „selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 41 SGB VIII) – zentrale Gelingensfaktoren, auf der anderen Seite besteht in diesem oftmals unsicheren Übergang das (erhöhte) Risiko einer Exklusion. Soziale Ungleichheiten werden im Übergang – dies zeigen Übergangsforschungen (vgl. Köngeter & Zeller, 2020, Schröder et al., 2013) – produziert und/oder reproduziert. Diese Ergebnisse decken sich mit Inklusions- und Exklusionsdiskursen der letzten Jahre in der Sozialen Arbeit im Allgemeinen (vgl. Kommission Sozialpädagogik, 2015; Weinbach et al., 2017) und der Kinder- und Jugendhilfe im Besonderen (vgl. Weinbach, 2021). Mit Blick auf eine ‚Inklusive Weiterentwicklung außerfamiliärer Wohnformen für junge Menschen mit Behinderungen‘ betont auch Seckinger (2022, S. 153), dass „[d]ie Heimerziehung [...] von sozialer Ungleichheit durchzogen [ist] und gesellschaftliche Ausschlüsse [...] in den Wohngruppen [wirken]“.

Manche – genaue statistische Daten liegen hierzu nicht vor – junge Menschen mit Behinderungen in stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (nach § 34 oder 35 a SGB VIII), in Einrichtungen der Eingliederungshilfe (nach dem 2. Teil des SGB IX) und auch der Pflege (nach dem SGB XI) und junge Menschen im Anschluss oder nach einer Zeit der Beendigung der stationären Kinder- und Jugendhilfe benötigen auch im Erwachsenenalter Unterstützung. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen haben im Allgemeinen in Untersuchungen und Politik im Bereich der

stationären Kinder- und Jugendhilfe und im Übergang aus Pflegefamilien und/oder Heimerziehung im Besonderen bisher kaum bis keine Rolle gespielt. [...] So weist auch Muche (2013, S. 158ff.) auf ein deutliches Forschungsdesiderat hin: „Übergänge spielten hinsichtlich der als ‚behindert‘ klassifizierten Menschen – insbesondere bei Behinderungen beginnend in frühen Lebensjahren – kaum eine Rolle, da deren Leben sich lange Zeit ohnehin jenseits der meisten gesellschaftlich relevanten Strukturen und Systeme abspielten“. „Übergänge von Menschen mit Behinderung sind insofern risikobehafteter als bei Menschen, die als nichtbehindert gelten. Zugänge in reguläre gesellschaftliche Bereiche werden begrenzt durch Prozesse des Überleitens in stabile Sondersysteme. Man könnte auch formulieren, dass Übergänge behinderter Menschen häufig gerade ohne Risiko verlaufen und eben hierin eine Problematik besteht: Es ist bereits sehr früh im Leben wahrscheinlich, dass Menschen mit einer kognitiven bzw. geistigen Beeinträchtigung keinen Zugang zu einer eigenständigen Wohnmöglichkeit oder einer regulären Ausbildung erhalten“ (Muche, 2013 S. 171). Auch hier wird auf die Gefahr des Ausgrenzens und des Ausgegrenztwerdens aufmerksam gemacht. Auf der einen Seite besteht die Gefahr einer ‚Hyperinklusion‘ (Göbel & Schmidt, 1998), mit der im Zusammenhang der Systemtheorie die „Inklusion in ein Funktionssystem“ bezeichnet werden kann, „wobei die relativ strikte Kopplung an ein Funktionssystem zu Lasten der dann noch vorhandenen Entscheidungschancen hinsichtlich der übrigen funktionssystemspezifischen Kommunikationen geht“ (Göbel & Schmidt, 1998, S. 111). Auf der anderen Seite steht ein Nicht-Beachten bzw. Übersehen von möglichen wichtigen Unterstützungsleistungen und Bedarfen im Übergang in der Erwachsenenhilfe. [...]

Schönecker et al. halten ebenso im Rahmen des Zukunftsforums Heimerziehung fest, dass im Bereich der ‚inkluisiven Heimerziehung‘ „weder vertiefte fachliche Auseinandersetzungen stattgefunden haben noch ausreichend wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen“. Inklusive Heimerziehung meint hier „einem jungen Menschen – vor welchem Hintergrund auch immer dieser nicht in seiner Familie aufwachsen kann – eine nicht-diskriminierende und seine Teilhabe im Sinne der beschriebenen Dimensionen sichernde außerfamiliäre Wohnform zu ermöglichen“ (Schönecker et. al., 2021, S. 10). Es existieren „kaum nähere Forschungserkenntnisse dazu [...], was junge Menschen mit Behinderungen selbst an Erleben, Vorstellungen und Wünschen mit Blick auf die auch von ihnen zu bewältigende Aufgabe der Verselbstständigung haben, schon gar nicht differenziert aus den unterschiedlichen Behinderungsperspektiven und ihrer jeweiligen Bedeutung für das Behindertwerden im Erwachsenwerden“ (Schönecker et. al., 2021, S. 32). [...]

(Zwischen-)Fazit: Perspektiven für die Forschung

Es wird deutlich, dass Übergänge von stationärer Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Eingliederungshilfe für Erwachsene – dem Leaving-Care-to-Care – in Politik, Wissenschaft und Praxis stärker in den Blick genommen werden müssen. Im Rahmen des Zukunftsforums Heimerziehung wurden bereits fünf konzeptionelle Entwicklungsbedarfe „auf dem Weg hin zu einer inklusiven außerfamiliären Wohnform“ (Seckinger, 2022, S. 155; vgl. auch Zukunftsforum Heimerziehung, 2021) formuliert. Diese sind: ‚Entwicklung eines inklusiven Grundverständnisses‘, ‚Weiterentwicklung der Hilfeplanung‘, ‚Erweiterung des Leistungsspektrums durch kooperative Lösungen‘, ‚Heterogenität in außerfamiliären Wohnformen‘ sowie ‚Familien-, Lebenswelt- und Sozialraumorientierung‘ (Seckinger, 2022, S. 155ff.). Hierbei können neben Praxisforschungsprojekten weitere Grundlagenforschungen vielversprechend sein. Das Forschungsdesiderat wurde im Beitrag deutlich. Wichtig ist, dass es hier nicht um ‚lebenslange Institutionalisierungen‘ – dies muss kritisch reflektiert werden – geht, sondern Bedarfe von jungen Menschen erkannt und mit ihnen gemeinsam Zukunftsmöglichkeiten entwickelt werden. Für die zukünftige Auseinandersetzung in Forschung und Praxis ist die Beschäftigung mit der Perspektive – mit dem Erleben, der Wahrnehmung und Wünschen – von jungen Menschen in dem Übergang von zentraler Bedeutung. Das Wissen über das Erleben von Menschen mit Behinderungen, die auch nach der stationären Kinder- und Jugendhilfe auf Unterstützung der Erwachsenenhilfe angewiesen sind, ist – wie beschrieben – rar. In ersten, in Zusammenarbeit der beiden Autoren (Rohrman & Theile, 2022) durchgeführten, explorativen Interviews mit zwei jungen Menschen, die während ihrer Kindheit und Jugend Erfahrungen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) gemacht haben und im Erwachsenenalter Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX zur Bewältigung ihres Alltags nutzen, ergeben sich neben der Erlebensperspektive auf den Übergang im Allgemeinen Fragen nach der Kontinuität der Hilfen, nach der Planung des Übergangs, nach Schnittstellenarbeit, nach Partizipationsmöglichkeiten der jungen Menschen, nach Netzwerkressourcen, nach Stigmatisierungen und Kategorisierungen und vor allem nach Exklusionsrisiken und Chancen der Teilhabe durch die sozialen Hilfen im Besonderen. Die SGB IX-Reform und die Reform des SGB VIII durch das in Kraft getretene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz bietet Chancen für die Ausgestaltung von Übergängen von jungen Menschen aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in Unterstützungsangebote zum selbstständigen Wohnen für erwachsene Menschen im Rahmen der Eingliederungshilfe. Da diese Regelung erst seit Mitte 2021 gilt, ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrages noch nicht erkennbar, ob sie zu einer Verbesserung der Gestaltung von Übergängen für junge Menschen mit Behinderungen von der Kinder- und Jugendhilfe in das System der Eingliederungshilfe für erwachsene Menschen beiträgt. Insbesondere die Verbindlichkeit der Absprachen und ihre Umsetzbarkeit im Rahmen der bestehenden und sich entwickelnden Angebotsstruktur sind rechtlich und fachlich offene Fragen, die im weiteren

Prozess bearbeitet werden müssen. Es muss beobachtet werden, ob durch die neuen Regelungen den besonderen Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Behinderungen bei der Aneignung von Kompetenzen zur Führung eines selbstständigen und selbstbestimmten Lebens, bei dem Erreichen von allgemeinen oder beruflichen Bildungsabschlüssen oder bei dem Aufbau von sozialen Beziehungen hinreichend Aufmerksamkeit geschenkt werden kann – dies muss weiter kritisch reflektiert werden (vgl. Kommission Sozialpädagogik, 2015; Weinbach et al., 2017; Winkler 2018). Im Mittelpunkt hierbei steht das Subjekt. Die Veränderungen von Strukturen, Haltungen und Praktiken in sozialen Diensten hin zu einer inklusionsorientierten Übergangsgestaltung zur Vermeidung oder zumindest einer Kompensation von Exklusionsrisiken sind eine große Herausforderung. Dabei ist stets kritisch zu reflektieren, dass Soziale Arbeit – wie ausgeführt – selbst immer zwischen Exklusion und Inklusion agiert und selbst zu dem einen oder dem anderen beitragen kann.

Literatur

- Aner, K. & Hammerschmidt, P. (2018). Arbeitsfelder und Organisationen Sozialer Arbeit: Eine Einführung. Springer VS.
- Ehlke, C. (2020). Care Leaver aus Pflegefamilien: Die Bewältigung des Übergangs aus der Vollzeitpflege in ein eigenverantwortliches Leben aus Sicht der jungen Menschen. Beltz Juventa.
- Ehlke, C., Sievers, B. & Thomas, S. (2022): Werkbuch Leaving Care. Verlässliche Infrastrukturen im Übergang aus stationären Erziehungshilfen in Erwachsenenleben. IGfH-Eigenverlag.
- Göbel, M. & Schmidt, J. F. K. (1998). Inklusion/ Exklusion. Karriere, Probleme und Differenzierungen eines systemtheoretischen Begriffspaars. Soziale Systeme, 4(2), 87–117.
- Hopmann, B. (2019). Inklusion in den Hilfen zur Erziehung. Ein capabilities-basierter Inklusionsansatz. Universität Bielefeld.
- Kommission Sozialpädagogik (Hrsg.). (2015). Praktiken der Ein- und Ausschließung in der Sozialen Arbeit. Beltz Juventa.
- Köngeter, S. & Zeller, M. (2020). Zeitregime im Fokus der Sozialen Frage am Beispiel der Marginalisierung und Exklusion im Übergang ins Erwachsenenalter. In S. Paulus, C. Reutlinger, E. Spiroudis, S. Stiehler, S. Hartmann & S. Makowka (Hrsg.), Mechanismen der Sozialen Frage. Hin- und Ableitungen zur Sozialen Arbeit (S. 217–224). Frank & Timme.
- Molnar, D., Oehme, A., Renker, A. & Rohrman, A. (2021). Kategorisierungsarbeit in Hilfen für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung: Eine vergleichende Untersuchung. Beltz Juventa.

- Muche, C. (2013). Übergänge und Behinderung. In W. Schröer, B. Stauber, A. Walther, L. Böhnisch & K. Lenz (Hrsg.), Handbuch Übergänge (S. 158–175). Beltz Juventa.
- Reimer, D. & Petri, C. (2017). Wie gut entwickeln sich Pflegekinder? Eine Longitudinalstudie. Universitätsverlag.
- Rohrmann, A. & Theile, M. (2022). Inklusive Übergangsgestaltung?! – Übergänge aus der Heimerziehung in unterstützte Formen des Wohnens im Rahmen der Eingliederungshilfe im Erwachsenenalter. Soziale Passagen. <https://doi.org/10.1007/s12592-022-00432-6>
- Rohrmann, A. & Weinbach, H. (2017). Unterstützungsleistungen für Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien: Auswirkungen der Verfahren und Leistungen auf Teilhabechancen. In Sachverständigenkommission 15. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.), Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten - Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter. Materialien zum 15. Kinder- und Jugendbericht (S. 425–492). Deutsches Jugendinstitut.
- Schädler, J. (2003). Stagnation oder Entwicklung in der Behindertenhilfe? Chancen eines Paradigmenwechsels unter Bedingungen institutioneller Beharrlichkeit. Kovac.
- Schönecker, L. (2021). Exklusive Kinder- und Jugendhilfe als Verstoß gegen völkerrechtliche Diskriminierungsverbote. In K. Scheiwe, W. Schröer, F. Wapler & M. Wrase (Hrsg.), Der Rechtsstatus junger Menschen im Kinder- und Jugendhilferecht: Beiträge zum ersten Forum Kinder- und Jugendhilferecht (S. 163–172). Nomos.
- Schönecker, L., Seckinger, M., Eisenhardt, B., Kuhn, A., van Driesten, A., Hahne, C., Horn, J., Strüder, H. & Koch, J. (2021). Inklusive Weiterentwicklung außerfamiliärer Wohnformen für junge Menschen mit Behinderungen: im Rahmen der Initiative „Zukunftsforum Heimerziehung“. IGfH-Eigenverlag.
- Schröer, W., Stauber, B., Walther, A., Böhnisch, L. & Lenz, K. (2013). Übergänge. Eine Einführung. In W. Schröer, B. Stauber, A. Walther, L. Böhnisch & K. Lenz (Hrsg.), Handbuch Übergänge (S. 11–20). Beltz Juventa.
- Seckinger, M. (2022). Inklusive Weiterentwicklung außerfamiliärer Wohnformen für junge Menschen mit Behinderungen. Forum Erziehungshilfen, 28(3), 153–157.
- Sievers, B., Thomas, S. & Zeller, M. (2015). Jugendhilfe - und dann? Zur Gestaltung der Übergänge junger Erwachsener aus stationären Erziehungshilfen : ein Arbeitsbuch. IGfH Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen.

- Stein, M. (2008). Resilience and Young People Leaving Care. *Child Care in Practice*, 14(1), 35–44.
- Theile, M. (2020). Soziale Netzwerke von Jugendlichen und jungen Volljährigen im Übergang aus der Heimerziehung. Beltz Juventa.
- Weinbach, H. (2021). Ein Teil vom Ganzen. Exklusion in der Kinder- und Jugendhilfe. In T. Franzheld & A. Walther (Hrsg.), »Vermessungen« der Kinder- und Jugendhilfe: Versuch einer Standortbestimmung (S. 77–94). Beltz Juventa.
- Weinbach, H., Coelen, T., Dollinger, B., Munsch, C. & Rohrman, A. (Hrsg.). (2017). Folgen sozialer Hilfen: Theoretische und empirische Zugänge. Beltz Juventa.
- Winkler, M. (2018). Kritik der Inklusion: Am Ende eine(r) Illusion. Kohlhammer.
- Zukunftsforum Heimerziehung. (2021). Zukunftsimpulse für die »Heimerziehung«: Eine nachhaltige Infrastruktur mit jungen Menschen gestalten! Frankfurt am Main.

5.9 Was ist (k)ein komplexer Unterstützungsbedarf? Annäherung an eine systemische Modellierung im Kontext von Sozialraum und Sozialen Diensten

Martin F. Reichstein

Einleitung

In den vergangenen Jahren ist es an verschiedenen Stellen des deutschen Sozialstaats zu einer Erweiterung bestehender sowie der Einführung neuer Leistungen und Angebote gekommen. Dies betrifft bspw. die Hilfen für Menschen mit Behinderungen, die mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) von 2016 seit 2017 schrittweise und umfassend reformiert wurden. Diese Entwicklung ist, so Bittenbinder et al. (2024) grundsätzlich positiv zu bewerten, geht jedoch mit neuen Herausforderungen für Leistungsberechtigte und deren Angehörige, aber auch für Mitarbeiter:innen und Verantwortliche in professionellen Sozialen Diensten einher. Betrachtet man – jenseits von Hilfen für Menschen mit Behinderungen – das sozialrechtlich gerahmte Leistungsgeschehen insgesamt, so ist eine zunehmend unübersichtliche und von „teilweise problematische[n] Abgrenzungsmuster[n] gekennzeichnet[e]“ (Schädler & Reichstein, 2019, S. 825) Angebotslandschaft auszumachen.

Zur Bezeichnung der beschriebenen Phänomene wird häufig auf den Komplexitätsbegriff zurückgegriffen. Dabei wird von einer sich zunehmend ausdifferenzierenden und somit komplexer werdenden Wirklichkeit ausgegangen (vgl. Santen & Seckinger, 2003, S. 12). Mit Blick auf individuelle Unterstützungsbedarfe kann vor diesem Hintergrund leicht der Eindruck entstehen, dass individuelle Unterstützungsbedarfe immer in irgendeiner Weise komplexe Unterstützungsbedarfe sind. Folgt man dieser Argumentation, so geht allerdings die Trennschärfe von Konzeptionen verloren, die zu Recht darauf hinweisen, dass das Besondere – Gemeinsame – an der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und komplexem Unterstützungsbedarf „in der Verflochtenheit von gesellschaftlichen Exklusionspraktiken mit einem verengten [...] Blick auf Förder-, Therapie- und Unterstützungsbedarfe“ (Fornefeld, 2021, S. 20) liegt.

Als Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf werden in Diskursen um Beeinträchtigung und Behinderung Personen bezeichnet, die im besonderen Maße von Exklusion und Marginalisierung sowie dem Vorenthalten von Anerkennung betroffen sind. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen hat sich v.a. Barbara Fornefeld (2008, S. 51) dafür engagiert, dem in Rede stehenden Personenkreis einen gemeinsamen Namen – Menschen mit Komplexen Behinderungen – zu geben. Zuletzt hat sich u.a. die Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft (2021, S. 12) um ein besseres Verständnis des sehr heterogenen Personenkreises (vgl. hierzu auch Seifert, 2017, S. 85) verdient gemacht.

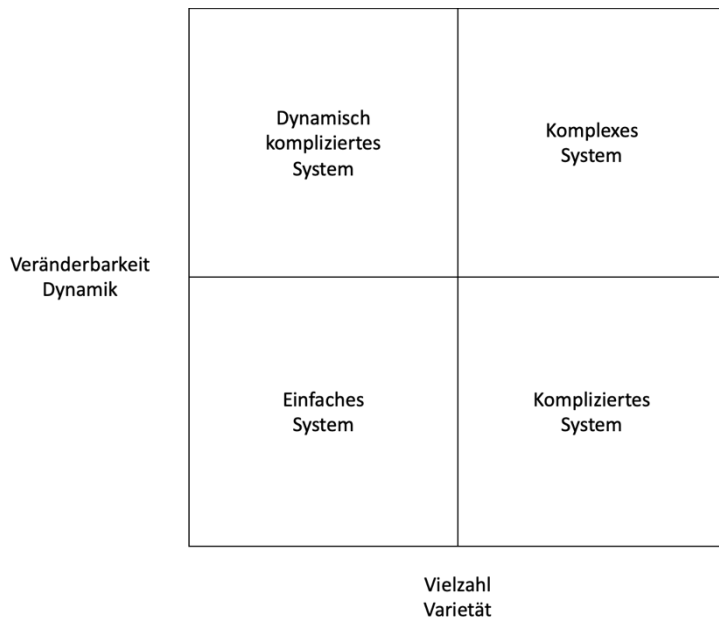
In dem vorliegenden Beitrag wird aus theoretischer Perspektive versucht, „komplexe Unterstützungsbedarfe“ näher zu bestimmen und abzugrenzen. Dabei wird auf die systemtheoretische Unterscheidung zwischen einfachen, komplizierten und komplexen Systemen zurückgegriffen. Vorgenommen wird eine systemische Modellierung anhand von Beispielen. Diese Überlegungen lassen sich – so die These – auch dazu nutzen, das Verhältnis von (reziproker) informeller Unterstützung im Sozialraum (vgl. Früchtel et al., 2013, S. 26–27) bzw. Angeboten im Vor- und Umfeld des Leistungsgeschehens (vgl. Schädler & Reichstein, 2019, S. 823) auf der einen und professioneller Unterstützung durch Soziale Dienste auf der anderen Seite zu sortieren.

Zur Unterscheidung einfacher, komplizierter und komplexer Systeme

Ausgehend von systemtheoretischen Überlegungen schlägt Rittmann (2014, S. 34) vor, zwischen einfachen, komplizierten und komplexen Systemen zu unterscheiden. Diese Konzeption knüpft an Überlegungen an, wonach sich grundlegend einfache von komplexen Problemsituationen unterscheiden lassen. Einfache Situationen sind demnach durch wenige, gleichartige Elemente und eine geringe Vernetztheit (ebd., S. 33) gekennzeichnet. Rittmann (ebd.) geht davon aus, dass solche Situationen vollständig analysierbar (analog: bearbeitbar) sind. Komplexe Situationen zeichnen sich im Kontrast dazu durch das Vorhandensein vieler und verschiedener Elemente aus, die eine starke Vernetztheit aufweisen. Folglich sind komplexe Situationen allenfalls eingeschränkt analysierbar (analog: bearbeitbar) (ebd.).

Folgt man diesen Überlegungen, so sind für die Unterscheidung von einfachen und komplexen Systemen die Anzahl der vorhandenen Elemente (Varietät) sowie die Veränderbarkeit des Systems (Dynamik) maßgeblich. In einem komplexen System treten demnach Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Elementen des Systems auf, die nicht immer nachvollzogen werden können. Im direkten Kontrast dazu sind einfache Systeme durch eine überschaubare Anzahl an Elementen und eine geringe systemimmanente Dynamik gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen entwickelt Rittmann (ebd., S. 34) folgendes Vier-Felder-Schema:

Abbildung 1: Einfache, komplizierte und komplexe Systeme (Eigene Darstellung nach Rittmann, 2014, S. 34)



Ausgehend von diesem Model wird im Folgenden zwischen einfachen, komplizierten und komplexen Unterstützungsbedarfen unterschieden. Der Hilfebedarf von Individuen wird dabei als System im Sinne systemtheoretischer Überlegungen gedeutet, welches in Abgrenzung von einer es umgebenden Umwelt existiert bzw. von Umweltfaktoren beeinflusst wird (vgl. Luhmann, 1987, S. 242; Miller, 2016, S. 36). Diese Lesart ist grundsätzlich anschlussfähig an das Behinderungsverständnis des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK), wonach Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Beeinträchtigungen eines Individuums mit verschiedenen Barrieren resultiert (vgl. Art. 1, S. 2 UN-BRK). In Anlehnung an dieses Begriffsverständnis definiert der Gesetzgeber im durch das BTHG reformierten SGB IX Menschen mit Behinderungen als „Menschen, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können“ (§ 2, Abs. 1, S. 1 SGB IX). Die Wechselbeziehung von Individuum und Umwelt liegt auch Fornefelds (2021, S. 21) Konzeption Komplexer Behinderung zugrunde (vgl. Reichstein, 2023, S. 209).

Einfache, komplizierte und komplexe Unterstützungsbedarfe im Kontext individueller Sozialräume sowie im Fokus Sozialer Dienste

Im Fortgang des vorliegenden Beitrags werden die zuvor beschriebenen Kategorien des Modells anhand von Beispielen illustriert. Dabei wird auch darauf eingegangen, wie sozialräumliche und professionelle Ressourcen genutzt werden können, um Unterstützungsbedarfe im Einzelfall zu bearbeiten. Diese Überlegungen setzen jedoch voraus, die zunächst sozialräumliche

Unterstützung von (hoch-) spezialisierter Unterstützung durch professionelle Soziale Dienste abzugrenzen.

Der Sozialraumbegriff ist nicht einheitlich definiert. Konzeptionen aus dem Bereich der Sozialen Arbeit betonen, dass Sozialräume nicht grundsätzlich vorhanden sind, sondern erst durch menschliche Interaktion hergestellt werden (vgl. Früchtel, 2014, S. 6). Die sozialräumliche Theorie der Sozialen Arbeit adressiert also nicht primär Individuen oder physische Räume, sondern Netzwerke und Einbindung von Menschen (ebd.). Aus „alltäglichen zwischenmenschlichen Beziehungen“ und „alltäglichen Netzwerk[en]“ (Früchtel et al., 2013, S. 26) resultieren Wissensbestände und Ressourcen sowie – im Bedarfsfall – Unterstützungsleistungen. Kennzeichnend für diese Form von Unterstützungsleistungen sei, so Früchtel et al. (ebenda) weiter, dass sie mit Reziprozitätserwartungen verbunden sind (vgl. hierzu auch Noack, 2017, S. 203). Dieser Logik stellen Früchtel et al. (2013, S. 27) eine Logik professioneller Sozialer Dienste gegenüber, die nicht primär auf solidarischen oder emotionalen Motiven beruhe.

Unter Sozialen Diensten werden hier „Erbringer von sozialen personenbezogenen Dienstleistungen“ (Aner & Hammerschmidt, 2018, S. 182) verstanden. Soziale Dienste sind durch – historisch gewachsene und sozialrechtlich gerahmte – Arrangements strukturiert. Für den Kontext des deutschen Sozialsystems bedeutet dies, dass Soziale Dienste mit der „Bearbeitung sozialer Probleme im sozialstaatlichen Rahmen aufgrund von Sozialgesetzen“ (ebenda) befasst sind. Soziale Dienste können, oftmals im Kontrast zu sozialräumlichen Unterstützungsansätzen, (hoch-) spezialisierte Angebote vorhalten und zur Verfügung stellen (z. B. im Bereich der Behandlungspflege oder der wohnbezogenen Eingliederungshilfe). Sozialräumliche und professionelle Ressourcen sollten folglich nicht als einander ausschließende, sondern als einander ergänzende Modi von Unterstützungsleistung verstanden werden.

Ausgehend von Rittmanns (2014, S. 34) Konzeption wird im Folgenden eine systemische Modellierung individueller Unterstützungsbedarfe vorgenommen. Analog zu den Überlegungen des Autors werden dabei einfache, komplizierte, dynamisch komplizierte sowie komplexe Unterstützungsbedarfe unterschieden. Jenseits der systemischen Modellierung werden Überlegungen zur sozialräumlichen bzw. professionellen Bearbeitung von Unterstützungsbedarfen angestellt.

Die folgenden vier Beispiele stehen exemplarisch für alle vier Felder des Schemas, wobei vorab darauf hingewiesen werden muss, dass auch im Folgenden als „einfache Unterstützungsbedarfe“ beschriebene Situationen für die betroffenen Personen, ihre Angehörigen sowie für professionelle Akteur:innen große Herausforderungen darstellen können. Exemplarisch für einen – im

theoretischen Sinne – „einfachen Unterstützungsbedarf“ steht hier das folgende Beispiel von Stefan Specht.

Beispiel 1: Stefan Specht³³ – Einfacher Unterstützungsbedarf

Stefan Specht ist 29 Jahre alt und lebt in einer eigenen Wohnung in der Kleinstadt N. Er wird dort im Rahmen des ambulant unterstützten Wohnens für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung durch einen einschlägigen Fachdienst unterstützt. Am Freitagabend ist Herr Specht regelmäßig zu Gast in einer Imbissbude in N. Zu deren Betreiber Achmed Amsel hat Stefan Specht mit der Zeit ein freundschaftliches Verhältnis entwickelt.

Der Imbiss von Achmed Amsel bietet auch einen Lieferdienst an. Zwischen Herrn Specht und Herrn Amsel besteht die Absprache, dass die Fahrer:innen des Lieferdienstes Herrn Specht nach dem Besuch der Gaststätte nach Hause fahren, wenn es spät geworden ist.

Die beschriebene Situation ist theoretisch betrachtet dadurch gekennzeichnet, dass eine geringe Anzahl von Elementen mit einer geringen Dynamik zusammenfällt. Die beschriebene Situation tritt wiederkehrend auf. Durch die Freundschaft zu Achmed Amsel kann Stefan Specht wiederkehrend auf informelle Unterstützung in seinem Sozialraum zurückgreifen. Hierdurch wird sein Unterstützungsbedarf im Mobilitätsbereich erfolgreich bearbeitet. Die beschriebene Situation setzt indes voraus, dass die benötigten Ressourcen im Sozialraum vorhanden sind.

Dies ist auch im folgenden Beispiel gegeben. Die dort beschriebene Situation weist aber mehr Aspekte bzw. Elemente auf und wird daher hier als „komplizierter Unterstützungsbedarf“ beschrieben. Für die Bearbeitung eines solchen Unterstützungsbedarfs müssen mehr Aspekte berücksichtigt werden, als dies im Beispiel von Stefan Specht der Fall ist.

Beispiel 2 – Hermine Habicht – Komplizierter Unterstützungsbedarf

Hermine Habicht ist 66 Jahre alt. Im Jahr 2022 wird bei Frau Habicht ein Bronchialkarzinom diagnostiziert. Seither befindet sich Frau Habicht fortlaufend in medizinischer Behandlung und muss mitunter Therapien in Anspruch nehmen, die ihre Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen. Frau Habicht weiß, dass sie für diese Fälle Anspruch darauf hat, auf Kosten der Krankenkasse von einem Taxiunternehmen befördert zu werden. Aufgrund von Komplikationen muss Frau Habicht im Juli 2023 kurzfristig mehrere Tage im Krankenhaus verbringen.

Am 27. Juli 2023 wird Frau Habicht spontan aus dem Krankenhaus entlassen. Da sie gerne schnellstmöglich nach Hause möchte, entscheidet sie sich spontan dagegen, ein Taxi zu bestellen.

³³ Dieses sowie die folgenden Beispiele sind fiktiv oder basieren zum Teil auf vereinfachten Lebens- und Unterstützungssituationen realer Personen.

Zunächst versucht Frau Habicht, Menschen aus ihrem Sozialraum anzurufen und spontan eine Mitfahrgelegenheit zu organisieren. Hiermit ist sie erfolgreich und ihr Enkel Hans Habicht holt seine Großmutter im Krankenhaus ab und bringt sie nach Hause.

Im Beispiel von Hermine Habicht kommen zwei Aspekte zusammen. Frau Habicht ist wiederkehrend auf medizinische Versorgung angewiesen. Aus deren Inanspruchnahme folgt ein Unterstützungsbedarf im Bereich von Mobilität. Während die medizinische Versorgung zwingend durch professionelle Soziale Dienste – hier des Gesundheitswesens – erfolgt muss, kann der Mobilitätsaspekt im Beispiel durch sozialräumliche Ressourcen (der Enkel von Frau Habicht fährt sie spontan nach Hause) bearbeitet werden. Eine Bearbeitung des Mobilitätsaspekts durch Soziale Dienste (z. B. einen Krankenfahrdienst) oder sonstige Dienstleistungsunternehmen (z. B. ein Taxiunternehmen) ist gleichwohl ebenfalls möglich.

In Abgrenzung von komplizierten Unterstützungsbedarfen wird im folgenden Beispiel eine dynamisch komplizierte Situation beschrieben. Diese ist im Modell durch eine überschaubare Zahl unterschiedlicher Elemente sowie eine hohe Dynamik definiert. Die Dynamik resultiert im Folgenden Beispiel vor allem aus dem Faktor Zeit.

Beispiel 3 – Danika Drossel – Dynamisch komplizierter Unterstützungsbedarf

Danika Drossel ist 37 Jahre alt und lebt in P, einem Dorf mit 200 Einwohner:innen in einem ländlich-industriell geprägten Kreis in Nordrhein-Westfalen. Die Eltern von Frau Drossel leben im selben Ort. Der Vater von Frau Drossel ist im Jahr 2022 in Rente gegangen und daher über Tag zu Hause.

Da Danika Drossel nicht über eine Fahrerlaubnis und daraus folgend nicht über einen eigenen PKW verfügt, ist sie im Alltag auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) oder auf Mitfahrgelegenheiten angewiesen. Frau Drossel geht einer Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen (WfbM) in der Kleinstadt O nach. Obwohl die Anreise mit dem ÖPNV mit erheblichem Aufwand – Frau Drossel muss auf ihrem Arbeitsweg zwei Mal umsteigen – verbunden ist, ist es ihr wichtig, nicht mit dem Sammeltaxi zur WfbM zu fahren. Am Morgen des 13. November 2023 bricht Danika Drossel zu spät aus ihrer Wohnung auf und verpasst daraufhin den Bus. Da die Haltestelle in P von der Busgesellschaft nur selten bedient wird, kann Frau Drossel die WfbM mit dem ÖPNV nicht mehr pünktlich erreichen.

Danika Drossel klingelt bei ihren Eltern. Ihr Vater fährt seine Tochter spontan in die Kleinstadt Q, in der Frau Drossel in den Zug nach O umsteigt. In O steigt Frau Drossel in den Bus um, der sie üblicherweise zu WfbM bringt. Frau Drossel trifft infolgedessen pünktlich in der WfbM ein.

Die Ausgangslage ist in allen bislang geschilderten Konstellationen ähnlich, nämlich ein Bedarf an Unterstützung im Mobilitätsbereich. Die Beispiele unterscheiden sich jedoch dahingehend,

dass der Unterstützungsbedarf im Fall von Danika Drossel spontan eintritt und das zu seiner erfolgreichen Bearbeitung unmittelbar Ressourcen benötigt werden. Konkret gilt es zu klären, wie Frau Drossel am 13. November 2023 noch pünktlich in die WfbM gelangen kann. Dies wird im Beispiel dadurch erreicht, dass sie von ihrem Vater zum Zug nach Q gebracht wird. Die Unterstützung durch den Vater stellt hier ein Beispiel für eine informelle Unterstützungsleistung im Sozialraum dar, die potenziell reziprok ist. In einer anderen Situation kann wiederum Danika Drossel ihren Vater unterstützen. Eine Bearbeitung durch professionelle Soziale Dienste (z. B. einen Fahrdienst) scheint hier möglich, aber nicht erforderlich. Es kann zudem kritisch gefragt werden, ob entsprechende Dienste in dem beschriebenen dörflichen Wohnumfeld a) grundsätzlich vorhanden und b) unmittelbar abrufbar sind.

Sozialräumliche Ressourcen kommen dort an Grenzen, wo zur Bearbeitung von Unterstützungsbedarfen professionelles Fachwissen erforderlich ist. Regelmäßig dürfte dies der Fall sein, wenn medizinische oder pflegerische Unterstützung benötigt wird (vgl. die medizinische Behandlung im Beispiel von Hermine Habicht). Werden dagegen mehrere Soziale Dienste oder ein hohes Maß an individueller Unterstützung benötigt, kann ein Bedarf – zum Beispiel Mitarbeiter:innen in Sozialen Diensten – komplex erscheinen (vgl. Reichstein, 2023, S. 209). Die Komplexität entsteht also – analog zur (dynamischen) Kompliziertheit – aus der Wechselbeziehung zwischen einem konkreten Individuum, seinem Umfeld sowie seinen sozialen und (sozial-)räumlichen Bedingungen (ebd.).

In Abgrenzung zu (dynamisch) komplizierten Unterstützungsbedarfen liegt hier eine hohe Anzahl relevanter Elemente bei einem gleichzeitig hohen Grad der Vernetztheit und Dynamik vor. Eine solche Konstellation illustriert das folgende Beispiel von Maïke Milan.

Beispiel 4 – Maïke Milan – Komplexer Unterstützungsbedarf³⁴

Maïke Milan ist 15 Jahre alt. Sie hat multiple körperliche Beeinträchtigungen sowie eine leichte kognitive Beeinträchtigung. Maïke Milan lebt bei ihrer Familie und wird dort von ihren Angehörigen sowie von einem ortsansässigen Pflegedienst unterstützt. Aufgrund einer Tumorerkrankung im Bereich der Speiseröhre liegt bei ihr eine Schluckstörung vor. Vor diesem Hintergrund wird Maïke Milan über eine sogenannte PEG-Sonde ernährt.

Bei der Wahrnehmung von Freizeitaktivitäten wird Maïke Milan durch Mitarbeiter:innen eines ortsansässigen Familienunterstützenden Dienstes (FuD) begleitet. Dieser führt seine Angebote

³⁴ Dieses Beispiel findet sich auch im Beitrag des Verfassers zu inklusionsorientierter Unterstützung von Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf zum Lehr- und Arbeitsbuch von Düber, Rohmann & Schädler (vgl. Reichstein, 2023, S. 215–216).

überwiegend mit Mitarbeiter*innen durch, die nicht über eine Ausbildung im pädagogischen, pflegerischen oder medizinischen Bereich verfügen. Da Maike Milan bislang nur stundenweise durch den FuD begleitet wurde, stellte dies bislang kein Problem dar.

Im Sommer 2018 möchte Maike Milan an einer Ferienfreizeit in Norddeutschland teilnehmen, die von einer Kirchengemeinde in ihrer Heimatstadt angeboten wird. Der Leiter des Familienunterstützenden Dienstes kann sich grundsätzlich vorstellen, dass Beschäftigte des Dienstes Maike Milan auf die Ferienfreizeit begleiten. Er weist aber darauf hin, dass seiner Mitarbeiter:innen die Versorgung der PEG-Sonde sowie Ernährung von Maike Milan nicht sicherstellen können. Daher stellt sich die Frage, ob Maike Milan an der Ferienfreizeit teilnehmen kann.

Gemeinsam mit Maike Milan und ihrer Familie organisiert der Leiter des FuD, dass während der zehntägigen Freizeit ein am Urlaubsort ansässiger Pflegedienst die sichere Funktion der PEG-Sonde von Maike Milan versorgen und ihre Ernährung sicherstellen wird. Das Freizeitteam der Kirchengemeinde wird in die Planung eingebunden, um die Abstimmung während der Fahrt zu verbessern.

Um die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter:innen des Pflegedienstes am Urlaubsort zu ermöglichen wird eine erfahrene Ehrenamtlerin als Bezugsperson für Maike Milan ausgewählt. Diese kennt Maike Milan von früheren Veranstaltungen. Beide verstehen sich gut miteinander. Durch die Kooperation des Familienunterstützenden Dienstes mit einem ortsansässigen Pflegedienst kann die Versorgung von Maike Milan während der Ferienfreizeit sichergestellt werden und sie nimmt an der Fahrt teil.

Das Beispiel von Maike Milan geht von der keineswegs besonderen Grundidee aus, dass ein junger Mensch an einer Ferienfreizeit teilnehmen und seinen Urlaub gemeinsam mit gleichaltrigen jungen Menschen verbringen möchte. Abstrakt gesprochen enthält das Beispiel jedoch mehrere Elemente, die dynamisch zusammenwirken. Maike Milan ist erstens aufgrund ihrer körperlichen Beeinträchtigungen auf Unterstützung angewiesen. Diese erhält sie im Freizeitbereich am Wohnort durch Mitarbeiter:innen eines familienunterstützenden Dienstes.

Der zweitens vorhandene behandlungspflegerische Unterstützungsbedarf (Sicherstellung der Ernährung, Versorgung der PEG-Sonde) fällt in diesen Situationen nicht unmittelbar ins Gewicht. Anders sieht dies im Rahmen der geplanten Ferienfreizeit aus. Es muss sichergestellt sein, dass Maike Milan auch am Urlaubsort die erforderliche Unterstützung erhält. Da die Mitarbeiter:innen des FuD dies nicht abbilden können, wird dieser Aspekt im Beispiel dadurch bearbeitet, dass ein am Urlaubsort ansässiger Pflegedienst hinzugezogen wird. Die Dynamik des Gesamtsystems resultiert hier nicht zuletzt daraus, dass Abläufe bei Urlaubsreisen nicht immer planbar sind. Das beschriebene Unterstützungsarrangement setzt also voraus, dass sich alle Beteiligten in ihrer

Kooperationsbeziehung fortlaufend miteinander abstimmen bzw. koordinieren. Unter der Prämisse, dass Kooperation und Koordination sichergestellt sind ist es möglich, Komplexität im Einzelfall zu bearbeiten (vgl. Schädler & Reichstein, 2019, S. 820). Im Beispiel wird so erreicht, dass Maïke Milan an der Ferienfreizeit teilnehmen kann. Die beschriebene Konstellation schließt indes sozialräumliche Ressourcen nicht gänzlich aus. So könnten zum Beispiel andere Teilnehmer:innen Maïke Milan während der Freizeit ebenfalls unterstützen.

Mithilfe der vorangegangenen Überlegungen lässt sich das bekannte Vier-Felder-Schema erweitern. Ergänzt werden konkret Modi der Bearbeitung von Unterstützungsbedarfen durch die Nutzung informeller Ressourcen des Sozialraums sowie die Inanspruchnahme einzelner oder mehrerer professioneller Sozialer Dienste.

Abbildung 3: Einfache, komplizierte und komplexe Unterstützungsbedarfe und deren Bearbeitung durch reziproke informelle Unterstützung im Sozialraum bzw. professionelle Soziale Dienste

Veränderbarkeit Dynamik	Dynamisch komplizierte Unterstützungsbedarfe <i>Modus: Reziproke informelle Unterstützung im Sozialraum, ggf. im Zusammenspiel mit einzelnen Sozialen Diensten</i>	Komplexe Unterstützungsbedarfe <i>Modus: Unterstützung durch mehrere Soziale Dienste, ggf. im Zusammenspiel mit reziproker informeller Unterstützung im Sozialraum</i>
	Einfache Unterstützungsbedarfe <i>Modus: Reziproke informelle Unterstützung im Sozialraum</i>	Komplizierte Unterstützungsbedarfe <i>Modus: Reziproke informelle Unterstützung im Sozialraum, ggf. im Zusammenspiel mit mehreren Sozialen Diensten</i>
	Vielzahl Varietät	

Im Sinne einer Vereinfachung des hier beschriebenen Modells kann darüber nachgedacht werden, inwiefern es sinnvoll ist, lediglich zwischen einfachen, komplizierten und komplexen Bedarfslagen zu unterscheiden. Dieser Aspekt sowie der mit komplizierten und komplexen Unterstützungsbedarfen verbundene weitergehende Forschungsbedarf wird im Folgenden und abschließenden Kapitel dieses Beitrags in den Blick genommen.

Ausblick und Forschungsbedarf

Im vorliegenden Beitrag wird anhand von Beispielen versucht, individuelle Unterstützungsbedarfe – auch, aber nicht nur von Menschen mit Behinderungen – in vier Kategorien zu fassen. Unterschieden wird, in Anlehnung an Rittmanns systemtheoretische Unterscheidung, zwischen einfachen, komplizierten, dynamisch komplizierten sowie komplexen Unterstützungsbedarfen. Im

vorangegangenen Abschnitt dieses Beitrages wurde darüber hinaus versucht, den vier genannten Kategorien Modi einer möglichen Bearbeitung durch informelle Unterstützung aus dem individuellen Sozialraum sowie durch professionelle Mitarbeiter:innen Sozialer Dienste zuzuordnen. Das Modell ist in diesem Zusammenhang auch als kritische Anfrage dahingehend zu verstehen, welche individuellen Bedarfe zwingend durch professionelle Soziale Dienste bearbeitet werden müssen und welche nicht (vgl. hierzu auch Früchtel, 2014, S. 8).

In der Praxis dürfte sich die Mehrzahl der Unterstützungsbedarfe, mit deren Bearbeitung Mitarbeiter:innen professioneller Sozialer Dienste im Rahmen ihrer Tätigkeit befasst sind, um komplizierte oder dynamisch komplizierte Bedarfslagen im Sinne des hier beschriebenen Modells handeln. Inwiefern diese Unterscheidung für Theoriebildung und Praxis sinnvoll ist, wäre empirisch zu untersuchen. Festzuhalten ist, dass in beiden Fällen eine Kombination sozialräumlicher und professioneller Unterstützung denkbar und sinnvoll erscheint.

Komplexe Unterstützungsbedarfe nach dem hier vertretenen Verständnis sind schlussendlich dadurch gekennzeichnet, dass für ihre Adressierung eine „hoch individualisierte, flexible sowie zeitintensive Begleitung notwendig ist“ (Terfloth, 2016, S. 257).

Die zentrale Bedeutung professioneller Sozialer Dienste in diesen Fällen resultiert einerseits aus eventuell notwendigem Spezialwissen professioneller Helfer:innen und andererseits aus dem Umstand, dass ein Großteil der Menschen mit insbesondere schweren bzw. mehrfachen Beeinträchtigungen nicht über tragfähige persönliche Beziehungen verfügt. Insbesondere Kontakte zu Menschen ohne Behinderungen seien häufig auf Angehörige oder auf Mitarbeiter/-innen von Einrichtungen und Diensten beschränkt (vgl. Kamstra et al., 2015, S. 253–255; Seifert, 2017, S. 84). Folgerichtig sind die Möglichkeiten auf informelle Unterstützung im Sozialraum zuzugreifen stark eingeschränkt. Spätestens wenn im Einzelfall inklusionsorientierte Unterstützung geplant wird, ist es zudem wahrscheinlich, dass mehrere – ggf. (hoch-) spezialisierte Soziale Dienste konstruktiv und kooperativ zusammenarbeiten müssen, um die jeweils benötigte Unterstützung zu gewährleisten (vgl. Reichstein, 2023, S. 223). Diesem Aspekt widmet sich am ZPE aktuell das FUSION-Teilvorhaben 5 (Soziales und Inklusion). Dieses knüpft maßgeblich an Vorarbeiten der Forschungsgruppen „Integrierte Teilhabe- und Pflegeplanung im Kreis Siegen-Wittgenstein“ (ITP.si-wi) sowie „Koordinationspotenziale kommunaler Teilhabepolitik in der Pflege, Behindertenhilfe und Sozialpsychiatrie“ (KoKoP) unter der Leitung von Prof. Dr. Johannes Schädler an.

Abschließend ist festzuhalten, dass nicht jeder Unterstützungsbedarf komplex ist, der auf den ersten Blick komplex erscheint. Zudem besteht im Einzelfall gegebenenfalls die Möglichkeit, Komplexität durch gezielte Unterstützung erfolgreich zu bearbeiten. Auch hier besteht ein Bedarf an weiteren Anstrengungen im Bereich der Theoriebildung und Praxisentwicklung.

Literaturverzeichnis

- Aner, K., & Hammerschmidt, P. (2018). *Soziale Einrichtungen und Dienste und soziale Berufe*. Springer Fachmedien.
- Bittenbinder, S., Müller, C., Reichstein, M. F., Rohrmann, A., Schädler, J., Struzek, D., & Wissenbach, L. (2024). *Everything, Everywhere? Dealing With Complex Support Needs in Rural-Industrialized Areas in Western Germany (unveröffentlicht)*. IASSIDD World Congress 2024, Chicago.
- Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft (Hrsg.). (2021). *Standards zur Teilhabe von Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung und komplexem Unterstützungsbedarf*. Kohlhammer.
- Fornefeld, B. (2008). Menschen mit Komplexer Behinderung—Klärung des Begriffs. In B. Fornefeld (Hrsg.), *Menschen mit Komplexer Behinderung. Selbstverständnis und Aufgaben der Behindertenpädagogik* (S. 50–81). Reinhardt.
- Fornefeld, B. (Hrsg.). (2021). *Teil sein & Teil haben. Wünschen – Gestalten – Leben. Wissenswertes zur teilhabeorientierten Lebensbegleitung Erwachsener mit Komplexer Behinderung*. Verlag selbstbestimmtes leben.
- Früchtel, F. (2014). „Raum ist Beziehung“. *Sozialraumorientierung und Unterstützte Beschäftigung*. Bundesarbeitsgemeinschaft für Unterstützte Beschäftigung. http://www.bar-frankfurt.de/fileadmin/dateiliste/rehabilitation_und_teilhabe/Internationale_Themen/infopool-bag-ub/materialien/Themenheft_3__FUB_Raum_ist_Bezeichnung_-_SRO.pdf
- Früchtel, F., Cyprian, G., & Budde, W. (2013). *Sozialer Raum und soziale Arbeit. Textbook. Theoretische Grundlagen*. Springer VS.
- Kamstra, A., van der Putten, A. A. J., & Vlaskamp, C. (2015). The Structure of Informal Social Networks of Persons with Profound Intellectual and Multiple Disabilities. *Journal of Applied Research in Intellectual Disabilities*, 28(3), 249–256.
- Luhmann, N. (1987). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Suhrkamp.
- Miller, T. (2016). *Systemtheorie und soziale Arbeit. Entwurf einer Handlungstheorie*. De Gruyter.
- Noack, M. (Hrsg.). (2017). *Empirie der Sozialraumorientierung*. Beltz Juventa.
- Reichstein, M. F. (2023). Inklusionsorientierte Unterstützung für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf. Eine Annäherung. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen* (S. 207–226). Lebenshilfe.

- Rittmann, G. (2014). *Der Umgang mit Komplexität. Soziologische, politische, ökonomische und ingenieurwissenschaftliche Vorgehensweisen in vergleichender systemtheoretischer Analyse*. Nomos.
- Santen, E. van, & Seckinger, M. (2003). *Kooperation. Mythos und Realität einer Praxis. Eine empirische Studie zur interinstitutionellen Zusammenarbeit am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe*. Deutsches Jugendinstitut.
- Schädler, J., & Reichstein, M. F. (2019). Sektoralisierung Sozialer Dienste als kommunales Koordinationsproblem. Empirische Befunde am Beispiel der Behindertenhilfe, Pflege und Sozialpsychiatrie. *Sozialer Fortschritt*, 68(10).
- Seifert, M. (2017). Schwere Behinderung als Exklusionsrisiko—Herausforderung für die Heilpädagogik. In Berufs- und Fachverband Heilpädagogik (Hrsg.), *Herausforderung Vielfalt. Heilpädagogik im gesellschaftlichen Umbruch*. (S. 81–100). BHP Verlag.
- Terfloth, K. (2016). Schwere und mehrfache oder Komplexe Behinderung. In I. Hedderich, G. Biewer, J. Hollenweger, & R. Markowetz (Hrsg.), *Handbuch Inklusion und Sonderpädagogik* (S. 257–261). Klinkhardt.

5.10 Die Gesamtplanung für Menschen mit Behinderungen im Feld der Eingliederungshilfe

Albrecht Rohrmann

Einführung

Die Planung individueller Hilfen gehört in zahlreichen Feldern sozialer Hilfen zu einem Schlüsselprozess. Dabei lässt sich die Planung im Rahmen der Bewilligung von Hilfen durch die Leistungsträger von der Planung im Alltag der Hilfeleistung unterscheiden. Eine solche Planung ist notwendig, da die professionelle Unterstützung zum einen gesetzlich vorgegebenen Zielen verpflichtet ist und zum anderen eine reflektierte Grundlage für fachliches Handeln benötigt.

In mehreren Projekten des ZPE wurde die Planung von Hilfen für Menschen mit Behinderungen zum Thema. Im Zusammenhang der Entwicklung des Ansatzes von Offenen Hilfen (McGovern et al., 2000; Rohrmann, 2008; Schädler, 2004) als Alternative zu stationären Hilfen wurde die Notwendigkeit der Hilfeplanung herausgestellt, um in jedem Fall mit den Leistungsberechtigten bzw. Nutzer*innen von Diensten ein individuell hilfreiches Arrangement zu erarbeiten (Rohrmann & Schädler, 2010). Die konzeptionellen Überlegungen zur Weiterentwicklung von Unterstützungsangeboten finden aktuell ihre Fortsetzung in einer Veröffentlichung zu inklusionsorientierten Diensten (Düber et al., 2023).

Die Reform der Eingliederungshilfe durch das 2016 verabschiedete Bundesteilhabgesetz (BTHG) stellt den Anspruch einen Paradigmenwechsel weg von angebotszentrierten hin zu personenzentrierten Hilfen eingeleitet zu haben. Dies drückt sich in der Neuregelung der Eingliederungshilfe im SGB in sehr weitreichende Vorgaben für die individuelle Planung von Hilfen in der Eingliederungshilfe (Gesamtplan) und für die Koordination von unterschiedlichen Leistungen oder Leistungen mehrerer Leistungsträger (Teilhabeplanung) aus.

Der Kern der Änderungen lässt sich überblicksmäßig wie folgt zusammenfassen:

- Das Gesamtplanverfahren beginnt mit der Beratung der Leistungsberechtigten und beteiligt sie in allen Verfahrensschritten. Das Verfahren soll „transparent, trägerübergreifend, interdisziplinär, konsensorientiert, individuell, lebensweltbezogen, sozialraumorientiert und zielorientiert“ (§ 117 Abs. 1 Pkt. 3) durchgeführt werden.
- Das Gesamtplanverfahren wird in allen Fällen der Gewährung von Leistungen der Eingliederungshilfe verpflichtend durchgeführt.
- Im Mittelpunkt des Verfahrens steht eine systematische Bedarfsermittlung, die sich an den neun in der ICF enthaltenen Lebensbereichen orientieren muss. Dies führt in den

bestehenden Instrumenten in der Regel zu einer Systematisierung der bereits vorher bestehenden ICF-Orientierung.

- Die Abstimmung der Leistungen kann in einer Gesamtpfankonferenz erfolgen, an der die Leistungsträger und die Leistungsberechtigten beteiligt sind. Die Durchführung einer solchen Konferenz ist allerdings nicht verpflichtend.
- Der vom Träger der Eingliederungshilfe zu erstellende Gesamtplan dient „der Steuerung, Wirkungskontrolle und Dokumentation des Teilhabeprozesses“ (§121 SGB IX). Dies findet seine Entsprechung im Vertragsrecht, da die Leistungsvereinbarung nun auch Aussagen zur Wirksamkeit der Leistungen enthalten muss (§ 125, Abs. 1 SGB IX).
- Anbieter von Leistungen sind in die rechtlichen Regelungen zum Verfahren der Gesamtplanung nicht unmittelbar einbezogen. Mitarbeiter*innen aus Diensten und Einrichtungen können auf Wunsch der Leistungsberechtigten als Personen des Vertrauens hinzugezogen werden (§ 117 Abs. 2 SGB IX). Ihre Expertise und ihre Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Leistungsberechtigten und der Leistungserbringung fließen jedoch vor allem in der Fortschreibung des Gesamtplans systematisch in das Verfahren ein.
- Die Leistungsanbieter verpflichten sich in der Leistungsvereinbarung, die Leistungen „unter Beachtung der Inhalte des Gesamtplans“ (§ 123, Abs. 4 SGB IX) zu erbringen.

Frank Liekmeier und Albrecht Rohrmann haben im Zusammenhang der Umsetzung dieser Vorgaben zwei Projekte durchgeführt. Zum einen ging es darum, die Vorgaben der Gesamtplanung im SGB IX für die Planung von Hilfen für Kinder und Jugendliche mit sog. geistigen und körperlichen Behinderungen in Rheinland-Pfalz anzupassen. In einem weiteren Projekt wurde eine Arbeitshilfe für die Gesamtplanung für erwachsene Menschen erstellt und darin auch ein Ansatz für die Einbeziehung der Leistungserbringer in die Fortschreibung der Gesamtplanung.

Die beiden Projekte haben sehr grundlegende Fragen zur Entwicklung und Ausgestaltung der Gesamtplanung in der Eingliederungshilfe und auch der Teilhabepfankonferenz zur Koordination der Leistungen aller Rehabilitationsträger aufgeworfen. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll die Entwicklung der Gesamtplanung zu rekapitulieren, um aus der bisherigen fachlichen und sozialpolitischen Diskussion weiteren Forschungs- und Entwicklungsbedarf zu bestimmen.

Die Entwicklung der Gesamtplanung in der Eingliederungshilfe und der Teilhabeplanung im Rehabilitationssystem³⁵

Eine Regelung zur Gesamtplanung enthielt bereits die erste Fassung des Bundessozialhilfegesetzes, das 1962 in Kraft trat. Dort wird dem Sozialhilfeträger aufgegeben „so frühzeitig wie möglich einen Gesamtplan zur Durchführung der einzelnen Maßnahmen“ (§ 46 BSHG in der Fassung von 1962, BGBl Teil 1 Nr. 46 vom 05.07.1961) aufzustellen. Die Gesamtplanung bezieht sich hier also auf die Durchführung von Maßnahmen. Die Frage, wie es zu einer Entscheidung über die Notwendigkeit und Eignung der Leistung kommt, bleibt hingegen offen. Nur auf die Durchführung bezieht sich auch die Vorgabe für die Träger der Sozialhilfe, mit der behinderten Person und anderen Beteiligten zusammenzuwirken. Damit wird der Schwerpunkt auf die letztlich sozialrechtlich motivierte Frage der Steuerung des Unterstützungsprozesses gelegt.

Diese Vorschrift hat lange Zeit fast keine Wirkung gezeigt. Dessen ungeachtet wurde sie bei der Einfügung der Sozialhilfe in das Sozialgesetzbuch (XII) im Jahre 2003 nahezu unverändert in § 58 SGB XII übernommen. Es hat sich vielmehr die Praxis durchgesetzt, dass Anträge auf Eingliederungshilfe von den Leistungsberechtigten beziehungsweise ihren Angehörigen in Zusammenarbeit mit einem Leistungsanbieter erarbeitet wurden und werden. Die Zugehörigkeit zum leistungsberechtigten Personenkreis und die Notwendigkeit der Maßnahme wurde von Amtsärzt*innen im Gesundheitsamt in einem diagnostischen Verfahren geprüft und häufig mit Hinweisen zum Leistungsumfang und zur Leistungserbringung verknüpft. Faktisch lag damit die Steuerung von Unterstützungsleistungen auf Seiten der Leistungsberechtigten beziehungsweise ihrer rechtlichen Vertretung und den Anbieterorganisationen von Hilfen.

Noch im Jahre 1997 kommt Wolf Rainer Wendt in der ersten Auflage seiner Einführung zum Case-Management im Sozial- und Gesundheitswesen zu der Einschätzung, dass der Gesamtplan in der Praxis zumeist nicht erstellt wird und begründet dies wie folgt: „Solange sich die Eltern eines behinderten Menschen um ihn kümmern, überläßt man ihnen die Steuerung der Betreuung. Bei stationärer Unterbringung scheint eine weitere Planung nicht erforderlich“ (Wendt, 1997, S. 174). Die Eingliederungshilfe hat sich im Rahmen der Sozialhilfe als eine Leistung entwickelt, in der der öffentliche Träger sich eher reaktiv zu der fachlichen Entwicklung des Hilfesystems durch andere Akteure verhält. So wurde im Rahmen der Eingliederungshilfe die dauerhafte Anstaltsunterbringung bis in die 1980er Jahre in Landeskliniken und in Einrichtungen vor allem konfessioneller Träger weitgehend unhinterfragt finanziert. Gleichzeitig konnte sich seit den 1960er Jahren das

³⁵ Der folgende Abschnitt ist in ähnlicher Form bereits veröffentlicht in Rohrmann (2021, 47 ff.).

insbesondere von der Elternorganisation Lebenshilfe konzeptionell verantwortete Modell der teilstationären Sondereinrichtungen entwickeln. Seit den 1980er Jahren wurde der Rahmen für die Entwicklung ambulanter und offener Hilfe geschaffen, die vor allem von Menschen mit Behinderung selbst und einer neuen Elterngeneration eingefordert wurde. Bis heute ist das Unterstützungssystem durch die Parallelität standardisierter Hilfen in Sondereinrichtungen und stärker flexibler ambulanter Hilfen geprägt.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen geriet seit den 1980er Jahren konzeptionell immer stärker in die Kritik, da die Dominanz der Unterstützung in Sondereinrichtungen mit den Forderungen der Selbstbestimmung und dem Schutz der Grund- und Menschenrechte zunehmend als unvereinbar wahrgenommen wurde. Dies erklärt einen Teil der neu erwachten Aufmerksamkeit für die individuelle Planung von Leistungen. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch das Interesse an einer effizienten Steuerung der Entwicklung des Hilfesystems durch die öffentlichen Träger der Eingliederungshilfe. Dadurch wurden die bis dahin gepflegten Formen der Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege infrage gestellt. Um die Entwicklung von Verfahren der individuellen Planung von Hilfen jedoch zu verstehen, muss der Blick auf das gesamte Feld der Rehabilitation geweitet werden.

Die Koordination von Leistungen als Problem der Rehabilitation

Die Träger der Eingliederungshilfe werden erst seit dem Inkrafttreten des SGB IX im Jahre 2001 zu den Rehabilitationsträgern gerechnet. In dem durch eine große Anzahl von Leistungsträgern geprägten Feld der Rehabilitation gibt es seit den 1970er Jahren Bemühungen zur Angleichung und besseren Koordination der Leistungen. Der Ansatz der individuellen Planung von Leistungen fand 1974 Eingang in § 4 Abs. 3 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (BGBl Teil 1 1074 Nr. 92 vom 15.08.1974). In Anlehnung an das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verpflichtet der Gesetzgeber recht vage den zuständigen Träger, in allen geeigneten Fällen unter beratender Mitwirkung der Leistungsberechtigten und anderer Stellen einen Gesamtplan zur Rehabilitation aufzustellen. Er soll sicherstellen, dass „die Maßnahmen nahtlos ineinandergreifen“. Auch hier ist wie in der Eingliederungshilfe in der Folge ein Vollzugsdefizit zu konstatieren.

In der Praxis ist die Entwicklung von Verfahren zur individuellen Planung von Hilfen im Feld der Unterstützung von Menschen mit Behinderung von der Etablierung der gemeindenahen Psychiatrie ausgegangen. Im Zusammenhang der seit Mitte der 1970er Jahre politisch und fachlich geforderten Enthospitalisierung von Menschen mit chronisch psychischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen, die dauerhaft in psychiatrischen Kliniken lebten (vgl. den Bericht der Psychiatrieenquete BT-DS 7/4200), stellte sich die fachliche Ausgestaltung der Unterstützung und die Koordination der Leistungen besonders dringlich dar. Der im Zuge der Enthospitalisierung

von Menschen mit Behinderungen und chronisch psychischen Erkrankungen etablierte und von allen Beteiligten anerkannte Verein ‚Aktion psychisch Kranke‘ führte im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit ein Projekt zur ‚Personalbemessung im komplementären Bereich der Psychiatrischen Versorgung‘ durch. Die Ergebnisse wurden unter dem bis heute programmatischen Titel ‚Von institutions- zu personenzentrierten Hilfen in der psychiatrischen Versorgung‘ (Kruckenberg et al., 1999) veröffentlicht. In diesem Projekt wurde der ‚Integrierte Behandlungs- und Rehabilitationsplan‘ (IBRP) entwickelt. Wie der Bezeichnung zu entnehmen ist, steht die äußerst komplexe Koordination von medizinischen Leistungen und Rehabilitationsleistungen im Vordergrund, in die bereits die Eingliederungshilfe einbezogen war. Das Verfahren ist zweistufig angelegt. Eine Person des Vertrauens im Hilfesystem soll mit den Betroffenen ein umfangreiches Set von stark standardisierten Bögen zur gegenwärtigen Situation, zu den Zielen und erreichten Veränderungen, zur Biografie und Anamnese erheben. Der erarbeitete Vorschlag wird dann in einer Hilfeplankonferenz mit allen Beteiligten besprochen und es soll zu einer Vereinbarung kommen. Das Steuerungs- und Koordinationsproblem sollte hier so gelöst werden, dass zum einen die Leistungsberechtigten eine Stelle beziehungsweise Person ihres Vertrauens zur Erarbeitung aussuchen konnten. Zum anderen sollte das standardisierte Erhebungsverfahren zur Bedarfsermittlung für alle beteiligten Leistungsträger und Leistungsanbieter eine hinreichend verbindliche Grundlage für die Entscheidung über Leistungen beziehungsweise Hilfen bieten.

Der IBRP wurde vor allem in der Zusammenarbeit zwischen Trägern der Eingliederungshilfe für erwachsene Menschen und Trägern sozialpsychiatrischer Angebote erprobt, jedoch nur in wenigen Regionen regelhaft eingeführt. In späteren Auflagen des bereits erwähnten Buches von Wolf Rainer Wendt wird der IBRP als gelungenes Beispiel des Case-Managements erwähnt, wenngleich vor einer „schematischen Anwendung“ (Wendt, 2018, S. 266) gewarnt wird. Fachlich stieß der Ansatz des IBRP auf Zustimmung, teilweise aber auf heftige Kritik. Diese wurde am deutlichsten von dem Psychiater Klaus Dörner (2004) artikuliert. Die Arbeit mit dem IBRP wird als Angriff auf professionelles Handeln und als Ausdruck des Einzugs einer Marktlogik in das Feld sozialpsychiatrischer Hilfen dargestellt. In der Folge wird die Diskussion ausgehend vom IBRP von der Suche nach einem standardisierten Verfahren zur Ermittlung des Bedarfs und der Erarbeitung von Zielen mit Leistungsberechtigten und der Abstimmung des Plans in einer Hilfeplankonferenz geprägt.

Steuerungsinteressen der überörtlichen Träger der Eingliederungshilfe

Der Ansatz des IBRP wurde seit Ende der 1990er Jahre vermehrt von (überörtlichen) Trägern der Eingliederungshilfe aufgegriffen (Kronenberger, 2006). Auf den Begriff ‚Gesamtplan‘ und die gesetzlichen Vorgaben im BSHG wird dabei bemerkenswerterweise kein Bezug genommen (Kronenberger, 2006, 36 f.). Hintergrund der Entwicklung von Verfahren ist die Kostenentwicklung in der Eingliederungshilfe und die Kritik daran, dass eine Umsteuerung von ‚stationären‘ zu

„ambulanten“ Hilfen nur sehr zögerlich erfolgt. Da die Möglichkeiten einer Umsteuerung vor allem im Bereich wohnbezogener Hilfen vermutet werden, sind viele der Verfahren und Instrumente ausschließlich auf diesen Bereich der Unterstützung begrenzt. Hilfen für Kinder und Jugendliche bleiben von den Überlegungen daher zumeist ausgenommen. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen trat durch den nun stark akzentuierten Steuerungsanspruch der Träger der Eingliederungshilfe ein Konflikt mit den Leistungsanbietern zutage. Zugleich wurde deutlich, dass die Träger der Eingliederungshilfe häufig nicht über das entsprechend qualifizierte Personal für die Durchführung einer individuellen Hilfeplanung verfügten und dieses erst aufbauen oder die Erarbeitung des Planes an die Leistungsanbieter delegieren mussten. Als Ort der Abstimmung und auch der Austragung von Konflikten entwickelten sich in vielen Regionen Hilfeplankonferenzen. Zur individuellen Planung wurden zahlreiche Instrumente und Verfahren entwickelt sowie Empfehlungen erarbeitet. Ein Orientierungsrahmen wurde mit der Empfehlung des Deutschen Vereins (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., 2009) geschaffen, der auch auf die Ausgestaltung der nun verbindlichen Gesamtplanung nach § 117 ff. SGB IX hingewirkt hat.

Es kann jedoch festgehalten werden, dass bis zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in der Eingliederungshilfe vermutlich in keinem Zuständigkeitsbereich eines örtlichen oder überörtlichen Sozialhilfeträgers ein für alle Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe verbindliches Verfahren zur Hilfe-, Teilhabe- oder Gesamtplanung vorlag beziehungsweise in der Praxis angewandt wurde. In den ausgewerteten Fallakten im Projekt ‚Kategorisierungsarbeit‘ ist erkennbar, dass eine Vorab-Fallbearbeitung bei den Leistungserbringern stattfindet (Molnar et al., 2021, 96 f.).

Der Gesetzgeber hat sich mit der Einführung des SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe) im Jahre 2001 bemüht, die Koordinationsprobleme der Rehabilitationsträger in der Linie des Reha-Angleichungsgesetzes weiter zu bearbeiten. Wenngleich die Erstellung eines Gesamtplans nun nicht mehr in das Gesetz aufgenommen wurde, werden die beteiligten Rehabilitationsträger, zu denen nun auch die Träger der Eingliederungshilfe nach dem SGB VIII und XII gehören, verpflichtet „im Benehmen miteinander und in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten die nach dem individuellen Bedarf voraussichtlich erforderlichen Leistungen funktionsbezogen festzustellen und schriftlich so zusammen[zus]stellen, dass sie nahtlos ineinander greifen“ (§ 10 SGB IX in der Fassung von 2001 BGBl 2001 Teil 1 Nr. 27 vom 22.06.2001). Die Grundprinzipien der Ermittlung des Bedarfs durch die jeweils zuständigen Reha-Träger und eine darauf aufbauende Koordination der beteiligten Reha-Träger folgen der bisherigen Logik der Gesamtplanung im Reha-Angleichungsgesetz. Erstmals wurde dazu im Jahre 2014 eine gemeinsame Empfehlung der Reha-Träger (außer den Trägern der Eingliederungshilfe) veröffentlicht, die mittlerweile an die neuen Vorgaben des SGB IX angepasst wurde (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), 2019).

Eine gewisse Dynamik erhielt die Diskussion über die individuelle Planung von Hilfen in der Rehabilitation durch die Einführung des trägerübergreifenden persönlichen Budgets, das mit dem SGB IX als mögliche Leistungsform im Rehabilitationssystem verankert wurde. Seit 2008 besteht für bestimmte alltägliche und regelmäßig wiederkehrende Leistungen der Rehabilitation ein Rechtsanspruch auf die Inanspruchnahme dieser Leistungsform. Auch wenn die Inanspruchnahme insbesondere trägerübergreifender persönlicher Budgets bislang hinter den Erwartungen zurückbleibt (Teilhabeverfahrensbericht), ist für die Bemessung des individuellen Budgets eine Verständigung zwischen den beteiligten Reha-Trägern und den Leistungsberechtigten notwendig. Hier bestand das Interesse der Entwicklung von einheitlichen Grundsätzen der Bedarfsermittlung der Reha-Träger. An das Verfahren wird zudem der Anspruch gestellt, dass es den Leistungsberechtigten ein hohes Maß an Rechts- und Planungssicherheit gibt.

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass Fragen der Steuerung und der Koordination bei der individuellen Planung von Hilfen in der Rehabilitation und in der Eingliederungsbeihilfe nach dem SGB IX im Vordergrund stehen. Das Koordinationsproblem zwischen den Leistungsträgern und auch der Anspruch auf Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten macht die Suche nach möglichst transparenten und objektiven Kriterien verständlich. Der vor allem in der Eingliederungshilfe virulente Konflikt zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Leistungsanbietern erklärt den Wunsch nach verbindlichen gesetzlichen Regelungen.

Einschätzung der aktuellen Regelungen im SGB IX

Der Gesetzgeber hat vor dem Hintergrund der bisherigen Wirkungslosigkeit seiner Bemühungen um Koordination entschieden, verbindliche Vorgaben zur Bedarfsermittlung für alle Rehabilitationsträger zu machen (§ 13 SGB IX) und zur Koordination der Leistungen ein Teilhabeplanverfahren vorzuschreiben (§§ 19 ff. SGB IX). Dies gilt nun verbindlich für alle Reha-Träger und geht den Regelungen in den Einzelgesetzen vor. Es ist allerdings zu beobachten, dass das Teilhabeplanverfahren bisher nur selten angewandt wird (Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), 2022, 122 ff.). Dies deutet darauf hin, dass die Vorgaben zum Teil noch unterlaufen werden.

Das Verfahren der Gesamtplanung in der Eingliederungshilfe nach den neuen Vorgaben wurde auch bedingt durch die Corona-Krise in allen Bundesländern mit großer Verzögerung eingeführt. Es fällt auf, dass sehr detaillierte und aufwändige Regelungen für die an der ICF-orientierte Bedarfsermittlung im Mittelpunkt der konzeptionellen Überlegungen und auch der Auseinandersetzung stehen. Das Gesamtplanverfahren mit den Vorgaben der partizipativen, sozialraumorientierten und lebensweltorientierten Ausgestaltung wird hingegen deutlich weniger

thematisiert. Gegenwärtig befindet sich das Gesamtplanverfahren in allen Bundesländern in einer Phase der Umsetzung, die an vielen Stellen noch Veränderungsbedarf sichtbar macht.

Insgesamt wurden seitens des Gesetzgebers Entscheidungen getroffen, die an den skizzierten bisherigen Entwicklungspfad anknüpfen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Ansätze zu einer standardisierten Bedarfsermittlung und die Fokussierung auf Koordinations- und Steuerungsprobleme. Zugleich werden durch die Verbindlichkeit und durch die Akzentuierung der Zuständigkeit der Leistungsträger Festlegungen vorgenommen, die vermutlich erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung des Feldes haben werden.

Forschungs- und Entwicklungsbedarf

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen einige Themen genannt werden, die für mögliche Forschungsarbeiten im ZPE bedeutsam sind.

Zugang zum Hilfesystem

Der Zugang zum Hilfesystem stellt sich für potenzielle Leistungsberechtigte durch die Unübersichtlichkeit des Leistungssystems ungeachtet aller Reformen im Rehabilitationsrecht als unübersichtlich dar. Im ZPE wurden im Zusammenhang der kommunalen Teilhabeplanung Konzepte für dezentrale und integrierte Anlaufstellen im Sozialraum entwickelt (Schädler & Rohrmann, 2020; Schädler et al., 2021). Gegenwärtig wird dieser Ansatz durch Untersuchungen zu Suchstrategien von Menschen mit Unterstützungsbedarf und ihren Angehörigen im Teilvorhaben fünf „Soziales und Inklusion“ des vom BMBF geförderten hochschulweiten Projektes FUSION (<https://fusion.uni-siegen.de>) weiter ausgearbeitet. Basierend auf den Ergebnissen soll in Reallaboren der Ansatz dezentraler, auch digitaler Anlaufstellen in einem Planungsraum im Kreis Siegen-Wittgenstein modellhaft erprobt werden.

Im SGB IX wurde in § 106 ein Beratungsauftrag des Trägers der Eingliederungshilfe verankert, der auch „Hinweise auf Leistungsanbieter und andere Hilfemöglichkeiten im Sozialraum und auf Möglichkeiten zur Leistungserbringung“ umfasst. Es stellt sich die Frage, wie dieser weitgehende Beratungsauftrag und auch eine sich daran möglicherweise anschließende Gesamtplanung mit einer Verknüpfung zu Leistungen anderer Träger integriert werden kann. Es kann auch gefragt werden, wie Unterstützungsmöglichkeiten in sozialräumliche Strukturen Zugänge zu Unterstützung eröffnen können. Dies setzt voraus, dass das Gesamtplanverfahren nicht zentral vom überörtlichen oder örtlichen Träger der Eingliederungshilfe durchgeführt, sondern in nahräumigen Strukturen organisiert wird. Um ein individuell hilfreiches Unterstützungsarrangement mit den Leistungsberechtigten zu erarbeiten, sind gute Kenntnisse der Potentiale des Lebensumfeldes notwendig.

Gesamtplanung und inklusionsorientierte Hilfen

Es ist noch völlig ungeklärt, ob und wie sich die Unterstützungslandschaft entsprechend dem Paradigmenwechsel von angebotszentrierten zu personenzentrierten Hilfen weiterentwickeln wird. Es erscheint als nicht hinreichend durchdacht, dass die Leistungsanbieter aus dem Verfahren der Gesamtplanung vollständig herausgehalten werden. Wenn es um die Entwicklung eines individuellen Hilfearrangements und die Einschätzung der Wirksamkeit von Leistungen geht, müssen sie einbezogen werden. Im bisherigen Umsetzungsprozess des BTHG wurde viel Mühe verwendet, um den Beharrungstendenzen der bisherigen angebotszentrierten Strukturen Rechnung zu tragen. Vorgaben zur nähräumigen Angebotsplanung werden vom Bundesgesetzgeber sehr vage gelassen. Die Länder geben in ihren Ausführungsgesetzen dazu auch nur wenig verbindliche Strukturen vor. Die im ZPE entwickelten Ansätze einer kommunalen Teilhabeplanung könnten durch eine höhere Verbindlichkeit mehr Wirkung hinsichtlich der Entwicklung inklusionsorientierter Hilfen entfalten. Der Träger der Eingliederungshilfe müsste dazu verbindlich in solche Planungsprozesse eingebunden werden. Notwendig wäre es auch, eine systematische Verknüpfung zwischen der Auswertung der individuellen Gesamtplanung und der Angebotsplanung herzustellen. Eine solche Planung zielt vor allem darauf, für die Gestaltung der alltäglichen Lebensführung eine volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Entsprechend der Vorgaben in Art. 19 der UN-BRK darf niemand aufgrund seiner Behinderung und fehlender Unterstützungsmöglichkeiten zur Inanspruchnahme von besonderen Wohnformen verpflichtet werden.

Die ICF-Orientierung in den Verfahren der Gesamt- und Teilhabeplanung

Betrachtet man die in den Bundesländern entwickelten Instrumente zur Gesamtplanung, so fällt auf, dass die ICF-Orientierung deutlich weiter geht, als dies der Gesetzgeber vorgibt. Ungeachtet der Vorbehalte, die hinsichtlich der Verwendung der ICF zum Zwecke der Bedarfsermittlung und der Vereinbarung von Zielen von Fachorganisationen geäußert werden (Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR), 2017), wird die umfassende Arbeit mit der ICF häufig in den Mittelpunkt der Bedarfsermittlung und auch der Vereinbarung von Unterstützungsleistungen gestellt. Hier ist seitens der Wissenschaft eine kritische Auseinandersetzung notwendig, die vor allem auch andere fachliche Grundlagen für die Verständigung über Bedarfe und mögliche Unterstützungsarrangements einbezieht.

Entwicklung eines Sozialdienstes beim Träger der Eingliederungshilfe

Mit der Umsetzung der neuen Vorgaben der Gesamtplanung ist es zur Einstellung zahlreicher Mitarbeiter*innen beim Träger der Eingliederungshilfe gekommen. In einer Forschungsarbeit im Rahmen eines Forschungspraxisprojektes im Masterstudiengang ‚Bildung und Soziale Arbeit (C. Müller et al., 2022) und einer darauf aufbauenden Masterarbeit (L. Müller, 2022) konnte herausgestellt werden, dass es sich überwiegend um Fachkräfte aus dem Bereich der

Sozialen Arbeit handelt. Auch wenn sie bereits zuvor im Bereich der Planung individueller Hilfen beispielsweise im Jugendamt gearbeitet haben, ist die Anwendung der Verfahren für sie mit erheblichen Mühen und auch einem großen Zeitaufwand verbunden. In einer qualitativen Studie widmet sich Anja Weitzel im Rahmen ihrer Masterarbeit (2023) der Sicht von Fachkräften bei unterschiedlichen Trägern der Eingliederungshilfe auf das neue Tätigkeitsfeld der Gesamtplanung. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass das fachliche Handeln aufgrund von unterschiedlichen Formen der Einbindung in den Gesamtablauf variieren. Übergreifend stellen sie die einzelfallbezogene Arbeit in den Vordergrund, sehen diese jedoch in einem Spannungsverhältnis zu den Vorgaben zur Anwendung der Instrumente. In ihrer Arbeit konnte Weitzel noch keine Herausbildung einer Gruppenidentität erkennen. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass sich beim Träger der Eingliederungshilfe so etwas wie ein ‚Sozialer Dienst‘ entwickelt, der eine neue Fachlichkeit in die Ämter einbringt und langfristig zu Veränderungen im Feld der Gestaltung von Zugängen und der Administration der Eingliederungshilfe führen kann. Dies wäre für die fachliche Entwicklung der Eingliederungshilfe als Feld sozialer Dienste und speziell für die Profilierung der Sozialen Arbeit in diesem Bereich von großem Interesse.

Ungeachtet einer kritischen Perspektive auf die Vorgaben zur Gesamtplanung und die bisherige Umsetzung, ist im Feld der Eingliederungshilfe vielerorts eine Dynamik hin zu flexibleren Hilfen festzustellen. Dies sind Prozesse, die durch Forschung begleitet werden können.

Literaturverzeichnis

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) (Hrsg.). (2019). *Gemeinsame Empfehlung Reha-Prozess*. https://www.bar-frankfurt.de/fileadmin/dateiliste/_publikationen/reha_vereinbarungen/pdfs/GEReha-Prozess.BF01.pdf

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) (Hrsg.). (2022). *Teilhabeverfahrensbericht 2022. Berichtsjahr 2021*. Frankfurt a.M. https://www.bar-frankfurt.de/fileadmin/dateiliste/THVB/4_THVB_2022.pdf

Deutsche Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) (Hrsg.). (2017). *Stellungnahme der DVfR "ICF-Nutzung bei der Bedarfsermittlung, Bedarfsfeststellung, Teilhabe- und Gesamtplanung im Kontext des BTHG"*. http://www.dvfr.de/fileadmin/user_upload/DVfR/Downloads/Stellungnahmen/DVfR-Stellungnahme_ICF-Nutzung_im_BTHG_bf.pdf

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hrsg.). (2009). *Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Bedarfsermittlung und Hilfeplanung in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen*. <https://www.deutscher->

verein.de/de/download.php?file=uploads/empfehlungen-stellungnahmen/dv-06-09.pdf

Düber, M., Rohrman, A. & Schädler, J. (Hrsg.). (2023). *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Lebenshilfe-Verlag.

Kronenberger, G. (2006). Hilfeplanung in der Eingliederungshilfe - bisherige Entwicklungen und Perspektiven. *Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit*, 37(3), 34–48.

Kruckenberg, P., Kunze, H., Brill, K.-E., Crome, A., Gromann, P. & Hölzke, Rainer, Krüger, Ulrich, Stahlkopf, Dieter. (1999). *Von institutions- zu personenzentrierten Hilfen in der psychiatrischen Versorgung: Bericht zum Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Gesundheit "Personalbemessung im komplementären Bereich der psychiatrischen Versorgung"*. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit: 116/1. Nomos-Verl.-Ges.
<http://www.gbv.de/dms/hbz/toc/ht010836529.pdf>

McGovern, K., Rohrman, A. & Schädler, J. (2000). Chancen und Hindernisse der Offenen Behindertenhilfe am Beispiel Familienunterstützender Dienste. *Geistige Behinderung*, 39, 150–164.

Molnar, D., Oehme, A., Renker, A. & Rohrman, A. (2021). *Kategorisierungsarbeit in Hilfen für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung: Eine vergleichende Untersuchung*. Beltz Juventa.

Müller, C., Müller, L. & Rosenkranz, J. (2022). *Wie beurteilen die Anwender:innen die Einführung und bisherige Anwendung des Gesamtplanverfahrens unter Abgrenzung eventueller Einflüsse der Pandemiesituation?* [Forschungsbericht]. Universität Siegen, Siegen.

Müller, L. (2022). *Hilfeplanung und Bedarfsermittlung in der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX. Eine empirische Untersuchung zur Wahrnehmung der Aufgaben von Mitarbeiter:innen bei Trägern der Eingliederungshilfe* [Masterarbeit]. Universität Siegen, Siegen.

Rohrman, A. (2008). Alternative oder Ergänzung - Strukturelle Perspektiven Offener Hilfen. In T. Mesdag & U. Pforr (Hrsg.), *Psychoanalytische Pädagogik. Phänomen geistige Behinderung: Ein psychodynamischer Verstehensansatz* (S. 131–149). Psychosozial-Verlag.

Rohrman, A. (2021). Die Entwicklung der Hilfeplanung in der Kinder- und Jugendhilfe und in der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. In C. Hollweg & D. Kieslinger (Hrsg.), *Hilfeplanung inklusiv gedacht. Ansätze, Perspektiven, Konzepte* (S. 45–65). Lambertus.

Rohrman, A. & Schädler, J. (2010). Individuelle Hilfeplanung und Unterstützungsmanagement. In G. Theunissen & K. Schirbort (Hrsg.), *Inklusion von Menschen mit geistiger Behinderung: Zeitgemäße Wohnformen, soziale Netze, Unterstützungsangebote* (2 Aufl., S. 230–247). Kohlhammer.

- Schädler, J. (2004). Re-Institutionalisierung statt De-Institutionalisierung! Implementationsstrategien für Offene Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung. *Geistige Behinderung*, 42(1), 15–36.
- Schädler, J. & Rohrmann, A. (2020). Integrierte Teilhabe- und Pflegestrukturplanung - Erfahrungen und Einsichten. *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV)*, 100(7), 327–332.
- Schädler, J., Wissenbach, L., Reichstein, M. & Hohmann, A. (2021). *Integrierte Teilhabe- und Pflegeplanung im Kreis Siegen-Wittgenstein*. <https://doi.org/10.25819/UBSI/9943>
- Weitzel, A. (2023). *Gesamtplanung in der Eingliederungshilfe aus der Sicht von Fachkräften bei den Leistungsträgern in Rheinland-Pfalz* [Masterarbeit]. Universität Siegen, Siegen.
- Wendt, W. R. (1997). *Case Management im Sozial- und Gesundheitswesen: Eine Einführung* (1. Aufl.). Lambertus.
- Wendt, W. R. (2018). *Case-Management im Sozial- und Gesundheitswesen: Eine Einführung* (7. überarb. und erw. Aufl.). Lambertus.

5.11 ZPE-Fachtagung „Migrationsgesellschaftliche Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung“ am 26.10.2023 an der Universität Siegen

Lilian-Abike Ayoola & Heike Winzenried

Einleitung

Migration ist gesellschaftliche Normalität und eine Herausforderung für Soziale Dienste in einer sich wandelnden Gesellschaft. Insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen bestehen Benachteiligungen und Exklusionsrisiken entlang unterschiedlicher Differenzlinien wie sozialer Herkunft, „Ethnizität“, Nationalität und Behinderung. In einer vielfältigen Gesellschaft, die von unterschiedlichen Migrationsformen und -phänomenen geprägt ist (Mecheril 2016), sind Organisationen und Soziale Dienste im Kontext von Gesundheit und Behinderung gefordert, ihre Angebote diversitätsbewusst auszurichten, sie auf bestehende Zugangs- und Teilhabebarrrieren für Menschen mit internationaler Familiengeschichte zu prüfen und weiterzuentwickeln (Winzenried 2023). Migrationssensible und diskriminierungskritische Handlungskompetenzen sind daher für Fachkräfte der Sozialen Arbeit unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich eine Fachtagung des Zentrums für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste mit migrationsgesellschaftlicher Öffnung im Kontext von Gesundheit und Behinderung. Im Rahmen der Veranstaltung, die am 26. Oktober 2023 an der Universität Siegen stattfand, wurde aus theoretischer und praxisorientierter Perspektive analysiert und diskutiert, wie Öffnungsprozesse in Gesundheits- und Beratungseinrichtungen initiiert und verstetigt werden können, um gleichberechtigte Teilhabe in der Migrationsgesellschaft zu ermöglichen. Die hybride Fachveranstaltung, an der über 70 Praktiker*innen der Sozialen Arbeit, Studierende und Wissenschaftler*innen teilnahmen, wurde in Kooperation mit den Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM) Köln und Mittleres Rheinland durchgeführt. Die Kompetenzzentren koordinieren Maßnahmen zur Weiterentwicklung migrationspezifischer und differenzsensibler Hilfeansätze im System der gemeindepsychiatrischen Versorgung und erleichtern dadurch Menschen mit psychischen Erkrankungen und Migrationsgeschichte den Zugang zu gemeindepsychiatrischen Hilfen (LVR, 2023).

Nach einer Begrüßung durch den ZPE-Geschäftsführer Dr. Martin Reichstein und Sati Arikpinar (SPKoM Köln) sowie einer kurzen thematischen Einführung von Heike Winzenried (ZPE), bestand der Vormittag aus mehreren Fachvorträgen von Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Tagungsthema auseinandersetzten.

- Das Menschenrecht auf Gesundheit (*Prof. Dr. Michael Krennerich, Universität Nürnberg*),
- Migrationsgesellschaftlicher Öffnung von Organisationen (*Prof. Dr. Paul Mecheril, Universität Bielefeld*)
- Migrantische Repräsentation und Teilhabe in zivilgesellschaftlichen Organisationen für Menschen mit Behinderung (*Prof.'in Dr.'in Helen Baykara-Krumme, Universität Essen*)
- Traumasensibler Umgang mit Geflüchteten (*Psychologin, M. Sc., Asita Shirali Dikloo*)

Anschließend wurden in vier Arbeitsgruppen Forschungsergebnisse sowie Handlungsansätze und Projekte aus der Praxis von den jeweiligen Leiter*innen der AGs vorgestellt und mit den Teilnehmer*innen diskutiert.

AG 1: Öffnung des Regelsystems für traumatisierte Geflüchtete (*Asita Shirali Dikloo*)

AG 2: Sprach- und Integrationsmittlung in der psychosozialen Beratung als ein Tool der Arbeit der *Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration* (*Sati Arikpinar, SPKoM Köln und Simone Heil, SPKoM Mittleres Rheinland*)

AG 3: Kultursensible Selbsthilfe: Etablierung zielgruppenspezifischer Rahmenbedingungen (*Lioba Heuel, Der Paritätische NRW und Silke Goldbach, Selbsthilfekontaktstelle, Diakonie in Südwestfalen, Siegen*)

AG 4: Diskriminierung im Gesundheitswesen – Ergebnisse aus dem Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa), (*Tae Jun Kim, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung*)

An der Vorbereitung und Durchführung der Fachtagung waren auch Studierende aus dem Begleitseminar „Internationale Migration im Kontext von Gesundheit und Behinderung“ des Bachelorstudiengangs der Sozialen Arbeit an der Universität Siegen beteiligt. Von den Studierenden wurde insbesondere der Einblick in die Praxis durch den Austausch mit Praktiker*innen positiv hervorgehoben und als hilfreich für das weitere Studium und die spätere berufliche Praxis beurteilt. Auch die Möglichkeit, Einzelheiten über die Beratungstätigkeit mit Sprachmittler*innen zu erfahren und ein solches Beratungsgespräch in einem Rollenspiel auszuprobieren, wurde lobend erwähnt. Einer der studentischen Teilnehmenden der Arbeitsgruppe 2 äußerte sich hierzu folgendermaßen: „Ich habe dadurch gesehen, welche Wichtigkeit Sprach- und Integrationsmittler*innen haben und welche Herausforderungen damit verbunden sind. Mir hat besonders gefallen, dass ich in der Übung selbst involviert war und so ein eigenes Gefühl für solche Beratungsgespräche bekommen konnte.“

Die Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen wurden zum Abschluss unter der Moderation von Prof. Dr. Johannes Schädler im Plenum vorgestellt und Fragen aus dem Publikum beantwortet.

Zu den Themen der Veranstaltung ist ein Tagungsband geplant, der u.a. die Beiträge der Referenten*innen enthält und 2024 in der ZPE-Schriftenreihe erscheinen soll. Die Publikation wird von Heike Winzenried und Lilian Lilian-Abike Ayoola betreut.

Vorträge

Im Folgenden sollen die wesentlichen Inhalte der Vorträge kurz zusammengefasst werden, um damit u.a. einen Einblick in die thematische Breite der Tagung zu vermitteln.

Das Menschenrecht auf Gesundheit (MaG) von Michael Krennerich

In seinem Vortrag „Das Menschenrecht auf Gesundheit“ ging Prof. Dr. Krennerich auf die menschenrechtlichen Grundlagen der Gesundheitsversorgung am Beispiel von geflüchteten Menschen in Deutschland ein.

Das völkerrechtlich im UN-Sozialpakt verankerte Menschenrecht auf Gesundheit stellt unter dem Gesichtspunkt einer allgemeinen Auslegung eine Herausforderung dar, obschon der UN-Sozialpakt und die Interpretationsvorgaben des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einen Ausgangspunkt bieten. Das Menschenrecht auf Gesundheit stellt keine rechtliche Garantie auf Gesundheit dar. Vielmehr verleiht es Menschen das Recht auf das Erreichen eines Höchstmaßes an Gesundheit, um ein Leben in Würde führen zu können. Menschen sollen in ihrer Gesundheit nicht beeinträchtigt werden.

Die Grundidee eines MaG ist zum einen die Freiheit über die Selbstbestimmung über die eigene Gesundheit und den eigenen Körper sowie das Recht frei von Eingriffen in die Gesundheit zu sein; zum anderen bedarf es Voraussetzungen für gesunde Lebensbedingungen und eine angemessene Gesundheitsversorgung. Die Hauptverantwortung für die Umsetzung der Menschenrechte tragen die Staaten, für die das Verbot der Verletzung des MaG (Achtungspflicht), das Gebot des Schutzes des MaG der Menschen vor nichtstaatlichen Eingriffen (Schutzpflicht) sowie das Gebot der Schaffung von Voraussetzungen für die Nutzbarkeit des MaG besteht. Diese Pflichten implizieren das Verbot von Zwangsbehandlungen und der Verwehrung medizinischer Versorgung.

Der UN-Ausschuss hat das MaG insofern konkretisiert, als er für die Gesundheitsversorgung Kategorien wie *Verfügbarkeit*, *Offener Zugang*, *Annehmbarkeit* und *Qualität* ansetzt. Gemäß der genannten Kategorien ist auch im Kontext von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte u.a. maßgeblich, dass die Gesundheitsversorgung diskriminierungsfrei, physisch, wirtschaftlich und informiert zugänglich sein muss.

In Deutschland lassen sich aus menschenrechtlicher Sicht diesbezüglich und mit Blick auf das Gesundheitssystem in der Gesundheitsversorgung von geflüchteten Menschen Probleme feststellen.

So ist der Versorgungsstand auf Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes durch gesetzliche Einschränkungen des Leistungsumfangs gegenüber gesetzlich Versicherten, trotz Diskriminierungsverbot, rückständig, obschon gerade Geflüchtete durch ihre Fluchterfahrung und ihre prekäre Lebenssituation auf eine umfassende gesundheitliche Versorgung angewiesen sind.

Bereits 2014 und 2018 stand Deutschland durch den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte in der Kritik, Geflüchteten zunächst nur einen Rechtsanspruch auf eine Akut- und Schmerzbehandlung zu gewähren. Darüber hinaus bestehen in der Praxis weitere rechtliche, sprachliche und bürokratische Zugangsbarrieren und Versorgungslücken sowie strukturelle, direkte und indirekte Diskriminierung im Gesundheitsbereich auch bei der Behandlung selbst und bei Menschen mit Migrationshintergrund, die im Gesundheitswesen tätig sind (ungleiche Berufs- und Aufstiegschancen). Diese Diskriminierung sollte, so Krennerich, intersektional in den Blick genommen werden.

Migrantische Repräsentation und Teilhabe in zivilgesellschaftlichen Organisationen für Menschen mit Behinderung von Helen Baykara-Krumme

Prof. 'in Dr. 'in Helen Baykara-Krumme setzte sich in ihrem Vortrag mit der migrantischen Repräsentation und Teilhabe in zivilgesellschaftlichen Organisationen für Menschen mit Behinderung auseinander und thematisierte die Hyperfokussierung auf die Differenzkategorie Behinderung verbunden mit der Gefahr einer Vernachlässigung von Mehrdimensionalität und Intersektionalität und den daraus folgenden Benachteiligungen.

Integrationsprozesse beruhen auf der Wechselwirkung von Zuwanderung und Aufnahme. Organisationen bedürfen der Offenheit gegenüber Neuankömmlingen, so Baykara-Krumme. Ohne Berücksichtigung der Geschichte, des kulturellen und religiösen Hintergrundes oder der Sprachkenntnisse von Eingewanderten werde der Zugang zu Teilhabemöglichkeiten erschwert.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben als Dienstleister, Themenanwälte und Orte politischer Sozialisation und Kommunikation eine Mittlerrolle zwischen Staat und Individuen und deren Partizipationsmöglichkeiten. Empirische Befunde zu Teilhabeinfrastrukturen zeigten jedoch, dass der Bedarf an Orientierung an der Schnittstelle Migration und Behinderung auf Organisationsebene unterbewertet wird.

Traumasensibler Umgang mit Geflüchteten von Asita Shirali Dikloo

Die Psychologin Asita Shirali Dikloo schilderte den traumasensiblen Umgang mit Geflüchteten und präsentierte Hinweise für die Praxis. Sie sensibilisierte für die Situation und Herausforderung von geflüchteten Personen, deren Traumatisierung durch Mehrfachbelastungen u. a. durch (Kriegs-)Erfahrungen in den Herkunftsländern, oft bedrohlicher und verlustbringender

Fluchterfahrungen und Erlebnisse in der Zeit nach dem Neubeginn in einem fremden Land entstanden ist.

Belastungs- und Risikofaktoren für geflüchtete Menschen in Deutschland sind insbesondere die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit und schwierige Lebensbedingungen in Flüchtlingsunterkünften. Schutzfaktoren stellen demgegenüber (aufenthaltsrechtliche) Sicherheit, Inklusion und Tagesstruktur mit Zugang zu Sprachkursen und Freizeitaktivitäten und soziale Unterstützung durch ehrenamtlich Engagierte und die Soziale Arbeit dar. Des Weiteren vertiefte sie die Entstehungsbedingungen von Traumata und Traumafolgestörungen und sprach traumapädagogische Handlungsempfehlungen aus.

Arbeitsgruppen

Die vier Arbeitsgruppen boten den Teilnehmer*innen die Möglichkeit Praxisprojekte kennenzulernen, mit den Referierenden ins Gespräch zu kommen und sich untereinander zu ihren Erfahrungen auszutauschen. Zudem konnten einzelne Aspekte aus den Vorträgen aufgegriffen und vertieft werden.

Arbeitsgruppe 1: Öffnung des Regelsystems für traumatisierte Geflüchtete (Asita Shirali Dikloo)

In dieser Arbeitsgruppe wurde zunächst für die multidimensionalen Problemlagen und belastenden Erfahrungen von Menschen mit Fluchtgeschichte sensibilisiert, die potentiell traumatisierend wirken. Dazu zählen Kriegs- und Gewalterlebnisse im Herkunftsland, existentielle Unsicherheiten und Belastungsfaktoren durch Erfahrungen und Herausforderungen, die sich in einem neuen Land als Zufluchtsort ergeben, wie ein drohender Statusverlust, Isolation durch eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten und Diskriminierungserfahrungen. Hinzu kommen unzureichende Kenntnisse über Rechte für Geflüchtete (Asylbewerberleistungsgesetz), die auch auf Seiten des Fachpersonals bestehen. Fehlende Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz für Menschen mit Fluchterfahrungen und Traumatisierung führen zudem zu (ärztlichen) Behandlungseinschränkungen. Da für Asylsuchende und geduldete Personen in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthalts nur eine eingeschränkte medizinische Behandlung vorgesehen ist, sind insbesondere psychotherapeutische Behandlungen mit enormem bürokratischem Aufwand und teils folgenreichen zeitlichen Verzögerungen verbunden. Diese Barrieren bedürfen eines sensiblen, achtsamen, wertschätzenden und stabilisierenden Umgangs in der Arbeit mit und für (traumatisierte) Geflüchtete. Darüber hinaus bedarf es eines geschulten Personals, Sprachmittlung und der Entwicklung von spezifischen Kompetenzen.

Arbeitsgruppe 2: Sprach- und Integrationsmittlung in der psychosozialen Beratung als ein Tool der Arbeit der Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (Sati Arikpinar, SPKoM Köln und Simone Heil, SPKoM Mittleres Rheinland)

Die Arbeitsgruppe setzte sich mit dem gestiegenen Bedarf und den damit einhergehenden Herausforderungen an Sprach- und Integrationsmittler*innen auseinander. Die Herausforderungen und die Relevanz der professionellen Arbeit von Sprach- und Integrationsmittler*innen, die sich u. a. aus unterschiedlichen Kommunikationsweisen und -praktiken ergeben können, wurden durch das Erproben eines Beratungsprozesses mit den Teilnehmer*innen der Arbeitsgruppe verdeutlicht. Auf diese Weise konnten sich die Teilnehmenden ein eigenes Bild eines solchen Beratungsgespräches machen. Einer der Teilnehmenden beschrieb den Ablauf und seine Erfahrungen in der Arbeitsgruppe zu den SIM wie folgt: „Begonnen wurde mit einer kleinen thematischen Fragerunde, um die bisherigen Berührungspunkte der Beteiligten mit der Thematik zu erfahren. Dann hat sich die Gruppe mit dem Suchprozess nach Dolmetscher*innen bzw. Sprach- und Integrationsmittler*innen auseinandergesetzt. Dabei ist aufgefallen, dass die Nachfrage in den letzten Jahren sehr stark angestiegen ist und, dass die SIM somit an Relevanz und Bedeutung gewonnen haben. Danach wurden der Ablauf einer solchen Beratung und die jeweiligen Phasen (1. Einführung, 2. Beratung, 3. Reflexion) erläutert und unter Beteiligung von drei Personen aus der Arbeitsgruppe ein Situationsgespräch mit verteilten Rollen (Klient*in, SIM und beratende Person) geübt. Ich habe dadurch gesehen, welche Wichtigkeit Sprach- und Integrationsmittler*innen haben und welche Herausforderungen damit verbunden sind“.

Arbeitsgruppe 3: Kultursensible Selbsthilfe: Etablierung zielgruppenspezifischer Rahmenbedingungen (Lioba Heuel, Der Paritätische NRW und Silke Goldbach, Selbsthilfekontaktstelle, Diakonie in Südwestfalen, Siegen)

In der Arbeitsgruppe 3 wurde die Frage diskutiert, warum sich die Vielfalt der Gesellschaft nicht in vorhandenen Selbsthilfegruppen widerspiegelt. Stattdessen seien weniger Menschen mit Migrationsgeschichte als ohne in der Selbsthilfe vertreten.

Die Gründe hierfür könnten u.a. Mittelschichtbias, Sprachbarrieren, erschwerte Zugänge durch kulturell begründete Berührungspunkte mit spezifischen (Tabu)themen sowie die Inexistenz des Selbsthilfebegriffs in einigen Sprachen sein. Deutlich wird dadurch die Notwendigkeit und das Ziel aktivierender Selbstwirksamkeit durch kultursensible Selbsthilfegruppen, die als Ergänzung zu professionellen Hilfen anzusehen sind.

Der Spitzenverband Der Paritätische NRW versucht seit 2008, Selbsthilfeangebote für Migrant*innen zu ermöglichen und diese durch die Zusammenarbeit mit gruppeninternen Akteuren, wie Kulturvereinen, die mit der Zielgruppe vertraut sind, aber auch Menschen mit

Migrationsgeschichte, die als Selbsthilfebeauftragte arbeiten, attraktiver zu gestalten. Aktuell besteht eine Kooperation zwischen dem Paritätischen NRW und dem afrikanischen Verein African Mums. Mit dessen Gründerin Maame Amoo wurde ein Werbevideo unter dem Motto „Mehrsprachig | Trau dich, gehe in eine Selbsthilfegruppe! Du bist nicht alleine mit deinem Problem.“ Produziert, in dem die verschiedenen fremdsprachigen Selbsthilfegruppen des Paritätischen vorgestellt werden. Die dort behandelten Themen umfassen die Bereiche Sprache, Bürokratie und Recht, Gesundheit, Häusliche Gewalt, Trauma und Heilung, Stigmatisierung, Rassismus u.a. im Gesundheitswesen, kulturelle Unterschiede und innerhalb der jeweiligen Community teilweise tabuisierte Themen wie z. B. psychische Erkrankungen.

Arbeitsgruppe 4: Diskriminierung im Gesundheitswesen – Ergebnisse aus dem Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa), (Tae Jun Kim, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung)

In der Arbeitsgruppe 4 unter der Leitung von Tae Jun Kim (Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung) wurde über das Vorkommen und die Auswirkungen rassistisch motivierter Diskriminierung im Gesundheitswesen gesprochen. Zunächst stellte Herr Kim Funktion und Arbeitsweise des Rassismusmonitor NaDiRa vor. Er basiert auf langfristigen und wiederholten Bevölkerungs- und Betroffenenbefragungen im Längsschnitt mit dem Ziel, ein empirisch basiertes Gesamtbild bzgl. Ursachen, Ausmaß und Folgen von Rassismus in Deutschland zu gewinnen.

Nach den bisherigen Ergebnissen zeigt sich die Benachteiligung im Gesundheitswesen u. a. in unzureichender Schmerzmedikation aufgrund rassistischer Vorurteile und fehlenden Kenntnissen des medizinischen Fachpersonals über gesellschaftsspezifische Krankheiten. Interpersonelle Diskriminierung führt darüber hinaus zu Verweigerung von Behandlungen, längeren Wartezeiten, kürzeren Behandlungszeiten und einem respektlosen Umgang und infolgedessen zu einer geringeren Inanspruchnahme von gesundheitlichen Leistungen. Rassismus wirkt sich demnach direkt auf die Gesundheit der Betroffenen aus. Institutioneller Rassismus ist durch geringere Interaktion und erhöhte Informationsdefizite, fehlende interkulturelle und fachliche Kompetenzen und Diskriminierung aufgrund des Aufenthaltsstatus durch eingeschränkte Ansprüche auf Gesundheitsleistungen gekennzeichnet.

Literatur

Landschaftsverband Rheinland (LVR). (2023). Sozialpsychiatrische Kompetenzzentren (SPKoM).

https://www.lvr.de/de/nav_main/kliniken/verbundzentrale/frderundmodellprojekte/frderprogramm/sozialpsychiatrischekompetenzzentrenmigrationspkm/sozialpsychiatrischekompetenzzentrenmigrationspkm_2.jsp

Mecheril, P. (2016). Migrationspädagogik: Ein Projekt. In P. Mecheril (Hrsg.), *Handbuch Migrationspädagogik* (S. 8–31). Beltz-Juventa.

Winzenried, H. (2023). Inklusionsorientierte Dienste in der Migrationsgesellschaft. In M. Düber, A. Rohrmann & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Lebenshilfe-Verlag.

5.12 Life Course Transitions and Trajectories of Persons with Disabilities in West African Societies – Prospects for Project Phase Two

Lars Wissenbach, Paul Anderson, Efua Mantey Agyire-Tettey & Johannes Schädler

Introduction

The Centre for Planning and Development of Social Services (ZPE) and the University of Ghana have been cooperating on research and development projects in areas of local social policy and disability in recent years. From September 2020 to January 2024, they jointly implemented the first phase of the project 'Life Course Transitions and Trajectories of Persons with Disabilities in West African Societies' (LICOT-WASO). As a joint PhD programme funded by the German Federal Ministry for Education and Research (BMBF), LICOT-WASO established a West African research group at the University of Ghana in Accra. ZPE coordinates the programme in close cooperation with the Department of Social Work, the Centre for Gender Studies and Advocacy (CEGENSA), and the Institute of Statistical, Social and Economic Research (ISSER) at the University of Ghana. The research group represents a diverse set of disciplines including African Studies, Migration Studies, Geography, Adult Education and Human Resource Studies, Population Studies, and Development Studies. Life course theory provides the umbrella framework for the PhD projects that are currently implemented in Ghana and other West African countries. These projects look at disability from the perspectives of different phases of life, areas of life or social functional systems in the contexts of childcare, education, arts, migration, sexuality, mobility, and leadership.

In the course of project phase one, the University of Ghana established a new Centre for Disability Studies and Advocacy (CEDSA). The centre seeks to widen and intensify disability-related research in Ghana and beyond. From February 2024, the LICOT-WASO project will enter into a second project phase of two years that will be jointly hosted and coordinated by ZPE and CEDSA. For this second phase, research activities will focus on the transitions of students with disabilities from higher education institutions to local labour markets in Ghana. The text casts a glance at the history of life course research and basic concepts that provided the theoretical framework for the project so far. In a second step, it provides insights into the concept and thematic focus of the second project phase.

Life Course Theory

Societies around the globe are structured according to certain life course patterns that give their members institutionalised expectations for a certain age, i.e. expectations about what an individual should do or achieve at a certain stage of life. In such a perspective, to develop their biography, people move from one stage of life to another – from the institutions of early childhood to

those of old age. It is generally recognised that such 'life course trajectories' are associated with several risks. Neither all stages nor the transitions that form an individual life course necessarily match individual and/or collective expectations. Yet, actively meeting the challenges of a 'normal life path' can be seen as a driver of development for individuals to realise their potential and their aspirations for autonomy and self-determination. In this process, most people can rely on role models, informal support structures, professional services, and supportive public infrastructure in their living environments.

These theoretical assumptions about the significance of a life course for the personal development of the individual have become an essential foundation of ethnology, developmental psychology, and educational and social sciences.³⁶ At the beginning of the 20th century, ethnologist Arnold van Gennep examined the 'rites des passages' in various non-European cultures and found that human biographies are structured by transitions (van Gennep, 2005). American psychologist Glen Elder researched the biographies of people born in the United States during the Great Depression. Framing key terms such as "trajectory", "transition" and "turning points", Elder developed an ecological perspective to explain the development of biographies in the context of social change processes (Elder 1974; 1995). From a sociological perspective, the German Martin Kohli (1985) undertook important research on the 'institutionalisation of a three-part life course' with the phases of childhood and education, adulthood and productivity, and ageing and retirement as central elements. He identified welfare state arrangements as structuring elements for life courses in Western societies.

In current life course research, the concept of transition is a guiding element. Sackmann & Wings (2001) define transitions in contrast to the concept of events not only as punctiform changes of state but as processes i.e. as changes in the course of life that can take more or less time. Due to the good operationalizability of the transition concept, the authors mentioned above refer to current life course research as transition research. From a social science perspective, Walter and Stauber (2007) describe transitions as a task of mediation between individual human life and social structure. They propose to examine transitions from two perspectives: a) from a structural perspective (transition structures) and b) from the internal view of individuals (subjective experience of transition). In processes of intensive social 'modernisation', such as those that have been taking place for some time in West African countries, the structures of transition change. Changed transition structures in turn affect the subjective experience of transitions.

³⁶ The authors are aware of the broad scientific discourse and the large number of scientific publications in the field of life course research, that can only be summarised here in a rather selective and general manner.

The British researcher Mark Priestley (2001) transferred the life course approach to the field of support for people with disabilities by assuming a continuous 'de-standardization' and the persistence of traditional patterns. He examined the risks of exclusion from the 'normal life course' for people with severe impairments and found high risks of exclusion when people with disabilities are forced into discriminatory and pathogenic role models such as the 'eternal child' or the 'early retired'. As a result, appropriate roles of competent adults become inaccessible and the personal development of people with disabilities becomes more challenging than for their peers without disabilities. Failure to reach the next development stages of a 'public life course' (Elder) can lead to individual resignation, apathy, depression and lasting social dependency, especially among people with disabilities.

In their work on inclusive local planning models for the implementation of the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD), Rohrmann et al. (2014) explicitly referred to the theoretical framework of the life course perspective. Evidence suggests that although people with disabilities often might need specific support in all phases of life, especially situations of transition between life situations (transitions) are phases of increased vulnerability and increased risk of exclusion (Priestley, 2001; Lempp, 2001; Haveman & Stöppler, 2010; Shandra, 2011; Stewart et al., 2015; Welti & Herfert, 2017). They also have to cope with problems arising from the interaction of individual impairments and various barriers in the social and physical environment. For these reasons, transition processes in the life course of people with disabilities are often more challenging than for their peers without disabilities. And it is not that rare for persons with disabilities to be denied access to the next phase.

For societies of the so-called Global North, a relatively broad spectrum of empirical evidence is available about experiences with socio-normative transitions in life courses, which also includes the situation of people with disabilities (ibid.). This is not the case for Ghana and other countries in sub-Saharan Africa. So far, there is only scattered research on the transition experiences between certain stages of life of people with disabilities in the Global South (e.g. Groce, 1999, 2004; Gregorius, 2014). Traditional life course patterns that have a subsistence economic basis and are located in the community structures of the extended family, village and tribal affiliations continue to have a formative effect. They are in increasingly strong conflict with 'new' life course patterns, which result from globalisation, urbanisation and digitalisation processes as well as the requirements of knowledge societies in many African countries. These new structural life situations require more and more people to go through extended phases of education and qualification, for example, and often lead to increased dependency on organised social services that were previously provided within the family or local community. However, a systematic theory formation on socially normed transition processes in African societies has not yet been sufficiently developed from the

perspectives of social science. So far, there is hardly any critical engagement with life course theory from an African perspective and no scientific discourse on the life course approach to disability and inclusion in contemporary African research.

This does not remain without consequences for policies and planning approaches, for example with regard to the development of social protection systems in African countries, which are explicitly and implicitly oriented towards Western models and assumptions about life courses, not least through the strong influence of international development stakeholders. In contrast, however, the understanding of the different stages of life and transitions is strongly embedded in social space. Different societies and cultures emphasize different elements and ascriptions of meaning. An empirically based African debate at the interface of science, policy, and practice of social work on experiences with life course transitions promises to make important contributions to inclusive policy design and implementation in the growing welfare systems of African states. While 80 per cent of people with disabilities worldwide live in countries with medium and low average incomes (WHO & Weltbank, 2011), the discourse on disability factors within social structures tends to be dominated by the Global North (e.g. Stone, 1999; Priestly, 2001; Grech, 2012, 2015; Grech & Soldatic, 2016). In the context of the development of social protection systems in countries of the so-called Global South, the realities and biographical challenges of people with disabilities have not yet been adequately addressed (e.g. UN, 2015; Wissenbach, 2017; Kidd et al., 2019).

Basic human rights specified in the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) and the inclusion of people with disabilities have been enshrined in numerous policy areas and have also become an issue of decentralisation and local development in African countries. Corresponding national provisions are often based on the CRPD, the 2030 Agenda for Sustainable Development, and the UN-HABITAT III New Urban Agenda, but also on regional legislative and policy frameworks such as the 'Protocol to the African Charter on Human and Peoples' Rights on the Rights of Persons with Disabilities in Africa' (Disability Protocol) (AU 2018) and the 'African Union Disability Strategic Policy Framework' (AU, 2019). To be able to implement such guidelines appropriately, scientific evidence about the realities of life and biographical challenges of people with disabilities in African societies can be assumed a decisive prerequisite for informed planning and development processes.

Agyire-Tettey et al. (2019) investigated the possibilities of transforming an inclusive local planning approach developed by ZPE to become a practicable instrument of inclusive local planning for Ghanaian local governments. Although the instrument was heavily customised in some parts, the overall results were still rather dissatisfactory. Results suggested a research need on the experiences with life course patterns of people with disabilities in African societies to inform the

development of inclusive social protection and development planning concepts as well as a culturally responsive perspective on the usability of Western approaches. This applies in particular to the lack of evidence on transitions and courses in the biographies of people with disabilities (trajectories), problematic or successful coping strategies and enabling contextual factors for successful individual coping processes. Against this background, an urgent research interest in a culturally embedded analysis of transition processes in the life course of people with disabilities (among others) developed from the experiences of the research cooperation between the University of Ghana and the University of Siegen.

Selected aspects of life course-related research in West African Contexts

Life course theories are interdisciplinary explanatory models that play a central role in the social science discourse of Western countries. Sociological and psychological life course theories have been developed under the social conditions of the industrialised countries of the so-called Global North. In the past decades, they have been used intensively to empirically examine the living conditions of people in different life situations. Overall, this has revealed the potential of the approach to explain how history, culture and social institutions, but also human agency per se, shape the lives of individuals. The diverse research findings were highly relevant to social policy and could be used for the (further) development of social welfare systems.

Linking individual life situations to general life course patterns of societies provided both conceptual and methodological insights for research activities aiming to better comprehend the life situations of people with disabilities. However, these research activities have so far been almost exclusively related to social conditions in industrialised countries. With such theoretical framings, just as with international classifications like the 'International Classification of Functioning, Disability and Health' and Human Rights Conventions such as the CRPD, the international community made big steps towards a common language in disability disability-related discourse, the processes of inclusion and exclusion. But the extent to which this ambition is realised requires critical scrutiny. Do we mean the same when using the same terminology in discussions on disability across countries and continents? To what extent do long traditions of industrialisation in capitalist societies shape the institution of life course around the globe? And, what are the institutions of life course in countries with different social and economic development paths? Does life course theory offer a common language and way of looking at inclusion and exclusion dynamics in societies around the globe, and across sectors? Or is it more a Western concept that remains blind to the ontologies of other societies? It is these questions that are driving the LICOT-WASO programme. The programme is not interested in an unreflective application of Western theoretical approaches to West African contexts. Rather, it looks

for a critical engagement with life course theory from a West African perspective. Meaning, a critical unpacking of the extent to which life course theory holds up to non-Western thinking and doing.

So far, existing conceptualisations and empirical findings on the topic of life course and disability hardly reflect (West) African social contexts. Against this background, the LICOT-WASO project pursues the core question of whether and how the heuristic potential of life course theories can become instrumental to a better understanding and improvement of the situation of people with disabilities in Ghana and other West African countries. As part of their research projects, the doctoral researchers were encouraged to discuss central concepts of life course research in the context of their research questions and study designs. In the academic discourse, the following questions were characteristic and are dealt with in more detail in the outcomes of the programme.

a. The institutionalised life course as a social construct in West African societies:

There is a certain consensus that people's biographies are structured by the 'institutionalised life course', i.e. by stable assumptions in societies about how a 'normal' life course of individuals should be shaped. People are supposed to fulfil normative expectations at certain stages of life to lead a 'successful' life. The three- or four-part institutionalised life course model of the West is only very limitedly transferable to West African societies since the construction of life phases such as youth or old age is bound to specific assumptions of industrial societies. Life course assumptions in West African societies have a specific tradition that is currently undergoing intensive processes of change. This also affects the life course expectations of people with disabilities. The discussions address questions about both the social construction and the access of people with disabilities to the institutions of a perceived 'normal' course of life in the fields of education, employment or the context of partnership, family and community life. What are the effects of exclusion from these institutions?

b. Transitions and trajectories as structural features of the life course in West African societies:

A 'life course' is a long-term pattern of life in which transitions between different phases and areas of life are embedded. Transitions in individual lives form a life course that is understood either in relation to a specific area of life ('my educational path') or in a comprehensive view ('my biography'). Transitions can relate to family life, e.g. marriages, births, divorces, remarriages, and deaths. They can also relate to small groups, communities and formal organisations. They include exits and entries of members as well as changes in status and roles. Transitions are phases of increased individual vulnerability. Ongoing discourses in the research context of the LICOT-WASO project address issues of restrained access of people with disabilities to certain roles and institutions considered common at different stages of life. If physical or cognitive impairments are subject to specific forms of stigmatisation in West African

contexts, how does this affect the experience and shaping of transitional phases of people with disabilities?

c. 'Cohort' and 'Generation' in traditional and changing spheres of West African Societies:

In life course research, a 'cohort' refers to a group of people born in the same period who experience certain social changes within a certain culture in the same order and at the same age. A birth cohort becomes a generation when it develops a shared sense of its social history and a common identity. West African societies experience intense periods of upheaval in the post-colonial phases, in which traditional value systems are confronted with 'modernisation' and individualisation demands. In the research context of the LICOT-WASO project, questions are posed about what it means for people with disabilities to belong to a particular cohort in urban and rural regions and what strategies can be identified as to how a particular cohort tries to cope with the particular circumstances they face.

d. 'Critical life events' and their effects in the context of disability in West African societies:

In life course research, 'critical life events' are considered to be significant events that bring about a relatively abrupt change in previous everyday life and can have serious and long-lasting effects. Life events can be predetermined by social norms or occur suddenly and unexpectedly. The impairment of a newborn child or the occurrence of an impairment resulting from an accident can cause a crisis for those affected. However, overcoming crises can also be seen as a driving force for the development of personality. In the context of the project, it is therefore discussed which facilitating and constraining conditions influence subjective coping strategies of people with disabilities and their family members or relevant social environment.

e. 'Human agency' as an organisation of self and interests of people with disabilities in West African societies:

In life course research, it is assumed that individuals can relate to the social expectations placed on them, i.e. that they have 'agency', hence, the capacity to make choices and to impose those choices on the world. This means that individuals construct their life course by trying to shape their life path through active intervention. Three types of agency can be distinguished: a) personal agency, b) representational agency, and c) collective agency. In the research context of LICOT-WASO, questions are asked about forms of shaping agency at different levels, including in the field of organisations of people with disabilities.

Transitions of persons with disabilities from higher education to the labour market

Based on the above theoretical framing, phase two of the LICOT-WASO project will narrow down its focus on the transitions of persons with disabilities from higher education to local labour markets in

Ghana. The following section will outline the policy framework as well as the state of research that forms the starting point for this endeavour from a Ghanaian perspective.

The legislative and policy framework

Across the globe, people with disabilities have unequal access to education and employment (cf. WHO, 2011). The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD) obliges States Parties to ensure that persons with disabilities can access general tertiary education, vocational training, adult education and lifelong learning without discrimination and on an equal basis with others (UN, 2006, art. 24(5)). Further, it provides for the right of persons with disabilities to work in a labour market and work environment that is open, inclusive and accessible to persons with disabilities (ibid., art. 27). Ghana signed the CRPD in 2007 and ratified it in 2012 and has thus committed to implementing this provision. On a global policy level, the UN 2030 Agenda for Sustainable Development, in particular Sustainable Development Goal (SDG) 4 aims at inclusive and quality education for all at all levels, including for people with disabilities in tertiary education.

Tertiary education in Ghana consists of Universities, Colleges of Education, Nursing Training Colleges and Technical Universities. As of 2018, there were a total of 194 accredited tertiary institutions in the country. These were made up of Distance Learning Institutions (2), Private Colleges of Education (2), Private Nurses Training Colleges (13), Private Polytechnic (1), private tertiary institutions offering degree and Higher National Diploma (HND) programs (76), Public Degree Awarding and Professional Institutions (7), Public Nursing Training Colleges (44), Public Technical Universities (10), Public Universities (16), Regionally-owned Tertiary Institution (1), Registered Foreign Institutions (2), Tutorial Colleges (3), Public Colleges of Education (17) (Ghana National Accreditation Board, 2022). Ghana's tertiary education sector is recognised as one of the region's success stories due to its relatively high enrolment rates (1,370 per 100,000 inhabitants) and high governmental expenditures (13% of total spending on education is dedicated to tertiary education) (Darvas et al., 2017, as cit. in Braun & Naami, 2021). However, evidence on the representation and experiences of students with disabilities in higher education in Ghana is still scarce.

The 1992 constitution of Ghana states that "higher education shall be made equally accessible to all, on the basis of capacity, by every appropriate means, and in particular, by progressive introduction of free education" (Gov. of Ghana, 1992, para 25c). It further states that the State shall provide "equal access to university or equivalent education" (ibid., para 38(3a)) and that "[t]he State shall afford equality of economic opportunity to all citizens" (ibid., para 36(6)). To achieve this, Ghana has passed legislative and policy provisions in recent years. However, both the Disability Act (Act 715) and the Mental Health Act (Act 846) do not include specific provisions concerning tertiary education and employment of graduates. The Education Act (Act 778) defines inclusive education as

“the value system which holds that all persons who attend an educational institution are entitled to equal access to learning, achievement and the pursuit of excellence in all aspects of education; and which transcends the idea of physical location but incorporates the basic values that promote participation, friendship and interaction” (Gov. of Ghana, 2008, art. 5 (4)). The Ghana Inclusive Education Policy officially launched in 2016 assigns the National Accreditation Board to “ensure that all tertiary institutions adhere to the principle of universal design for learning. All tertiary institutions shall have well-equipped resource centres and personnel to support students with special educational needs. All tertiary institutions shall ensure that their premises, personnel, and students are ready for the practice of IE [Inclusive Education]” (Gov. of Ghana, 2013, sec. 5.1.1.2.3). The 2022 Alternative Report to the United Nations on the Implementation of the CRPD in Ghana, however, argues that the Inclusive Education Policy has not been operationalised (GFD, 2022; for a discussion on the implementation see also Nketsia, 2018).

In the area of employment, the Labour Act (Act 651) prohibits discrimination on the grounds of disability (Gov. of Ghana, 2003, art. 14) and makes specific provisions for the employment, training and retraining of persons with disabilities (ibid. art. 3, 45-54). With regard to public employment, the Public Service Commission’s (PSC) Human Resource Management Policy Framework and Manual for the Ghana Public Services promotes reasonable accommodation, makes clear requirements on the employment of persons with disabilities and aims at gender and disability balance in public services at all levels (Gov. of Ghana, 2015). While the enhancing legislative and policy framework for inclusive education and employment in Ghana appears promising, scientific evidence on its implementation and effects remains scarce, especially concerning the field of tertiary education of persons with disabilities and their transitions to the world of work. Recent case studies suggest that e.g. the inclusive education policy has not fully translated into institutional policies and provisions dedicated to supporting persons with disabilities in public universities (e.g. Mensah, 2020). Against this background, scientific evidence on the experiences people with disabilities in Ghana make in their transitional processes could inform future policy design and implementation.

State of research globally

Despite enhancing international and national legislation for the promotion of equal opportunities in education and reasonable accommodations, students with disabilities in higher education often have to act on their own initiatives to negotiate and obtain individual accommodations (Goodall et al., 2022). Frequently, they have to deal with additional issues such as stigma, social isolation, and discrimination. They are facing additional challenges in organising transitions from higher education to employment and are less likely to be hired compared to graduates without disabilities (ibid.). Assuming that disability arises from the interaction between a person and her*his physical and social environment moves the latter aspect into focus. It is a person’s physical and social

environment in education and work where barriers take concrete shape and are to be addressed. To create more inclusive educational and working environments, barriers and facilitators within these environments need to be identified and assessed through scientific research. A particular challenge is posed by the transition phase, in which these environments (have to) undergo significant changes. The process of transitions, in particular, is associated with increased vulnerability. Familiar structures and support systems fall apart and have to be replaced by new ones that facilitate access to and participation in local labour markets. It is these transition processes between higher education and local labour markets that provide the particular field of interest for the second phase of the LICOT-WASO programme.

The number of students in higher education has seen a steady increase in many countries, including Ghana. During higher education, many students develop professional identities in preparation for entering the world of work (Goodall et al., 2022). However, in addition to access, it is necessary to facilitate permanence and promote the success of students with disabilities, their participation in all aspects of higher education environments, their graduation and, most importantly, the transition to and their integration into local labour markets. As such, students with disabilities commonly face additional challenges compared to their non-disabled peers, as they often have to work beyond their capacity to prove themselves as competent learners in the face of ableist expectations (ibid.; Olsen et al., 2020). Higher education institutions across the globe still face the challenge of moving towards inclusion and promoting accessible educational infrastructure, inclusive curricula and a transformation of teaching practices. Access to labour markets remains challenging due to discrimination including conditions of recruitment, hiring and employment, continuance of employment, career advancement and safe and healthy working conditions as well as a lack of reasonable accommodation in the workplace. Graduates with disabilities frequently find it challenging to find internship opportunities, face stereotypes about disability and experience companies not being prepared to respond to their work-related needs and provide reasonable accommodation in the workplace (Goodall et al., 2022; Moriña & Biagiotti, 2022; Odame et al., 2021). In cases where impairments are not visible, students are often embarrassed to disclose support needs in the workplace and prefer to renounce the accommodations they need due to fear of being stigmatised and discriminated against by co-workers (Moriña & Biagiotti, 2022; Kiesel et al., 2018).

In recent years, universities have developed structures and tools to respond to respective shortcomings and the needs of students with disabilities. These include the introduction of university disability services and measures to facilitate integration into the labour market, i.e. specific work-focused activities such as interview practice, CV workshops and conferences with company managers, job search guidance, internships and awareness creation of disability

discrimination legislation (Moriña & Biagiotti, 2022). Experiences with internship and job placement initiatives are mixed. In addition to prejudices and stereotypes about the concept of disability, physical barriers and the attitude of companies reduce the possibilities of accessing the world of work (ibid.). On the other hand, studies suggest that institutions that promote equality and safeguard diversity succeed in creating environments that enable all staff to express their strengths. Companies that implement disability-inclusive practices can tap into a wide pool of skills and talents (Cage et al., 2021). In the same vein, the work of Odame et al. (2021) highlights that companies that made space for graduates and in which graduates with disabilities can test themselves noted and recognised the effectiveness of the services offered by universities. Nonetheless, evidence suggests that students with disabilities must often work beyond their capacity to succeed in higher education and access opportunities for meaningful employment (Goodall et al., 2022).

Based on a systematic review of what has been studied about graduates with disabilities and their academic university and work experience, Moriña & Biagiotti (2022) emphasize an urgent need for further research on the trajectories of graduates with disabilities and their inclusion in the academic and professional world. In the past years, international studies have been concerned with analysing the barriers and supports encountered by students with disabilities (Moriña & Biagiotti, 2021; Nguon, 2015) or inclusive practices and faculty training (Carballo et al., 2021). However, the analysis of the experiences of graduates with disabilities has received minor attention, in particular when it comes to aspects of transitions from higher education into local labour markets (Goodall et al., 2022; Cage et al., 2021; Kiesel et al., 2018; Pesonen et al., 2021). Scholars identify a range of different types of barriers and facilitators (such as disclosure, attitudinal, institutional, accommodations, accessibility, discipline-specific, and disability-specific) that are highly complex and interactional (see e.g. Goodall et al., 2022). Several scholars highlight the development of a range of personal competences as being key for students with disabilities to cope with the many demands of university life, transition and labour market environments (e.g. Lizotte, 2018; Nolan & Gleeson, 2017; Kimball et al., 2016). Against this background, scholars suggest that universities are to develop training programmes addressing these competences (e.g. Moriña & Biagiotti, 2022). In addition, they advocate for strengthening collaborations between universities, institutions of the labour market and students with disabilities to educate and predispose staff in both the education and labour sectors to successfully train and employ people with disabilities (ibid.; Goodall et al., 2022).

In conclusion, universities are strongly requested to take care of the transition processes from the academic environment to the world of work. Respective strategies ideally have to be based on scientific evidence on the barriers and facilitators in these transitions of people with disabilities from higher education to employment.

Current state of research for the case of Ghana

In regard to Ghana, recent studies indicate that individuals with disabilities have a higher chance of securing employment if they have achieved a higher level of education. Nonetheless, findings from scientific studies indicate a low probability rate for people with disabilities in Africa in general and Ghana, in particular, to gain employment compared to people without disabilities (e.g. Odame et al., 2020; Afoakwa & Dauda, 2016). During higher education, Ghanaian students with disabilities experience numerous barriers. Beyond stigmatisation and discrimination, they partly face serious challenges in terms of the accessibility of information and communication, transportation and the physical environment of universities (Braun & Naami, 2021; Odame et al., 2020; Tudzi et al., 2017). In addition, students have the impression that university administration tends to treat concerns of students with disabilities as secondary (e.g. Tudzi et al., 2017). Even though a growing number of studies draw attention to the experiences of persons with disabilities and their participation in universities, less attention has been paid to their transitions from higher education to work.

Generally, in Ghana, graduates with disabilities face a highly competitive labour market. According to a survey conducted by CCD Ghana (2016), more than half of the university graduates interviewed (n=200) indicated that they were unemployed, even though some had left school more than 5 years ago. The study observed particularly high unemployment among graduates of arts and general science courses compared to medical science/nursing and administration courses. While tertiary education in Ghana has expanded steadily in recent years, the current labour market does not provide the capacity to accommodate the number of University graduates (ibid.). Besides the field of study, personal attributes, previous work experiences (with a high relevance of internships and voluntary work), the reputation of the University and grades were ranked highest in job placement processes (ibid.). Against this background, due to hardship and pressure to find employment to sustain the livelihoods of themselves and their families, many graduates are encouraged to accept any employment opportunity that comes their way.

Overall, studies suggest that students and graduates with disabilities have to work harder than students without disabilities to prove their competence and to access meaningful employment (Goodall et al., 2022). Based on a medical model of disability, many staff, students without disabilities, and supervisors consider disability as a problem related to the individual, hence, a problem which the person her/himself must work to overcome. Poor understanding of disability issues and superstitious beliefs frequently result in a lack of support from students and staff without disabilities (Akoto, 2021). Taken together with the ableist expectations that exist in academia, both a medical model perspective as well as spiritual conceptions towards disability can pressure students with disabilities into working beyond their capacity (Goodall et al., 2022). In the case of Ghana, this is likely to reinforce at the intersection of medical and spiritual conceptualisations of

disability. Afoakwa & Dauda (2016) found that oftentimes Ghanaian employers equate disability with inability to perform and do not look for the particular competence of the individual. Even though persons with disabilities have the requisite qualifications for jobs and are short-listed for interviews, they are frequently unable to secure jobs. Upon seeing them, employers often devise ways to deny them being employed (ibid.). For students with visual impairments, Odame et al. (2021) found that graduates acquired relevant work-related capabilities from their university education through both curricular and extra-curricular activities. Nonetheless, they encountered considerable challenges during their transition period and were confronted with serious barriers at the workplace. Findings further suggest that functional limitations or disabilities experienced by graduates did not necessarily result from their impairment but from contextual hindrances in their physical and social university education and workplace environments.

Concerning opportunities for persons with disabilities to pursue a professional career, Aboagye Aryeh (2022) further discusses the loose definition of disability as a restriction of performing tasks. In many societies in Africa, based on a spiritual model of disability, persons with disabilities are considered cursed, rendering them generally ineligible to hold numerous positions in African societies, including those in the economy and academia (ibid.). This also enforces marginalisation, discrimination and stigmatisation of students with disabilities in higher education (Akoto, 2021). Odame et al. (2020) emphasize that negative attitudes and a lack of understanding of disability has an adverse impact on the transition processes and employability of persons with disabilities. In this context, Morley and Croft (2011) emphasise a need for higher education stakeholders in Ghana to engage with culture and discourse on disability with regard to the interaction between personal factors, environments, economy, attitudes and impairment that constructs and deconstructs disability in higher education and in transition to the world of work. They particularly argue for an enhanced role of universities in producing and disseminating knowledge for social change. For higher education institutions, scholars emphasise the importance of having sensitised, informed, and trained faculty members who know how to offer tools and strategies that facilitate academic success for all students, including those with disabilities (Akoto, 2021; Odame et al., 2019; Huber et al., 2016). Concerning labour markets, Odame et al. (2020) further argue for direct university involvement in the transition process and direct engagement with employers to support matching and provisions for reasonable accommodations of workplaces. In a recent study on transitions of graduates with disabilities, participants recounted the absence of transition programmes to enable them to understand employment opportunities, support services and vital information that would enable them to have successful access to employment (ibid.).

Various categories of social inequality and respective intersectionalities play a particular role in the context of education and employment. Recent studies further draw attention to rural-

urban disparity in both education and employment opportunities for persons with disabilities, with particularly low education found among persons with so-called intellectual or visual impairments, women with disabilities, those residing in rural areas, and those living in households with low per capita income (Afoakwa & Dauda, 2016). Despite an enhancing framework of inclusive legislation and policies both at international and national levels as well as an increasing number of structures and activities to make higher education and employment more inclusive of persons with disabilities, studies have consistently identified barriers to the successful participation of students with disabilities in higher education and labour market environments. It becomes evident that a complex set of factors affects the transitions from higher education to employment opportunities for persons with disabilities in Ghana.

Prospects for LICOT-WASO II

As higher education continues to grow at unprecedented rates in sub-Saharan Africa and Ghana in particular, it appears especially important for the lived experiences of graduates with disabilities to become subject to scientific research. Existing gaps in scientific evidence call for the study of complex environment-person interactions in the transition processes of persons with disabilities from higher education to employment. Further, scholars call for a conceptualisation of the production and dissemination of knowledge on the particular barriers and potentials of successful higher education journeys, transitions and labour market integration of persons with disabilities.

The life-course framework, the structural conditions and the scientific work done in LICOT-WASO I build a solid starting point for this endeavour. LICOT-WASO phase two seeks to address both the gap of scientific evidence and the requirement of education formats that address both higher education and labour market stakeholders as well as persons with disabilities and relevant support structures at the local level. The project will research the capabilities and support needs of students with disabilities in the transition from tertiary education to local labour markets. It will further research on the specific receptivity of local labour markets for graduates with disabilities. Based on the research results, in the second step, the project aims at developing and implementing an integrated training concept for students with disabilities, stakeholders in Higher Education Institutions and local labour market representatives. The development process is planned as a co-creative endeavour with representatives of the above stakeholders' groups.

References

Aboagye Aryeh, D. N. (2022). The spiritual model of disability and the reorientation of academic employment infrastructure for persons living with disabilities in Ghana. In McGunnigle, C. (ed.). *Disability and the Academic Job Market*. Wilmington: Venom Press, pp.

African Union (2018) Protocol to the African Charter on Human and Peoples' Rights on the Rights of Persons with Disabilities in Africa. Addis Ababa: AU.

African Union (2019) African Union Disability Strategic Policy Framework. Addis Ababa: AU.

Afoakwa, C.; Dauda, F. (2016). Employment status and educational attainment among disabled Ghanaians. WIDER Working Paper 2016/56. United Nations University - World Institute for Development Economics Research.

Akoto, Y. (2021). The experiences of students with disabilities in a Ghanaian university. University of Canterbury. <https://ir.canterbury.ac.nz/handle/10092/102482> [10.05.2022]

Braun, A. M. B.; Naami, A. (2021). Access to Higher Education in Ghana: Examining Experiences through the Lens of Students with Mobility Disabilities. *International Journal of Disability, Development and Education*, 2021, VOL. 68, NO. 1, pp. 95-115.
<https://doi.org/10.1080/1034912X.2019.1651833> [10.05.2022]

Cage, E.; James, A. I.; Newell, V.; Lucas, R. (2021). Expectations and Experiences of the Transition out of University for Students with Mental Health Conditions. *European Journal of Higher Education*, 12:2, pp. 171-193, DOI: 10.1080/21568235.2021.1917440

Carballo, R.; Morgado, B.; Cortes-Vega, M. D. (2021). Transforming Faculty Conceptions of Disability and Inclusive Education through a Training Programme. *Int. J. Incl. Educ.* 25 (7), pp. 843-859.
<https://doi.org/10.1080/13603116.2019.1579874>.

CDD-Ghana (2016). Higher Education and Labour Market Situation in Ghana: A Case Study of the Relationship between University Education, Labour Market and Government Policies. Accra/Legon, Ghana: Center for Democratic Development (CDD-Ghana).

Darvas, P.; Gao, S.; Shen, Y.; Bawany, B. (2017). Sharing higher education's promise beyond the few in sub-Saharan Africa. Washington, DC: The World Bank.
<http://documents.worldbank.org/curated/en/862691509089826066/pdf/120693-PUB-PUBLIC-PUBDATE-10-25-17.pdf> [10.11.2023]

Elder, G. H. (1974). *The children of the Great depression: Social Change in life experience*. Chicago: University of Chicago Press

Elder, G. H (1995): The Life course paradigm: Social change and individual development. In Moen, Phyllis et al. (eds.) (1995) *Examining lives in context. Perspectives on the ecology of human development*, Washington DC: APA, pp.: 101 – 140.

- Genep, A. van (2005). *Übergangsriten*. 3., erweiterte Auflage. Campus, Frankfurt/New York
- Ghana Federation of Disability Organisation (2022). *Civil Society Organisations Alternative Report On The Implementation Of The Convention On The Rights Of Persons With Disabilities In Ghana*.
https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=800&Lang=en [10.11.2023]
- Goodall, G.; Mjøen, O. M.; Witsø, A. E.; Horghagen, S.; Kvam, L. (2022). *Barriers and Facilitators in the Transition From Higher Education to Employment for Students With Disabilities: A Rapid Systematic Review*. *Front. Educ.* 7:882066. doi: 10.3389/feduc.2022.882066.
- Government of Ghana (1992). *Ghana's Constitution of 1992 with Amendments through 1996*.
https://www.constituteproject.org/constitution/Ghana_1996.pdf [10.11.2022]
- Government of Ghana (2006). *Persons with Disability Act*. Ghana: Act No. 715 of 2006.
<https://www.ilo.org/dyn/natlex/docs/ELECTRONIC/86287/97299/F355459223/GHA86287.pdf>
 [10.11.2023]
- Government of Ghana (2008). *Education Act*. Ghana: Act No. 778 of 2008.
https://www.ilo.org/dyn/natlex/natlex4.detail?p_lang=en&p_isn=83622 [10.11.2023]
- Government of Ghana (2012). *Public Health Act*. Ghana: Act No. 851. Retrieved from:
<http://www.moh.gov.gh/wp-content/uploads/2016/02/Public-Health-Act-851.pdf> [10.11.2023]
- Government of Ghana (2013). *Inclusive Education Policy*.
<https://sapghana.com/data/documents/Inclusive-Education-Policy-official-document.pdf>
 [10.11.2023]
- Government of Ghana (2015): *Service Commission's (PSC) Human Resource Management Policy Framework and Manual for the Ghana Public Services*. Public Services Commission Ghana.
 Retrieved from:
<https://www.psc.gov.gh/file/HR%20POLICY%20FRAMEWORK%20&%20MANUAL.pdf>
 [10.11.2023]
- Grech, S. (2012). *Disability and the Majority World: A Neocolonial Approach*. In Goodly, D.; Hughes, B.; Davis, L. (eds.). *Disability and Social Theory. New Developments and Directions*. Palgrave Macmillan
- Grech, S. (2015). *Decolonising Eurocentric disability studies: why colonialism matters in the disability and global South debate*, *Social Identities*, 21:1, 6-21, DOI: 10.1080/13504630.2014.995347 pp. 6-21.

- Grech, S.; Soldatic, K. (Eds.) (2016). Disability in the Global South. The Critical Handbook. Cham: Springer.
- Gregorius, S. (2014). Transitions to adulthood: the experiences of youth with disabilities in Accra, Ghana. Loughborough University Press.
- Groce, N. (1999): An overview of young people living with disabilities: Their rights and their needs, New York: United Nations Children's Fund.
- Groce, N. (2004). Adolescents and youth with disability: Issues and challenges, Asia Pacific Rehabilitation Journal, 15(2), pp. 13–32.
- Haveman, M.; Stöppler, R. (2010). Altern mit geistiger Behinderung. Grundlagen und Perspektiven für Begleitung, Bildung und Rehabilitation. Stuttgart: Kohlhammer
- Huber, M. J.; Oswald, G. R.; Webb, T.; Avila-John, A. (2016). Degree completion and employment outcomes among graduates with disabilities. Journal of vocational rehabilitation 45, pp. 241-247. doi: 10.3389/fneur.2021.732906
- Kidd, S.; Wapling, R.; Schjoedt, L.; Gelders, B.; Bailey-Athias, D.; Tran, A.; Salomon, H. (2019). Leaving No-one Behind: Building Inclusive Social Protection Systems for Persons with Disabilities. Orpington: Development Pathways Limited
- Kiesel, L. R.; DeZelar, S.; Lightfoot, E. (2018). Challenges, Barriers, and Opportunities: Social Workers with Disabilities and Experiences in Field Education. Journal of Social Work Education, 54:4, pp. 696-708, DOI: 10.1080/10437797.2018.1507365
- Kimball, E. W.; Moore, A.; Vaccaro, A.; Troiano, P. F.; Newman, B. M. (2016). College Students with Disabilities Redefine Activism: Self-advocacy, Storytelling, and Collective Action. Journal of Diversity in Higher Education 9 (3), pp. 245-260. <https://doi.org/10.1037/dhe0000031>.
- Kohli, M. (1985). Die Institutionalisierung des Lebenslaufs: Historische Befunde und theoretische Argumente, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37: 1-29
- Lempp R. (2001) Geistige Behinderung im Lebenslauf. In Deutsches Zentrum für Altersfragen (eds) Versorgung und Förderung älterer Menschen mit geistiger Behinderung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Lizotte, M., 2018. I am a college graduate: postsecondary experiences as described by adults with autism spectrum disorders. Int. J. Educ. Pract. 6 (4), pp. 179-191. <https://doi.org/10.18488/journal.61.2018.64.179.191>.

- Mantey, E. E. (2017). Discrimination against Children with Disabilities in Mainstream Schools in Southern Ghana: Challenges and Perspectives from Stakeholders. *International Journal of Educational Development* 54, pp. 18-25. doi:10.1016/j.ijedudev.2017.02.001.
- Mensah, M. A. (2020). Higher education access and participation for persons with disability in Ghanaian public universities. <https://ro.ecu.edu.au/theses/2364> [10.05.2023]
- Moriña, A.; Biagiotti, G. (2021). Academic Success Factors in University Students with Disabilities: A Systematic Review. *European Journal of Special Needs Education*, 37:5, pp. 729-746, DOI: 10.1080/08856257.2021.1940007
- Moriña, A; Biagiotti, G. (2022). Inclusion at university, transition to employment and employability of graduates with disabilities: A systematic review. *International Journal of Educational Development*, Vol. 93, 2022.
- Morley, L.; Croft, A. (2011). Agency and Advocacy: disabled students in higher education in Ghana and Tanzania. *Research in Comparative and International Education*, Vol. 6 No. 4/2011, pp. 383-399. <http://dx.doi.org/10.2304/rcie.2011.6.4.383>
- Nguon, S. K. (2015). The Impact of Education on the Lives of Young Persons with Disabilities after University Graduation in Cambodia. *Disability, CBR & Inclusive Development* 26 (2), pp. 120-127. <https://doi.org/10.5463/dcid.v26i2.432>.
- Nketsia, W. (2018). Inclusive Education Policy and Practice in Ghana: Air Castle or Realistic Goal?. In Pather, S.; Slee, R. (eds.). *Challenges in Inclusive Education Policy in Africa*. Leiden: Brill, pp. 69-86.
- Nolan, C.; Gleeson, C. I. (2017). The Transition to Employment: The Perspectives of Students and Graduates with Disabilities. *Scandinavian Journal of Disability Research* 19 (3), pp. 230-244. <https://doi.org/10.1080/15017419.2016.1240102>
- Odame, L.; Opoku, M. P.; Nketsia, W.; Swanzy, P.; Alzyoudi, M.; Adusei Nsowah, F. (2020). From university-to-work: an in-depth exploration into the transition journey of graduates with sensory disabilities in Ghana. *DISABILITY & SOCIETY*2021, VOL. 36, NO. 9, pp. 1399-1422. <https://doi.org/10.1080/09687599.2020.1804328>
- Odame, L.; Osei-Hwedie, B.; Nketsia, W.; Opoku, M. P.; Arthur, B. N. (2021). University preparation and the work capabilities of visually impaired graduates in Ghana: a tracer study. *Int. J. Incl. Educ.*, 25 (11) (2021), pp. 1287-1304.

- Olsen, J.; Griffiths, M.; Soorenian, A.; Porter, R. (2020). Reporting from the Margins: Disabled Academics Reflections on Higher Education. *Scandinavian Journal of Disability Research* 22, pp. 265-274. doi: 10.16993/sjdr.670
- Osgood, D. W.; Foster, E. M.; Flanagan, C.; Ruth, G. R. (Eds.). (2005). *On your own without a net: The transition to adulthood for vulnerable populations*. Chicago: University of Chicago Press. DOI: 10.7208/chicago/9780226637853.001.0001
- Pesonen, H. V.; Waltz, M.; Fabri, M.; Lahdelma, M.; Syurina, E. V. (2021). Students and graduates with autism: perceptions of support when preparing for transition from university to work, *European Journal of Special Needs Education*, 36:4, 531-546, DOI: 10.1080/08856257.2020.1769982
- Priestley, M. (Ed.) (2001). *Disability: A Life Course Approach*, Cambridge, Cambridge University Press
- Rohrmann, A.; Schädler, J.; Kempf, M.; Konieczny, E.; Windisch, M. (2014). *Inklusive Gemeinwesen Planen: Abschlussbericht eines Forschungsprojektes im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales in Nordrhein-Westfalen*. ZPE-Schriftenreihe 36. Siegen: Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste.
- Sackmann, R.; Wingers, M. (2001). *Strukturen des Lebenslaufs. Übergang - Sequenz – Verlauf*. Weinheim: Juventa
- Shandra, C. L. (2011). Life-course transitions among adolescents with and without disabilities: A longitudinal examination of expectations and outcomes. *International Journal of Sociology*, 41 (1), 67–86. DOI: 10.2753/IJS0020-7659410104
- Stewart, D.; Law, M.; Young, N. L.; Forhan, M.; Healy, H.; Burke-Gaffney, J.; Freeman, M. (2014). Complexities during transitions to adulthood for youth with disabilities: Person-environment interactions. *Disability and Rehabilitation*, 36(23), 1998–2004. DOI: 10.3109/09638288.2014.885994
- Stone, E. (Ed.) (1999). *Disability and Development: Learning from Action and Research on Disability in the Majority World*. Disability Press, Leeds.
- Tudzi, E. P.; Bugri, J. T.; Danso, A. K. (2017). Human Rights of Students with Disabilities in Ghana: Accessibility of the University Built Environment. *Nordic Journal of Human Rights*, 2017 VOL. 35, NO. 3, pp. 275-294. <https://doi.org/10.1080/18918131.2017.1348678>
- UN (2015b). Report of the Special Rapporteur on the Rights of Persons with Disabilities. A/70/297. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/70/297

Walther, A. & Stauber, B. (2007): Übergänge in Lebenslauf und Biographie. Vergesellschaftung und Modernisierung aus subjektorientierter Perspektive. In Stauber, Pohl & Walther (Hrsg.). Subjektorientierte Übergangsforschung. Rekonstruktion und Unterstützung biografischer Übergänge junger Erwachsener. Weinheim: Juventa.

Welti, F.; Herfert, A. (Eds.) (2017). Übergänge im Lebenslauf von Menschen mit Behinderungen: Hochschulzugang und Berufszugang mit Behinderung. Kassel University Press. DOI: 10.19211/KUP97837376002679

Wissenbach, L. (2017). Soziale Sicherheit – Schlüsselement gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Entwicklungsländern. In Hoch, Schröteler-von Brandt, Schwarz, Stein (Hg.). Sicherheit. Diagonal 38. Göttingen: V&R. 89-112

World Health Organisation [WHO] (2011). World Report on Disability. Geneva: WHO.

6 Publikationen

6.1 Neuerscheinungen der ZPE-Schriftenreihe im Berichtszeitraum

Anderson, P. K. L., Wissenbach, L., Ahiataku, S. J., Dawuni, G., & Schädler, J. (2022). *Facilitating the interaction between citizens and local governments through information and communication technology (FACIL-ICT)*. Universitätsbibliothek Siegen. <http://dx.doi.org/10.25819/ubsi/10231>

Bertelmann, L., Kempf, M., Reichstein, M. F., Rohrmann, A., & Wissenbach, L. (Hrsg.). (2022). *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen | Planning and Development of Social Services for Persons with Disabilities*. universi. <http://dx.doi.org/10.25819/ubsi/10213>

6.2 Publikationen von ZPE-Mitgliedern im Berichtszeitraum

Die folgende Übersicht enthält eine Auswahl der Publikationen von ZPE-Mitgliedern im Berichtszeitraum.

A–D

Aal, T., Kirschsieper, D., Hasan, M. R., & Müller, C. (2023). Media Use of Older Adults in Bangladesh: Religion, Perceived Sinfulness and the Taming of Media. *Digital Culture & Society*, 9(1), 153–176. <https://doi.org/10.14361/dcs-2023-0108>

Aal, T., Ruhl, A., Kohler, E., Choudhary, A., Bhandari, P., Devbhanekar, N., Egli, S., Shkumbin, G., Kaspar, H., Spittel, M., Kirschsieper, D., & Müller, C. (2023). CareConnection – A Digital Caring Community Platform to Overcome Barriers of Asking for, Accepting and Giving Help. *Mensch Und Computer 2023*, 318–324. <https://doi.org/10.1145/3603555.3608578>

Anderson, P., Schädler, J., & Wissenbach, L. (2022). Information and Communication Technology in Rural Healthcare and Social Welfare Service Provision in Ghana – Prospects in the Face of Social Inequalities. *JRISS*, 4(12).

Anderson, P., Wissenbach, L., Schädler, J., Ahiataku, S. J., & Dawuni, G. (2022). Facilitating the Interaction Between Citizens and Local Governments Through Information and Communication Technology (FACIL-ICT). *Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste*.

Bertelmann, L., & Konieczny, E. (2022). Aus der inklusionsorientierten Verwaltung ins inklusive Gemeinwesen – Möglichkeiten und Herausforderungen der Vermittlung mit dem Ziel der vollen und wirksamen Teilhabe und Partizipation. In L. Bertelmann et al. (Hrsg.), *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen | Planning and Development of Social Services for Persons with Disabilities* (S. 201–224). universi.

- Bertelmann, L. (2022). Aktivitäten und Planungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unter kommunaler Federführung – Hauptverantwortliche in der Kommunalverwaltung als Zentrum des partizipativen Geschehens. *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, (10)*, S. 486–493.
- Bittenbinder, S., & Müller, C. (2023). Responsibilities for accessibility in companies—Who does it? In P. Fröhlich und V. Cobus (Hrsg.), *Workshopband. Mensch und Computer 2023* (S. 518). Rapperswil (SG): Gesellschaft für Informatik e.V. <https://doi.org/10.18420/MUC2023-MCI-WS07-518>
- Bittenbinder, S., Müller, C., & Tuncer, Z. (2023). European Accessibility Act—Practice-based approaches to meeting accessibility requirements. In P. Fröhlich und V. Cobus (Hrsg.), *Workshopband. Mensch und Computer 2023* (S. 109). Rapperswil (SG): Gesellschaft für Informatik e.V. <https://doi.org/10.18420/MUC2023-MCI-WS07-109>
- Bittenbinder, S., Müller, C., Reichstein, M. F., Rohrmann, A., Schädler, J., Struzek, D., & Wissenbach, L. (2024). Everything, Everywhere? Dealing With Complex Support Needs in Rural-Industrialized Areas in Western Germany (unveröffentlicht). *IASSIDD World Congress 2024, Chicago*.
- Buchna, J., Weinbach, H., & Hoffmann, D. (Hrsg.) (2022). Sichtweisen von Kindern und Jugendlichen auf soziale Maßnahmen im schulischen Kontext. *Themenheft der Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 42(4)*.
- Cerna, K., Müller, C., Randall, D., & Hunker, M. (2022). Situated Scaffolding for Sustainable Participatory Design: Learning Online with Older Adults. *Proceedings of the ACM on Human-Computer Interaction, 6*, 1–25. <https://doi.org/10.1145/3492831>
- Du, D., Amirhajlou, S. G., Gyabaah, A., Paluch, R., & Müller, C. (2023). Mediating Personal Relationships with Robotic Pets for Fostering Human-Human Interaction of Older Adults. https://doi.org/10.48340/ihc2023_p003
- Düber, M. (2022). „Und deswegen haben wir auch keinen Bock, da irgendwo hinzugehen.“ Zur Bedeutung allgemeiner familienspezifischer Angebote für Eltern mit Lernschwierigkeiten. *Gemeinsam leben, 30(2)*, 105–115.
- Düber, M., & Remhof, C. (2022). Die Begleitung von Eltern mit einer sogenannten geistigen Behinderung und ihrer Kinder. Zur rechtlichen Ausgangssituation und sich damit verbindenden Chancen und Grenzen für die Unterstützungspraxis. In C. Hollweg, & D. Kieslinger (Hrsg.), *Partizipation und Selbstbestimmung in einer inklusiven Erziehungshilfe. Zwischen bewährten Konzepten und neuen Anforderungen* (S. 130–150). Lambertus.

Düber, M. (2023). Von „schlafenden Hunden“ und „guten Eltern“: Barrieren für die reproduktive Selbstbestimmung von Menschen mit Lernschwierigkeiten. *Zeitschrift für Inklusion*, (3).

<https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/662>

Düber, M., & Reichstein, M. F. (2022). Zur Nutzung digitaler Medien und Kommunikation durch Eltern mit sogenannter geistiger Behinderung. Eine explorative Betrachtung. In L. Bertelmann, M. Kempf, M. F. Reichstein, A. Rohrman, & L. Wissenbach (Hrsg.), *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen | Planning and Development of Social Services for Persons with Disabilities* (S. 287–301). universi.

Düber, M., & Rohrman, A. (2022). Elternschaft von Menschen mit sog. geistiger Behinderung im Kontext von Schule. *Zeitschrift für Inklusion*, (1). <https://inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/654>

Düber, M., Rohrman, A., & Schädler, J. (Hrsg.). (2023). Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Lebenshilfe-Verlag.

Dahmen, S., Demir, Z., Ertugrul, B., Kloss, D., & Ritter, B. (Hrsg.) (2023, i.E.). Politisierung von Jugend. Reihe Jugendforschung. Beltz Juventa.

H

Hecklau-Seibert, S., Kaddour-Dugonjic, A., Klein, A., Langer, S., & Ritter, B. (Hrsg.) (2024). Inklusive Kinder- und Jugendhilfe. Herausforderungen sozial- und sonderpädagogischer Professionalität (Arbeitstitel) (in Vorbereitung). Kohlhammer.

Hopmann, B., Thieme, N., & Weinbach, H. (2022). Teilhabe ist die Antwort – was war nochmal die Frage? Gesellschaftstheoretische, normativitätstheoretische und konzeptionelle Perspektiven. In S. Fränkel, M. Grünke, T. Hennemann, D. Hövel, C. Melver, & K. Ziemer (Hrsg.), *Teilhabe in allen Lebensbereichen? Ein Blick zurück und nach vorn* (S. 47–51). Klinkhardt.

Hopmann, B. (2022). Reformierte Kinder- und Jugendhilfe: Endlich inklusiv?. *proJugend*, (3), 4–8.

Hopmann, B. (2022). Wider die Verhaltensregulation und Responsibilisierung – Befähigungstheoretische Perspektiven (auf Inklusion). In B. Badstieber, & B. Amrhein (Hrsg.), *(Un-)mögliche Perspektiven auf herausforderndes Verhalten in der Schule. Theoretische, empirische und praktische Beiträge zur De- und Rekonstruktion des Förderschwerpunkts Emotionale und Soziale Entwicklung* (S. 96–112). Beltz Juventa.

Hopmann, B. (2022). Dis/Cap/ability – Behinderung aus befähigungstheoretischer Perspektive. *Zeitschrift für Disability Studies*, 2(2). https://doi.org/10.15203/ZDS_2022_2.04

Hopmann, B., Molnar, D., & Tierbach, J. (2022). Hinter den Kategorien.... In T. Müller, C. Ratz, R. Stein, & C. Lüke (Hrsg.), *Sonderpädagogik – zwischen Dekategorisierung und Rekategorisierung* (S. 84–94). Klinkhardt.

Hopmann, B., & Schmitt, C. (2022). "Brauchen wir stationäre Einrichtungen?" Vom Inklusionsappell zu sozialräumlichen Öffnungen. *Sozialmagazin*, 47(1/2), 19–25. https://content-select.com/de/portal/media/download_oa/10.3262_SM2202019

Hopmann, B., Marr, E., Molnar, D., Richter, M., Thieme, N., & Wittfeld, M. (Hrsg.). (2023). Soziale Arbeit im schulischen Kontext: Zuständigkeit, Macht und Professionalisierung in multiprofessionellen Kooperationen. Beltz Juventa.

Hopmann, B. (2023). Behinderung – Zur Notwendigkeit der Erweiterung einer bislang kaum geführten Begriffsdebatte. *Forum Erziehungshilfen*, 29(3), 141–144.

Hopmann, B. (2023). Teilhabe als Planungsgegenstand der Kinder- und Jugendhilfe. In G. Graßhoff, Gunther, F. Hinken, K. Sekler, & B. Strahl (Hrsg.), *Kinder- und Jugendhilfeplanung inklusiv. Planung und Gestaltung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für und mit alle(n)* (S. 78–94). AFET.

K–N

Kärnä, E., Aavikko, L., Rohner, R., Gallistl, V., Pihlainen, K., Müller, C., Ehlers, A., Bevilacqua, R., Strano, S., Maranesi, E., Cerna, K., Hengl, L., Kolland, F., Waldenberger, F., Naegele, G., Park, S., Hess, M., Reuter, V., Frewer-Graumann, S., & Korjonen-Kuusipuro, K. (2022). A Multilevel Model of Older Adults' Appropriation of ICT and Acquisition of Digital Literacy. *IJERPH*, 19(23), 1–14.

Kempf, M., & Rohrman, A. (2022). Die Bedeutung der Kommunen für die Teilhabeforschung. In G. Wansing, M. Schäfers, & S. Köbsell (Hrsg.), *Teilhabeforschung – Konturen eines neuen Forschungsfeldes* (S. 421–435). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38305-3_22

Kempf, M., & Rohrman, A. (2022). Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in den nordrhein-westfälischen Kommunen. In Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen (Hrsg.), *ZPE-Bericht 2020 / 2021* (S. 30–37).

Kricheldorf, C., Müller, C., Pelizäus, H., & Wahl, H.-W. (2022a). Kommerziell verfügbare digitale Technik im Alltag Älterer: Ein Forschungsupdate. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 55(5), 365–367. <https://doi.org/10.1007/s00391-022-02091-x>

Kricheldorf, C., Müller, C., Pelizäus, H., & Wahl, H.-W. (2022b). Special Issue: Kommerziell verfügbare digitale Technik im Alltag Älterer. *Z Gerontol Geriat*, 55(5). <https://link.springer.com/journal/391/volumes-and-issues/55-5>

- Kutzner, S. (2023). Familie heute: Zweckfreier Begegnungsraum oder Leistungsgemeinschaft? Deutungsmuster zu Familie der Partei „Bündnis90/Die Grünen“. In D. Funcke, & F. Krüger (Hrsg.), *Die Ökonomisierung des Sozialen. Vergesellschaftungsdynamiken in der Familie* (S. 90–115). Beltz Juventa.
- Kutzner, S. (2023). Transformationen politischer und sozialer Ordnungen. In A. Franzmann, M. Rychner, C. Scheid, & J. Twardella (Hrsg.), *Objektive Hermeneutik. Handbuch zu ihrer Methodik in ihren Anwendungsfeldern* (S. 449–464). Campus.
- Liekmeier, F., & Rohrmann, A. (2022). Das Gesamtplanverfahren der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. In Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen (Hrsg.), *ZPE-Bericht 2020 / 2021* (S. 38–46).
- Martins, J. R., & Davino, C. (2023). Local Migration Governance in European Shrinking Areas: A German and an Italian Case. *Journal of International Migration and Integration*.
<https://doi.org/10.1007/s12134-023-01029-5>
- Martins, J. R., & Procopiuck, M. (2023). Paradiplomacia e Institucionalização: A experiência das relações internacionais da municipalidade de Curitiba. *Revista TIP Trabajos de Investigación en Paradiplomacia*, 12(1), S. 104–127.
- Molnar, D., & Marr, E. (2023, i.E.). Kinder- und Jugendhilfe im Modus von Inklusion und die Konstruktion von Bedarfen in der berufsgruppenübergreifenden Zusammenarbeit. In F. Beier, A. Epp, M. Hinrichsen, I. Kollmer, J. Lipkina, & P. Vehse (Hrsg.), *(Neue) Normalitäten? Erziehungswissenschaftliche Auslotungen, Kontextualisierungen und Explikationen*. Beltz Juventa.
- Molnar, D. (2023). Das Aufwachsen junger Menschen mit und ohne Behinderungen verantworten. Zur aktenförmigen Fallbearbeitung des Jugendamts. *Sozial Extra*, 47, 142–146.
- Molnar, D., Marr, E., & Thieme, N. (2023). "Jetzt geht's dann halt wieder um die Zuständigkeiten". Zur Zuständigkeitsfrage im Kontext multiprofessioneller Kooperation von schulischer und außerschulischer Erziehungs- und Eingliederungshilfe. In B. Hopmann, E. Marr, E., D. Molnar, M. Richter, N. Thieme, & M. Wittfeld (Hrsg.), *Soziale Arbeit im schulischen Kontext. Zuständigkeit, Macht und Professionalisierung in multiprofessionellen Kooperationen* (S. 88–103). Beltz Juventa.
- Molnar, D., & Hopmann, B. (2023). Kategorisierungsarbeit in Hilfen für Kinder und Jugendliche. In C. Hollweg, & D. Kieslinger (Hrsg.), *Übergänge und Schnittstellen in einer inklusiven*

Erziehungshilfe. Kooperationen und Netzwerke auf dem Prüfstand (S. 295–315). Lambertus.

Molnar, D., Oehme, A., & Rohrmann, A. (2023). Junge Menschen in den Systemen der Kinder- und Jugendhilfe und den Hilfen für Menschen mit Behinderungen. *Gemeinsam leben*, 31(2), 82–89.

Müller, C. (2022). Forschen zu und mit kommerziell verfügbaren digitalen Technologien – Überlegungen aus Sicht der Sozioinformatik zu digitalen Praktiken älterer Menschen. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 55(5), 397–398. <https://doi.org/10.1007/s00391-022-02093-9>

Müller, C. (2022). Partizipative Technologieentwicklung – nutzerorientierte Innovationen. In F. Waldenberger, G. Naegele, T. Matsuda, & H. Kudo (Hrsg.), *Alterung und Pflege als kommunale Aufgabe: Dortmunder Beiträge zur Sozialforschung* (S. 293–310). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-36844-9_18

Müller, C., & Struzek, D. (2022). User-Oriented Innovations: On Cooperative Imagination Spaces in R&D Projects to Support Older Adults in Rural Areas with ICT and Sensor Technology. *Interrogating Datafication: Towards a Praxeology of Data*, 3, 167–184.

Neumann, P., Hopmann, B., Wohnhas, V., & Lütje-Klose, B. (2022). Der Rollenhut als Vermittlungsmedium. Rollenklärungsprozesse im Kontext multiprofessioneller Kooperationen als Thema universitärer Aus- und Fortbildungen von Lehrkräften und Sozialpädagoginnen. *Herausforderung Lehrerinnenbildung*, 5(1), 13–25. <https://doi.org/10.11576/hlz-4949>

P–R

Paluch, R., & Müller, C. (2022). 'That's Something for Children': An Ethnographic Study of Attitudes and Practices of Care Attendants and Nursing Home Residents Towards Robotic Pets. *Proceedings of the ACM on Human-Computer Interaction (P-ACM)*, 6(Article No.: 31), 1–35. <https://doi.org/10.1145/3492850>

Paluch, R., Müller, C., Garthaus, M., Hülsken-Giesler, M., & Stachura, E. (2022). Meeting report: "Robotische Systeme für die Pflege". Symposium, 2022 (online). *TATuP - Zeitschrift für Technikfolgenabschätzung in Theorie und Praxis*, 31(2), 78–79. <https://doi.org/10.14512/tatup.31.2.78>

Paluch, R., Struzek, D., Kirschsieper, D., Bittenbinder, S., & Müller, C. (2022). Teilhabe durch Technik? Entwicklung von technischen Artefakten mit und für vulnerable Gruppen. *Gesundheit und Technik*. <https://berliner-methodentreffen.de/ps-2022/>

Paluch, R., Aal, T., Cerna, K., Randall, D., & Müller, C. (2023). Heteromated Decision-Making: Integrating Socially Assistive Robots in Care Relationships. *arXiv*. <https://doi.org/10.48550/arXiv.2304.10116>

- Paluch, R., Cerna, K., Kirschsieper, D., & Müller, C. (2023). Practices of Care in Participatory Design With Older Adults During the COVID-19 Pandemic: Digitally Mediated Study. *Journal of Medical Internet Research*, 25(1), e45750. <https://doi.org/10.2196/45750>
- Papke, B., & Düber, M. (2023). Die Adressierung als „Risikofamilie“ in Institutionen Frühkindlicher Bildung: Exklusionsrisiko im Inklusionsdiskurs. In L. Bertelmann et al. (Hrsg.), *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen | Planning and Development of Social Services for Persons with Disabilities* (S. 49–65). universi
- Pihlainen, K., Ehlers, A., Rohner, R., Cerna, K., Kärnä, E., Hess, M., Hengl, L., Aavikko, L., Frewer-Graumann, S., Gallistl, V., & Müller, C. (2022). Older adults' reasons to participate in digital skills learning: An interdisciplinary, multiple case study from Austria, Finland, and Germany. *Studies in the Education of Adults*. <https://doi.org/10.1080/02660830.2022.2133268>
- Remhof, C. (2022). Die Ambivalenz professioneller pädagogischer Hilfen: Eine Analyse am Beispiel der Perspektiven der Kinder von Eltern mit einer sogenannten geistigen Behinderung. In S. Fränkel, S., M. Grünke, T. Hennemann, D. Hövel, C. Melzer, C., & K. Ziemer, K. (Hrsg.). *Teilhabe in allen Lebensbereichen? Ein Blick zurück und nach vorn* (S. 329–334). Klinkhardt.
- Remhof, C., & Reichstein, M. F. (2023). Exklusionsrisiko Elternschaft? Zu Nebenfolgen der wohnbezogenen Unterstützung von Eltern, denen man eine geistige Behinderung zuschreibt. *Zeitschrift für Inklusion*, 3. <https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/684/515>
- Reichstein, M. F. (2022). Exklusionssphären und (k)ein Ende. Nebenfolgen und Perspektiven wohnbezogener Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung und komplexem Unterstützungsbedarf. *Behindertenpädagogik*, 61(2), 158–179.
- Reichstein, M. F., Schädler, J., & Wissenbach, L. (2022). Dezentral integrierte Planungs- und Angebotsstrukturen in Handlungsfeldern im Kreis Siegen-Wittgenstein. Ausgewählte Ergebnisse des Projekts iTP.si-wi. In Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen (Hrsg.), *ZPE-Bericht 2020 / 2021* (S. 53–85).
- Reichstein, M. F. (2023). Rezension vom 24.05.2023 zu: Barbara Fornefeld (Hrsg.): Teil sein & Teil haben. Wünschen—Gestalten—Leben: Wissenswertes zur Teilhabeorientierten Lebensbegleitung Erwachsener mit Komplexer Behinderung. Verlag selbstbestimmtes leben (Düsseldorf) 2021. ISBN 978-3-945771-26-6. *socialnet Rezensionen*. <https://www.socialnet.de/rezensionen/29753.php>

- Reichstein, M. F. (2023). Inklusionsorientierte Unterstützung für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf. Eine Annäherung. In M. Düber, A. Rohrman, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 207–226). Lebenshilfe-Verlag.
- Reichstein, M. F., & Rohrman, A. (2024). Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Heimen. Herausforderung für eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe. In M. Theile, & K. Wolf (Hrsg.), *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 220–231). Beltz Juventa.
- Reichstein, M. F. (2024). Changing Tides? Approaches to Inclusive Support for Persons with Complex Support Needs in Germany (unveröffentlicht). *IASSIDD World Congress 2024, Chicago*.
- Reichstein, M. F. (2024, i.E.). Lessons (not) learned from pandemic times. Individual, socio-spatial and organizational aspects of digital transformation in the disability field. In L. Bertelmann, S. Meier, & L. Wissenbach (Hrsg.), *Inclusive Localities*. Barbara Budrich.
- Rohrman, A., & Schädler, J. (2022). Quality assessment, inclusive community development, and collective learning: An institutional perspective from Germany. *Frontiers in rehabilitation sciences*, 3, 890822. <https://doi.org/10.3389/fresc.2022.890822>
- Rohrman, A., & Theile, M. (2022). Exklusionsrisiken von jungen Menschen im Übergang von stationärer Kinder- und Jugendhilfe in Angebote der Eingliederungshilfe für Erwachsene. In L. Bertelmann, M. Kempf, M. F. Reichstein, A. Rohrman, & L. Wissenbach (Hrsg.), *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen* (S. 269–285). universi.
- Rohrman, A., & Theile, M. (2022). Inklusive Übergangsgestaltung?! - Übergänge aus der Heimerziehung in unterstützte Formen des Wohnens im Rahmen der Eingliederungshilfe im Erwachsenenalter. *Soziale Passagen*, 14(2), 373–388. <https://doi.org/10.1007/s12592-022-00432-6>
- Rohrman, A., & Weinbach, H. (2023). „Und manchmal ist echt nicht klar, wer was macht“. Zur Organisation von Schulbegleitung in inklusiven Settings. In E. Marr, N. Thieme, D. Molnar, M. Richter, M. Wittfeld, & B. Hopmann (Hrsg.), *Soziale Arbeit im schulischen Kontext: Zuständigkeit, Macht und Professionalisierung in multiprofessionellen Kooperationen* (S. 41–53). Beltz Juventa.
- Rohrman, A. (2022). Flexible Hilfen organisieren. *Sozialwirtschaft*, 32(2), 7–9. <https://doi.org/10.5771/1613-0707-2022-2-7>
- Rohrman, A. (2022). Home Sweet Home. *Orientierung. Fachzeitschrift für Teilhabe*(3), 14–15.

- Rohrmann, A. (2022). Inklusion im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. *Impulse zur fachlichen Diskussion zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz*. https://afet-ev.de/assets/afet-impulspapiere/01_Impuls_Inklusion-Rohrmann.pdf
- Rohrmann, A. (2022). Inklusion und kommunale Planung. In O. Koenig (Hrsg.), *Inklusion und Transformation in Organisationen* (S. 246–258). Klinkhardt.
- Rohrmann, A. (2022). Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen. In K. Peyerl, & I. Züchner (Hrsg.), *Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe: Anspruch, Ziele und Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen* (S. 40–53). Beltz Juventa.
- Rohrmann, A. (2022). Politische Partizipation als Herausforderung für die Unterstützung von Menschen mit Lernschwierigkeiten. In G. Kubon-Gilke, & A.-D. Stein (Hrsg.), *Annäherungen an eine neue Aufklärung: Multidisziplinäre Perspektiven auf Demokratie, Partizipation und Inklusion. Festschrift für Willehad Lanwer* (S. 353–366). Psychosozial-Verlag.
- Rohrmann, A. (2023). Charakteristika inklusionsorientierter Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. In M. Düber, A. Rohrmann, & J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch* (S. 13–36). Lebenshilfe-Verlag.
- Rohrmann, A. (2023). Eingliederungshilfe. Einsamkeit als Thema der Unterstützung von Menschen mit Lernschwierigkeiten. In M. Noack (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit und Einsamkeit* (S. 214–224). Beltz Juventa.
- Rohrmann, A. (2023). Inklusion im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. In K. Scheiwe, W. Schröder, F. Wapler, & M. Wrase (Hrsg.), *Inklusion und die Rechte junger Menschen* (S. 17–32). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748938460-17>
- Rohrmann, A. (2023). Junge Menschen mit Behinderungen sowie ihre Mütter, Väter, Personensorge- und Erziehungsberechtigten durch Verfahrenslotsen unterstützen und begleiten. *Das Jugendamt, (7-8)*, 306–310.
- Rohrmann, A. (2023). Von der Behindertenhilfeplanung zu einer Inklusionsplanung. Konzeptionelle Reflexionen. In G. Graßhoff, F. Hinken, K. Sekler, & B. Strahl (Hrsg.), *Kinder- und Jugendhilfeplanung inklusiv. Planung und Gestaltung von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für und mit alle(n)*. AFET.
- Rohrmann, A., Hopmann, B., & Schädler, J. (2022). Inklusive Jugendhilfeplanung als Herausforderung für eine ämter- und fachübergreifende kommunale Sozialplanung. In Zentrum für Planung und

Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen (Hrsg.), *ZPE-Bericht 2020 / 2021* (S. 60–68).

S–T

Schädler, J., & Reichstein, M. F. (Hrsg.). (2022). *Tackling the 'Digital Divide'. Co-Creation of Inclusive Social Service Infrastructures in Regions Beyond Metropolises. Documentation of the EURECO Online Conference. 02. and 03. December 2021.* Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste.

Scheepmaker, L., Aal, T., Kender, K., Vallis, S., Aal, K., Smith, N., Melenhorst, M., Van Twist, A., Veenstra, M., Schuler, D., Müller, C., Wulf, V., & Weibert, A. (2022). Ethical Future Environments: Engaging refugees in Smart City participation. *Adjunct Proceedings of the 2022 Nordic Human-Computer Interaction Conference*, 1–5.

<https://doi.org/10.1145/3547522.3547704>

Schmidt, F., & Weinbach, H. (Hrsg.) (2024). *(Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten in pandemischen Zeiten. Rationalitäten – Geschichten.* transcript.

Schmidt, F., & Weinbach, H. (2024). Spannungsverhältnisse von (Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten in pandemischen Zeiten. In F. Schmidt, & H. Weinbach (Hrsg.), *(Vor)Sorge und (Un)Gleichheiten in pandemischen Zeiten. Rationalitäten – Geschichten* (S.11–30). transcript.

Simone, C., Wagner, I., Müller, C., Weibert, A., & Wulf, V. (2022). *Future-Proofing: Making Practice-Based IT Design Sustainable.* Oxford University Press.

Struzek, D., Kirschsieper, D., & Müller, C. (2022). Introduction and adaptation of an urban neighborhood platform for rural areas. https://doi.org/10.48340/ecscw2022_p08

Souza Santos, M., & Martins, J. R. (2022). Analysis of the State of Social Well-Being From a Keynesian Perspective: Its Development, Rise and Retrenchment. *International Journal of Economic Behavior and Organization*, 10(3), 83–88.

Theile, M. (2022). „Allein zu sein, davor habe ich am meisten Angst“ – Die Bedeutung von Sozialen Netzwerken im Leaving Care. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung / Discourse. Journal of Childhood and Adolescence Research*, 2, 195–210. <https://doi.org/10.3224/diskurs.v17i2.05/>

Theile, M. (2022). Soziale Netzwerke von Jugendlichen in der Heimerziehung. Forschungsdiskurse und -desiderate. In F. Berger, F. Guerrini, B. Bütow, H. Fennes, K. Laueremann, S. Sting, & N. Wächter (Hrsg.), *Jugend – Lebenswelt – Bildung. Perspektiven für die Jugendforschung in Österreich* (S. 337–390). Barbara Budrich.

- Theile, M., & Wolf, K. (Hrsg.) (2024). *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven*. Beltz Juventa.
- Theile, M., & Wolf, K. (Hrsg.) (2024). Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Eine Einführung. In M. Theile, & K. Wolf, *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 9–32). Beltz Juventa.
- Theile, M. (2024). Subjekt einer Hilfe?! Sozialpädagogische Interventionen als tiefgreifende und legitimationsbedürftige Eingriffe in Biographien von Menschen. In M. Theile, & K. Wolf, *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 305–334). Beltz Juventa.
- Theile, M. (2024). Leaving Care. Entwicklungen durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, Forschungsdiskurse und Perspektiven im Übergang aus der Heimerziehung. In M. Theile, & K. Wolf, *Sozialpädagogische Blicke auf Heimerziehung. Theoretische Positionierungen, empirische Einblicke und Perspektiven* (S. 349–365). Beltz Juventa.
- Tierbach, J. (2022). Die allgemeinpädagogische Sichtweise auf den Begriff der Teilhabe. In S. Fränkel, M. Grünke, T. Hennemann, D. Hövel, C. Melzer, & K. Ziemer (Hrsg.), *Teilhabe in allen Lebensbereichen? Ein Blick zurück nach vorn* (S. 32–36). Klinkhardt.
- Tierbach, J. (2022). Rezension zu Catalina Ludewika Hamacher "Vom Kind zum Fall. Eine rekonstruktive Studie zu Fallkonstitutionen in der Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtung und Frühförderung". *Frühförderung Interdisziplinär, (1)*, 44–45.
- Tierbach, J. (2023). Verhaltenstechnologien überwinden, pädagogische Begegnung schaffen. Isolation und Teilhabe von Menschen im Autismus-Spektrum in der Pädagogik. *Zeitschrift Menschen. Zeitschrift für gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten*, 46(3), 35–39.
- Thieme, N., Marr, E., & Molnar, D. (2023). „ich gebe keine noten“. Professionelle Selbstverständnisse von Schulsozialarbeitenden in inklusionsorientierten Ganztagschulen. In K. Maier, & M. Zipperle (Hrsg.), *Empirische Facetten der Schulsozialarbeit* (S. 86–95). Beltz Juventa.

W

- Weinbach, H. (2022). Sozialpädagogische Professionalität und die Entwicklung sozialer Dienste im inklusiven Gemeinwesen. Über Adressat*innenorientierung, Partizipation und die Perspektive eines gelingenderen Alltags als Prinzipien Sozialer Arbeit. In L. Bertelmann et al. (Hrsg.): *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen | Planning and Development of Social Services for Persons with Disabilities* (S. 65–77). universi.

- Weinbach, H. (2023). Lebenswelten von Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten und ihre Perspektiven auf soziale Hilfen in der fähigkeitsorientierten Gesellschaft. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 43(2), 202–221.
- Weinbach, H., Geese, N., Rohrmann, A., & Schulte, D. (2023). Formen und Folgen von Schulbegleitung. Ethnografische Erkundungen im Alltag außerhalb des Unterrichts. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 26(4), 975–996. <https://doi.org/10.1007/s11618-023-01148-w>
- Winzenried, H. (2023). Das Recht auf Familie für unbegleitet geflüchtete Kinder und Jugendliche. *Zeitschrift für Menschenrechte*, 17(1), 214–228.
- Winzenried, H. (2023). Inklusionsorientierte Dienste in der Migrationsgesellschaft. In M. Düber, A. Rohrmann, J. Schädler (Hrsg.), *Inklusionsorientierte Dienste zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Marburg: Lebenshilfe.
- Winzenried, H., Ayoola, L. (Red.) (2023). *Newsletter Migration und Behinderung*. https://zpe.uni-siegen.de/migration-und-behinderung/wp-content/uploads/2023/08/newsletter_august_2023.pdf
- Winzenried, H. (2022). Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende aus Kriegs- und Krisengebieten: Zugang zu Schutz, Gesundheitsversorgung und sozialer Teilhabe von geflüchteten Menschen mit Behinderung. *Behinderung und internationale Entwicklung*, 33(2), 16–23.
- Winzenried, H. (Red.) (2022). *Newsletter Migration und Behinderung*. https://zpe.uni-siegen.de/migration-und-behinderung/wp-content/uploads/sites/3/2022/10/NEWSLETTER-Migration_29.09-2.pdf
- Wissenbach, L., & Anderson, P. (2022). Inclusive local governance vs. unfunded mandate? Effects of decentralisation and local development on the inclusion of people with disabilities in Ghana. In L. Bertelmann et al. (Hrsg.): *Planung und Entwicklung von Sozialen Diensten für Menschen mit Behinderungen | Planning and Development of Social Services for Persons with Disabilities* (S. 225–242). universi.

